



Hamburg in Zahlen

Zeitschrift des Statistischen Landesamtes
der Freien und Hansestadt Hamburg

53. Jahrgang

INHALTSVERZEICHNIS 1999

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort **Kiel**

HEFTFOLGE

Heft 1-2.1999

In eigener Sache	1
Kurzinformationen	
Namensfavoriten 1998: Marie und Alexander	2
Rückgang der Geburten	2
Schülerzahl auf nahezu 169 000 gestiegen	2
Über 68 000 Studierende	2
Sozialhilfebezug vielfach von langer Dauer	2
Gute Auslandsgeschäfte im Fahrzeugbau	2
76 Mio. DM Investitionen für den Umweltschutz	2
Schaubild des Monats	
Die wichtigsten Transitpartner des Hamburger Hafens	3
Trends	
Hamburger Verkehrstrends	4
Berichte	
Ältere Menschen in Hamburg	5
Behinderte in Hamburg – Erziehungs- und Bildungswesen, Arbeitsmarkt, Sozialhilfebezug	17
Gerhard-Fürst-Preis des Statistischen Bundesamtes	23
Tabellenteil	
Hamburger Zeitreihen	24
Hamburger Zahlenspiegel	25
Hamburg im Bundes- und Ländervergleich	32
Hamburg im Städtevergleich	34

Heft 3-4.1999

Kurzinformationen	
Ausländerzahl gesunken	38
Fahrräder in drei von vier Haushalten	38
Mehr Ausbildungsverträge abgeschlossen	38
Rückgang bei den Ehescheidungen	38
8471 neue Wohnungen	38
Wieder Rekord im Containerumschlag	38
Schaubild des Monats	
Steueraufkommen und Steuereinnahmen Hamburgs 1998	39
Trends	
Hamburger Bevölkerungstrends	40
Berichte	
Unternehmensorientierte Dienstleistungen in westdeutschen Großstadtregionen	41
Aktuelle Ergebnisse der Lohnsteuerzerlegung	53
Tabellenteil	
Hamburger Zeitreihen	60
Hamburger Zahlenspiegel	61
Hamburg im Bundes- und Ländervergleich	68
Hamburg im Städtevergleich	70

Heft 5-6.1999

Kurzinformationen	
Zunahme bei den Einbürgerungen	74
235-mal Zwillinge	74
Mehr Adoptionen	74
Vater gesucht	74
5 Millionen Kinobesucher	74
Weniger Sozialhilfeempfänger	74
Hamburger Hafen: Transit steigt weiter	74
Schaubild des Monats	
Gesamtbetrag der Einkünfte je Steuerpflichtigen in den Hamburger Stadtteilen 1995	75
Trends	
Hamburger Wirtschaftstrends	76
Berichte	
Einkommen und seine Verteilung in Hamburg 1995	77
Verarbeitendes Gewerbe	83
Namensanfänge der Bevölkerung	87
Tabellenteil	
Hamburger Zeitreihen	92
Hamburger Zahlenspiegel	93
Hamburg im Bundes- und Ländervergleich	100
Hamburg im Städtevergleich	102

Heft 7-8.1999

Analyse der Europawahl 1999 in Hamburg Gesamtergebnisse und Vergleiche zu früheren Wahlen	106
Die Ergebnisse der Briefwahl	107
Nichtwähler und „Erfolglose“ stellten zwei Drittel der Wählerschaft	112
Ausschöpfung der Wählerpotentiale von SPD und CDU	113
Das Hamburger Wahlergebnis im Bundes- und Großstädtevergleich	115
Stadtteile unter der Lupe Wahlbeteiligung und Stimmenanteile in den Stadtteilen	120
Wahlergebnisse nach ausgewählten sozialstrukturellen Merkmalen	133
Blick in die Wahllokale: Wahlbezirke mit extremen Ergebnissen	135
Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht	138
Wählerschaft der Parteien nach Alter und Geschlecht	142

Ausgangslage vor der Wahl	
Hamburgs Wahlbevölkerung – Trends und Strukturen	144
Das politische Klima in Deutschland	147
Anhang	
Stimmzettel	148
Endgültige Ergebnisse der Europawahl 1999	
im Vergleich zur Europawahl 1994 Bezirke	150
Endgültige Ergebnisse der Europawahl 1999 ohne Briefwahl	
Stadtteile mit den höchsten und niedrigsten Werten	157
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Wahlanalyse	164

Heft 9-10.1999

Kurzinformationen	
1693 deutsch-ausländische Eheschließungen	166
Mehr als die Hälfte der Beschäftigten unter 40 Jahre alt	166
3300 Jugendliche ohne Lehrstelle im Berufsvorbereitungsjahr	166
Ein Zehntel der Studierenden 35 Jahre oder älter	166
Hamburgs Tourismus weiter im Aufwind	166
Jedes zweite Eigenheim wird innerhalb eines Jahres fertig	166
Berichte	
Die Europawahl vom 13. Juni 1999 in Hamburg:	
Eine typische Neben- und Zwischenwahl	167
Hamburger Statistisches Jahrbuch 1999/2000	172
Hamburg im Regionalvergleich	
Zusammenleben in Haushalten	180
Wohnungsindikatoren	180
Wohnungsbautätigkeit	180
Einkommensarmut: Sozialhilfe und Indikatoren	181
Bruttoausgaben für Sozialhilfe	181
Arbeitslosigkeit	182
Erwerbstätige in den Wirtschaftsbereichen	182
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	182
Lohn- und Einkommensteuer	183
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	183
Verarbeitendes Gewerbe	183
Trends	
Hamburger Verkehrstrends	208
Tabellenteil	
Hamburger Zahlenspiegel	209

Heft 11-12.1999

Kurzinformationen	
Ärztzahl auf neuem Höchststand	218
Zahl der BAföG-Empfänger weiter rückläufig	218
Deutlich weniger AIDS-Tote	218
Verdienste im Handwerk: Ausbildung zahlt sich aus	218
85 % der Bananenimporte aus Lateinamerika	218

Schaubild des Monats	
Pkw-Bestand in Hamburg 1980 und 1998 nach Alter	219
Hamburger Rangfolgen	
Ausländische Gäste in Hamburg	219
In welchen Stadtteilen gibt es die meisten Kinder?	219
Die größten Hamburger Außenhandelspartnerländer	219
Trends	
Hamburger Bevölkerungstrends	220
Berichte	
Herzinfarkt in Hamburg 1993 bis 1997	221
Die quantitative Bedeutung der Stillen Reserve auf dem Hamburger Arbeitsmarkt – eine regionale Fallstudie	224
Möller, Ilse: Hamburg (Buchbesprechung)	234
Gerhard-Fürst-Preis des Statistischen Bundesamtes	234
Tabellenteil	
Hamburger Zahlenspiegel	237
Hamburg im Bundes- und Ländervergleich	244
Hamburg im Städtevergleich	246

AUTORINNEN- UND AUTORENVERZEICHNIS 1999

Angegeben sind die Hefnummer und die Seitenzahl.

Bach, Hans-Jürgen

Zusammenleben in Haushalten 9-10.180

Buch, Dieter

Rückgang der Geburten 1-2.2
1693 deutsch-ausländische Eheschließungen 9-10.166

Erdmann, Thorsten

Schülerzahl auf nahezu 169 000 gestiegen 1-2.2
Über 68 000 Studierende 1-2.2
Sozialhilfebezug vielfach von langer Dauer 1-2.2
Behinderte in Hamburg – Erziehungs- und
Bildungswesen, Arbeitsmarkt, Sozialhilfebezug 1-2.17
Mehr Ausbildungsverträge abgeschlossen 3-4.38
Weniger Sozialhilfeempfänger 5-6.74
Mehr Adoptionen 5-6.74
Vater gesucht 5-6.74
Ein Zehntel der Studierenden
35 Jahre oder älter 9-10.166
3300 Jugendliche ohne Lehrstelle im
Berufsvorbereitungsjahr 9-10.166
Bruttoausgaben für Sozialhilfe 9-10.181
Einkommensarmut: Sozialhilfe und Indikatoren .. 9-10.181
Arztzahl auf neuem Höchststand 11-12.218
Zahl der BAföG-Empfänger weiter rückläufig ... 11-12.218
Herzinfarkt in Hamburg 1993 bis 1997 11-12.221

Gerhardt, Jens

Namensfavoriten 1998: Marie und Alexander 1-2.2
Namensanfänge der Bevölkerung 5-6.87

Hoffmann, Hans-Jürgen

Die Europawahl vom 13. Juni 1999 in Hamburg:
Eine typische Neben- und Zwischenwahl 9-10.167

Kempf, Birgit

Die quantitative Bedeutung der Stillen Reserve
auf dem Hamburger Arbeitsmarkt –
eine regionale Fallstudie 11-12.224

Krauß, Fritz

Die Europawahl vom 13. Juni 1999 in Hamburg:
Eine typische Neben- und Zwischenwahl 9-10.167

Lange, Peter

Wieder Rekord im Containerumschlag 3-4.38
Hamburger Hafen: Transit steigt weiter 5-6.74
85 % der Bananenimporte aus Lateinamerika .. 11-12.218

Läpple, Dieter

Unternehmensorientierte Dienstleistungen in
westdeutschen Großstadregionen 3-4.41

Lenthe, Rüdiger

76 Mio. DM Investitionen für den Umweltschutz 1-2.2

Marx, Johannes

Gute Auslandsgeschäfte im Fahrzeugbau 1-2.2
8471 neue Wohnungen 3-4.38
Verarbeitendes Gewerbe 5-6.83
Jedes zweite Eigenheim wird innerhalb
eines Jahres fertig 9-10.166
Wohnungsindikatoren 9-10.180
Wohnungsbautätigkeit 9-10.180
Verarbeitendes Gewerbe 9-10.183

Meinert, Jürgen

Ältere Menschen in Hamburg 1-2.5
Fahrräder in drei von vier Haushalten 3-4.38

Schlüter, Isolde

Ausländerzahl gesunken 3-4.38
Rückgang bei den Ehescheidungen 3-4.38
235-mal Zwillinge 5-6.74
Zunahme bei den Einbürgerungen 5-6.74
Deutlich weniger AIDS-Tote 11-12.218

Schüler, Horst

Aktuelle Ergebnisse der Lohnsteuererlegung 3-4.53
Einkommen und seine Verteilung in
Hamburg 1995 5-6.77
Lohn- und Einkommensteuer 9-10.183

Thiel, Joachim

Unternehmensorientierte Dienstleistungen in
westdeutschen Großstadregionen 3-4.41

Walter, Erich

- 5 Millionen Kinobesucher 5-6.74
Hamburgs Tourismus weiter im Aufwind 9-10.166

Wiemann, Ulrich

- Verdienste im Handwerk:
Ausbildung zahlt sich aus 11-12.218

Wohlfahrt, Sven

- Mehr als die Hälfte der Beschäftigten
unter 40 Jahre alt 9-10.166
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 9-10.182
Erwerbstätige in den Wirtschaftsbereichen 9-10.182
Arbeitslosigkeit 9-10.182
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 9-10.183
Möller, Ilse: Hamburg (Buchbesprechung) 11-12.234

STICHWORTVERZEICHNIS 1999

Angegeben sind die Heftnummer und die Seitenzahl.

A

- Mehr Adoptionen 5-6.74
Deutlich weniger AIDS-Tote 11-12.218
Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik
Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach
Alter und Geschlecht 7-8.138
Wählerschaft der Parteien nach
Alter und Geschlecht 7-8.142
Arbeitslosigkeit 9-10.182
Behinderte in Hamburg – Erziehungs- und
Bildungswesen, Arbeitsmarkt, Sozialhilfebezug 1-2.17
Verdienste im Handwerk:
Die quantitative Bedeutung der Stillen Reserve
auf dem Hamburger Arbeitsmarkt –
eine regionale Fallstudie 11-12.224
Ausbildung zahlt sich aus 11-12.218
Mehr Ausbildungsverträge abgeschlossen 3-4.38
Die größten Hamburger
Außenhandelspartnerländer 11-12.219
Ausländerzahl gesunken 3-4.38
Ausländische Gäste in Hamburg 11-12.219
Gute Auslandsgeschäfte im Fahrzeugbau 1-2.2

B

- Zahl der BAföG-Empfänger weiter rückläufig ... 11-12.218
85 % der Bananimporte aus Lateinamerika .. 11-12.218
Behinderte in Hamburg – Erziehungs- und
Bildungswesen, Arbeitsmarkt, Sozialhilfebezug 1-2.17
3300 Jugendliche ohne Lehrstelle im
Berufsvorbereitungsjahr 9-10.166
Mehr als die Hälfte der
Beschäftigten unter 40 Jahre alt 9-10.166
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 9-10.182

- Namensanfänge der Bevölkerung 5-6.87
Behinderte in Hamburg – Erziehungs- und
Bildungswesen, Arbeitsmarkt, Sozialhilfebezug 1-2.17
Die Ergebnisse der Briefwahl 7-8.107
Das Hamburger Wahlergebnis im
Bundes- und Großstädtevergleich 7-8.115

C

- Wieder Rekord im Containerumschlag 3-4.38

D

- Das politische Klima in Deutschland 7-8.147
Unternehmensorientierte Dienstleistungen in
westdeutschen Großstadtreionen 3-4.41

E

- Rückgang bei den Ehescheidungen 3-4.38
1693 deutsch-ausländische Eheschließungen 9-10.166
Zunahme bei den Einbürgerungen 5-6.74
Jedes zweite Eigenheim wird innerhalb
eines Jahres fertig 9-10.166
Einkommen und seine Verteilung in
Hamburg 1995 5-6.77
Einkommensarmut: Sozialhilfe und Indikatoren .. 9-10.181
Lohn- und Einkommensteuer 9-10.183
Gesamtbetrag der Einkünfte je Steuerpflichtigen
in den Hamburger Stadtteilen 1995 5-6.75
Behinderte in Hamburg – Erziehungs- und
Bildungswesen, Arbeitsmarkt, Sozialhilfebezug 1-2.17
Die Europawahl vom 13. Juni 1999 in Hamburg:
Eine typische Neben- und Zwischenwahl 9-10.167
Erwerbstätige in den Wirtschaftsbereichen 9-10.182

F

Fahrräder in drei von vier Haushalten 3-4.38
 Gute Auslandsgeschäfte im Fahrzeugbau 1-2.2

G

Ausländische Gäste in Hamburg 11-12.219
 Rückgang der Geburten 1-2.2
 Wählerschaft der Parteien nach
 Alter und Geschlecht 7-8.142
 Unternehmensorientierte Dienstleistungen in
 westdeutschen Großstadtreionen 3-4.41
 Das Hamburger Wahlergebnis im Bundes- und
 Großstädtevergleich 7-8.115

H

Verdienste im Handwerk:
 Ausbildung zahlt sich aus 11-12.218
 Die wichtigsten Transitpartner des
 Hamburger Hafens 1-2.3
 Hamburger Hafen: Transit steigt weiter 5-6.74
 Fahrräder in drei von vier Haushalten 3-4.38
 Zusammenleben in Haushalten 9-10.180
 Herzinfarkt in Hamburg 1993 bis 1997 11-12.221

I

76 Mio. DM Investitionen für den Umweltschutz 1-2.2

J

3300 Jugendliche ohne Lehrstelle im
 Berufsvorbereitungsjahr 9-10.166

K

In welchen Stadtteilen gibt es die
 meisten Kinder? 11-12.219
 5 Millionen Kinobesucher 5-6.74

L

3300 Jugendliche ohne Lehrstelle im
 Berufsvorbereitungsjahr 9-10.166
 Lohn- und Einkommensteuer 9-10.183
 Aktuelle Ergebnisse der Lohnsteuererlegung 3-4.53

N

Namensanfänge der Bevölkerung 5-6.87
 Namensfavoriten 1998: Marie und Alexander 1-2.2

P

Pkw-Bestand in Hamburg 1980 und 1998
 nach Alter 11-12.219

R

Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik
 Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Alter
 und Geschlecht 7-8.138

S

Schülerzahl auf nahezu 169 000 gestiegen 1-2.2
 Bruttoausgaben für Sozialhilfe 9-10.181
 Einkommensarmut: Sozialhilfe und Indikatoren .. 9-10.181
 Sozialhilfebezug vielfach von langer Dauer 1-2.2
 Behinderte in Hamburg – Erziehungs- und
 Bildungswesen, Arbeitsmarkt, Sozialhilfebezug 1-2.17
 Weniger Sozialhilfeempfänger 5-6.74
 Gesamtbetrag der Einkünfte je Steuerpflichtigen
 in den Hamburger Stadtteilen 1995 5-6.75
 Stadtteile unter der Lupe Wahlbeteiligung und
 Stimmenanteile in den Stadtteilen 7-8.120
 In welchen Stadtteilen gibt es die
 meisten Kinder? 11-12.219
 Steueraufkommen und Steuereinnahmen
 Hamburgs 1998 3-4.39
 Gesamtbetrag der Einkünfte je Steuerpflichtigen
 in den Hamburger Stadtteilen 1995 5-6.75
 Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik
 Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Alter
 und Geschlecht 7-8.138
 Stadtteile unter der Lupe
 Wahlbeteiligung und Stimmenanteile
 in den Stadtteilen 7-8.120
 Über 68 000 Studierende 1-2.2
 Ein Zehntel der Studierenden
 35 Jahre oder älter 9-10.166

T

Deutlich weniger AIDS-Tote 11-12.218
 Hamburgs Tourismus weiter im Aufwind 9-10.166
 Hamburger Hafen: Transit steigt weiter 5-6.74
 Die wichtigsten Transitpartner des
 Hamburger Hafens 1-2.3

U

76 Mio. DM Investitionen für den Umweltschutz 1-2.2

V

Vater gesucht 5-6.74
 Verarbeitendes Gewerbe 5-6.83 und 9-10.183
 Verdienste im Handwerk 11-12.218

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 9-10.183

W

Ausschöpfung der Wählerpotentiale von
SPD und CDU 7-8.113
Nichtwähler und „Erfolgreiche“ stellten
zwei Drittel der Wählerschaft 7-8.112
Stadtteile unter der Lupe Wahlbeteiligung und
Stimmenanteile in den Stadtteilen 7-8.120
Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik
Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Alter
und Geschlecht 7-8.138
Ausgangslage vor der Wahl
Hamburgs Wahlbevölkerung –
Trends und Strukturen 7-8.144
Blick in die Wahllokale:
Wahlbezirke mit extremen Ergebnissen 7-8.135

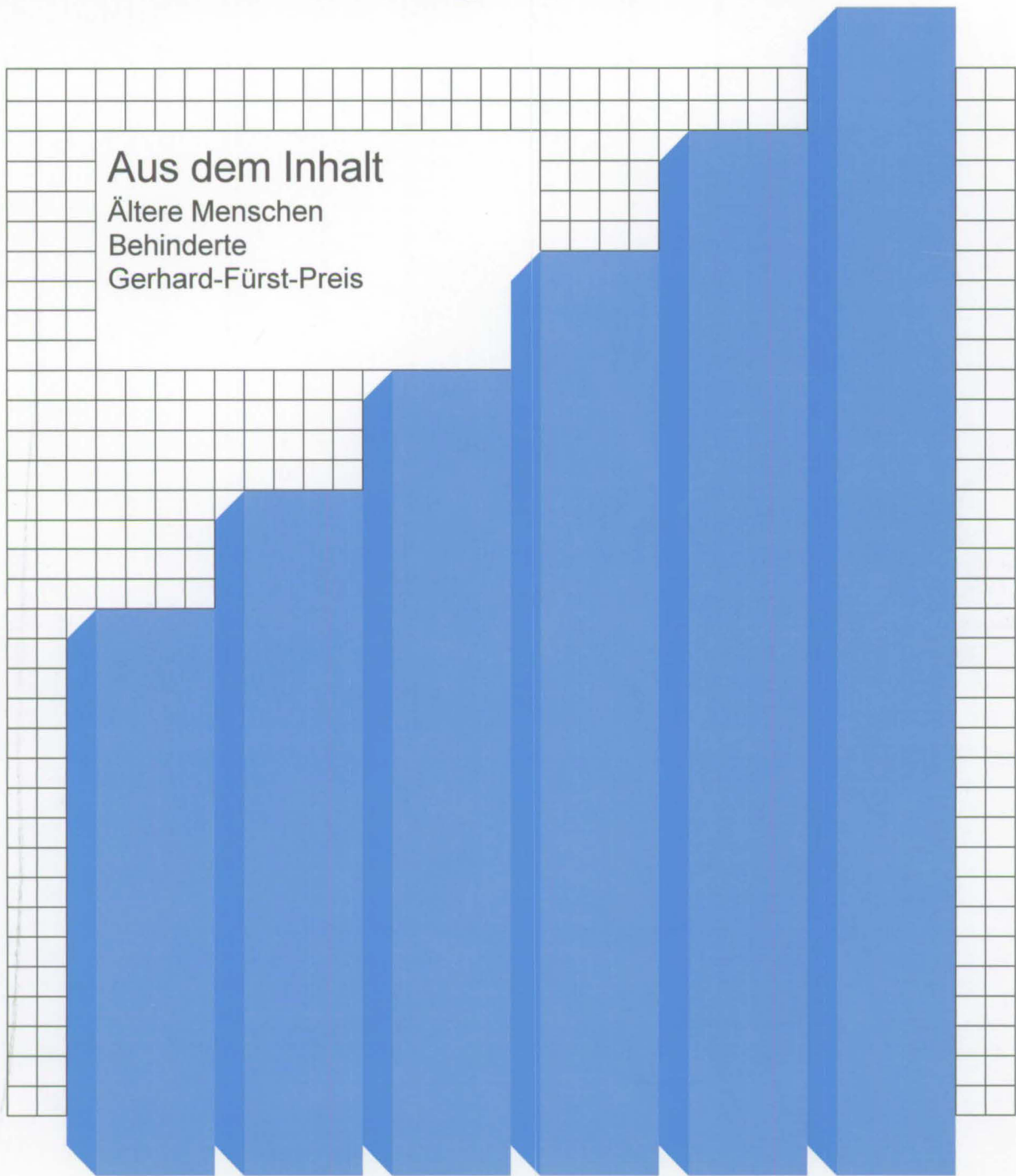
Gesamtergebnisse und Vergleiche zu
früheren Wahlen 7-8.106
Das Hamburger Wahlergebnis im Bundes- und
Großstädtevergleich 7-8.115
Wahlergebnisse nach ausgewählten
sozialstrukturellen Merkmalen 7-8.133
Blick in die Wahllokale:
Wahlbezirke mit extremen Ergebnissen 7-8.135
Wählerschaft der Parteien nach
Alter und Geschlecht 7-8.142
8471 neue Wohnungen 3-4.38
Wohnungsbautätigkeit 9-10.180
Wohnungsindikatoren 9-10.180

Z

235-mal Zwillinge 5-6.74 ■



Hamburg in Zahlen



Aus dem Inhalt
Ältere Menschen
Behinderte
Gerhard-Fürst-Preis

1-2/99

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

Statistisches
Landesamt
Hamburg



ZEICHENERKLÄRUNG UND ABKÜRZUNGEN

- = Zahlenwert genau Null (nichts) / = kein Nachweis, da das Ergebnis nicht ausreichend genau ist
0 = mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle dargestellten Einheit () = Nachweis unter Vorbehalt, da der Aussagewert der Angaben wegen geringer Feldbesetzung gemindert sein kann
· = Zahlenwert ist unbekannt, kann aus bestimmten Gründen nicht mitgeteilt werden oder Fragestellung ist nicht zutreffend $\hat{=}$ = entspricht
... = Zahlen lagen bei Redaktionsschluß noch nicht vor * = mit Stern gekennzeichnete Positionen werden im „Zahlen-
r = gegenüber früheren Veröffentlichungen berichtigte Zahl MD = Monatsdurchschnitt
p = vorläufige Zahl Vj = Vierteljahr
s = geschätzte Zahl Hj = Halbjahr
x = Nachweis nicht sinnvoll

Allen Berechnungen liegen die ungerundeten Werte zugrunde. Einzelwerte in Tabellen wurden ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet; das Ergebnis der Summierung der Einzelzahlen kann deshalb geringfügig von der nachgewiesenen Endsumme abweichen.

IMPRESSUM

Verlag und Vertrieb:
Statistisches Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg
20453 Hamburg

Hausanschrift:
Steckelhörn 12, 20457 Hamburg
Telefon: (0 40) 428 31-17 21
Telefax: (0 40) 428 31-17 00

Internet:
<http://www.statistik-hamburg.de>
E-Mail: Statistik-Hamburg@t-online.de

Verantwortlich für den Inhalt:
Dr. Wolfgang Bick

Satz und Herstellung:
Joachim Gehrler, Torsten Jonas,
Heidi von Maltitz

Druck:
Lütcke & Wulff
Heidenkampsweg 76b
20097 Hamburg

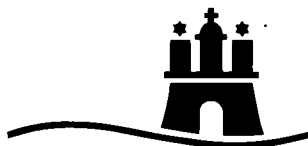
ISSN 0017-6877

Preis dieses Heftes: 8,- DM

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

SERVICE UND AUSKUNFTE

Versand von
Veröffentlichungen (0 40) 428 31-17 19
Bibliothek (0 40) 428 31-17 42
Allgemeiner
Auskunftsdienst (0 40) 428 31-17 66
17 68



Hamburg in Zahlen

Zeitschrift des Statistischen Landesamtes
der Freien und Hansestadt Hamburg

53. Jahrgang, Januar/Februar 1999

Ältere Menschen in Hamburg

von Jürgen Meinert © 36 81-15 92

Die Proklamation des Jahres 1999 zum Internationalen Jahr der Senioren durch die Vereinten Nationen war für das Statistische Landesamt Anlass, ein statistisches Querschnittsbild der Senioren und Seniorinnen zu entwerfen. Der Beitrag gibt einen zahlenmäßigen Überblick über ausgewählte Lebensbereiche älterer Menschen in Hamburg. 5

Behinderte in Hamburg - Erziehungs- und Bildungswesen, Arbeitsmarkt, Sozialhilfebezug

von Thorsten Erdmann © 428 31 - 17 57

Der Beitrag stellt die Situation der Behinderten in Bezug auf Kindergarten- und Schulbesuch, Arbeitslosigkeit sowie Sozialhilfebedürftigkeit in Hamburg dar und beschreibt die Entwicklung in den 90er Jahren. 17

In diesem Heft

KURZINFORMATIONEN

Namensfavoriten 1998: Marie und Alexander	2
Rückgang der Geburten	2
Schülerzahl auf nahezu 169 000 gestiegen	2
Über 68 000 Studierende	2
Sozialhilfebezug vielfach von langer Dauer	2
Gute Auslandsgeschäfte im Fahrzeugbau	2
76 Mio. DM Investitionen für den Umweltschutz	2

SCHAUBILD DES MONATS

Die wichtigsten Transitpartner des Hamburger Hafens	3
--	---

TRENDS

Hamburger Verkehrstrends	4
--------------------------------	---

BERICHTE

Ältere Menschen in Hamburg	5
Behinderte in Hamburg - Erziehungs- und Bildungswesen, Arbeitsmarkt, Sozialhilfebezug	17
Gerhard-Fürst-Preis des Statistischen Bundesamtes	23

TABELLENTEIL

Hamburger Zeitreihen	24
Hamburger Zahlenspiegel	25
Hamburg im Bundes- und Ländervergleich	32
Hamburg im Städtevergleich	34

Namensfavoriten 1998: Marie und Alexander

Meist gewählter Vorname für die 1998 geborenen Hamburger Mädchen ist Marie. An zweiter und dritter Stelle der aktuellen Beliebtheitsskala weiblicher Vornamen stehen Sophie und Anna. Es folgen Lisa, Johanna und Michelle. Des Weiteren heißen die im Jahr 1998 geborenen Hamburgerinnen Laura, Maria, Julia und Lena.

Für die Jungen haben die Hamburger Eltern am häufigsten den Namen Alexander vergeben – vor Jan und Leon. Nach diesem Spitzentrio sind Niklas, Tim und Lukas die beliebtesten Jungennamen. Die nächsten Plätze der Namens-„Hitliste“ des Jahres 1998 werden von Maximilian, Paul, Jonas und Christian eingenommen.

Diese Namenshäufigkeiten konnten im Zuge der Automatisierung von Verwaltungsverfahren bei den Hamburger Standesämtern ausgezählt werden.

Jens Gerhardt

Rückgang der Geburten

Sieben Prozent weniger Kinder als 1997 wurden im vergangenen Jahr in Hamburg geboren. Nach ersten Berechnungen belief sich die Zahl der Geburten 1998 auf rund 15 700, davon waren 12 700 deutsche und 3000 ausländische Kinder.

Der Rückgang des Jahres 1998 leitet eine Phase weiter sinkender Geburtenzahlen ein. Die Frauen in den Altersjahrgängen, in denen sie zumeist ihre Kinder bekommen, nehmen im Verlauf des nächsten Jahrzehnts zahlenmäßig ganz erheblich ab. Leben in Hamburg gegenwärtig nahezu 150 000 Frauen im Alter von 25 bis 35 Jahren, so wird es im Jahr 2010 in dieser Altersklasse nach den derzeitigen Schätzungen nur noch etwa 100 000 Hamburgerinnen geben. Die jährlichen Geburtenzahlen werden auf rund 12 000 zurückgehen. *Dieter Buch*

Schülerzahl auf nahezu 169 000 gestiegen

Im laufenden Schuljahr 1998/99 besuchen 168 700 Schüler und Schülerinnen die staatlichen und privaten allgemeinbildenden Schulen in Hamburg. Die Grundschulen unterrichten 54 600, die Hauptschulen 13 900 Kinder und Ju-

gendliche. An den Realschulen gibt es 12 100, an den Gymnasien 45 400 Schüler und Schülerinnen. Die Schülerzahl der Gesamtschulen erreicht 35 100 und der Sonderschulen 7600.

Insgesamt haben die Hamburger allgemeinbildenden Schulen heute sechs Prozent mehr Schüler und Schülerinnen als vor fünf Jahren. In den einzelnen Schulgattungen hat sich der Schulbesuch indes recht unterschiedlich entwickelt. Die Grundschulen und die Gesamtschulen verzeichnen jetzt jeweils eine um 13 Prozent höhere Schülerzahl als im Schuljahr 1993/94. Ein leichter Zuwachs von 3 Prozent ist bei den Sonderschulen zu beobachten. Für die Hauptschulen ergibt sich ein Rückgang von 12 Prozent. An den Realschulen und den Gymnasien hat sich die Schülerzahl nicht nennenswert verändert.

Thorsten Erdmann

Über 68 000 Studierende

Im Wintersemester 1998/99 gab es an den zehn Hamburger Hochschulen nach vorläufigen Ergebnissen 68 200 Studierende. Das waren rund 2000 mehr als ein Jahr zuvor, im Vergleich zum bisherigen Höchststand im Wintersemester 1993/94 ist dies aber ein Rückgang von 1800 Personen.

Nach Fächergruppen entfielen die größten Anteile der Studierenden auf Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (27 Prozent) und auf Sprach- und Kulturwissenschaften (26 Prozent). Ingenieurwissenschaftliche Fachrichtungen studierten 21 Prozent aller Immatrikulierten. Es folgten die Fächergruppen Mathematik/Naturwissenschaften mit 12 Prozent und Humanmedizin mit 6 Prozent der Studenten und Studentinnen. 5 Prozent waren für Kunst/Kunstwissenschaften eingeschrieben.

Thorsten Erdmann

Sozialhilfebezug vielfach von langer Dauer

Von den Hamburger Haushalten, die laufende Sozialhilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen beziehen, bekommt jeder dritte (33 Prozent) diese staatliche Unterstützung bereits seit über

fünf Jahren. Jeweils ein Viertel (25 Prozent) erhält Sozialhilfe seit drei bis fünf Jahren oder seit einem bis drei Jahren. Jeder sechste (17 Prozent) der Sozialhilfe in Anspruch nehmenden Haushalte bezieht diese Leistung seit weniger als einem Jahr.

Im Ganzen sind in Hamburg über 80 000 Haushalte Sozialhilfempfänger.

Thorsten Erdmann

Gute Auslandsgeschäfte im Fahrzeugbau

Im Jahr 1998 verzeichneten die Hamburger Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten einen Umsatz von 48,7 Milliarden DM. Daran hatte das Auslandsgeschäft einen Anteil von 27 Prozent, das heißt, gut jede vierte Mark wurde durch die Geschäftstätigkeit mit ausländischen Kunden erwirtschaftet.

Besonders erfreulich war der Auslandsumsatz im Bereich des Fahrzeugbaus: Dieser erreichte 3,7 Milliarden DM, das sind über elf Prozent mehr als 1997. Ausschlaggebend hierfür waren vor allem die gesteigerten Aktivitäten im Bau und in der Reparatur von Luftfahrzeugen.

Johannes Marx

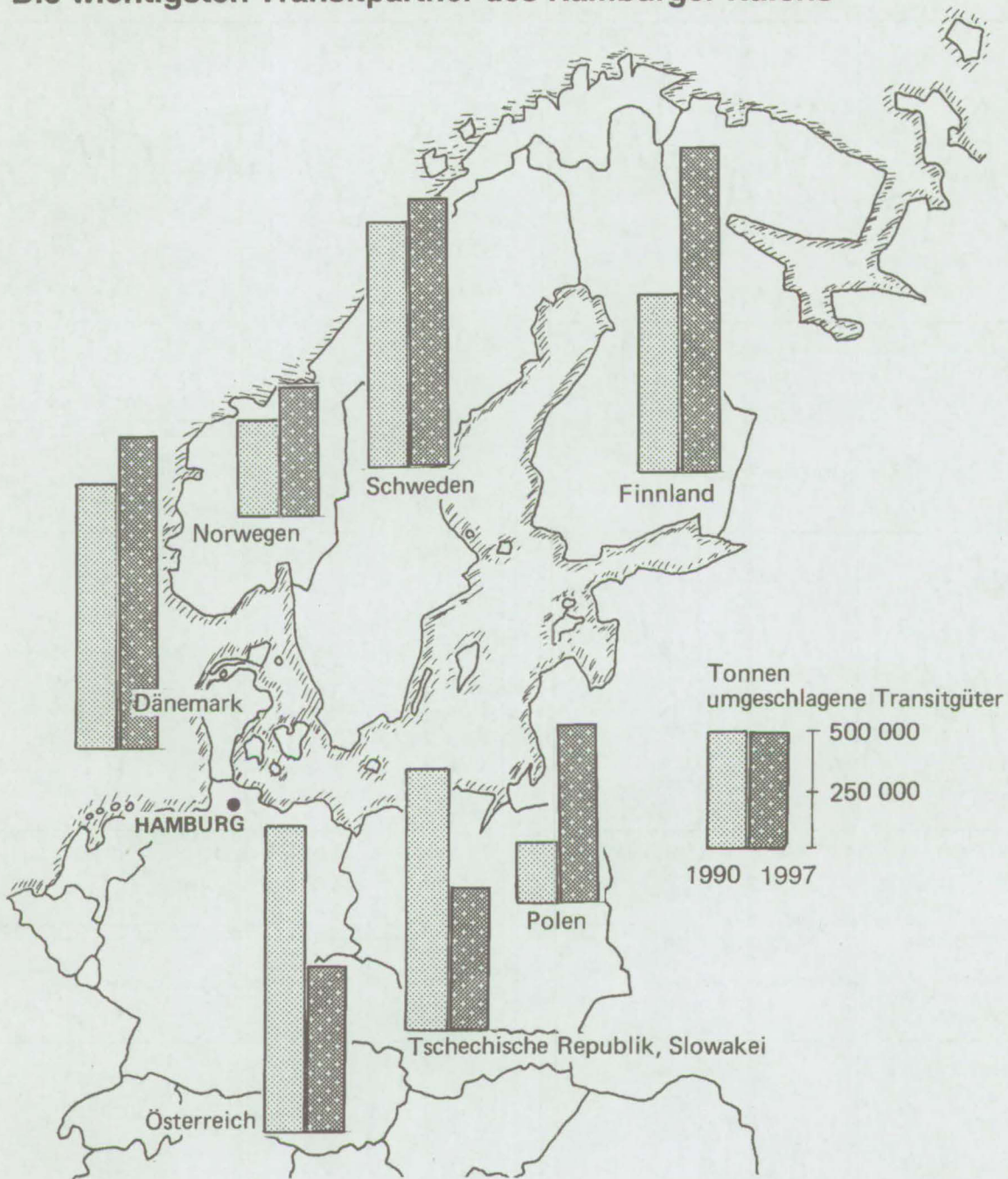
76 Mio. DM Investitionen für den Umweltschutz

1996 investierten in Hamburg 551 größere Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes über 1,3 Milliarden DM für Maschinen und sonstige Sachanlagen. Knapp sechs Prozent hiervon (76 Millionen DM) waren ausschließlich für Umweltschutzzwecke bestimmt. Im Vordergrund standen Aufwendungen für Luftreinhaltung (42 Millionen DM) und Gewässerschutz (27 Millionen DM). Für Verbesserungen der Abfallbeseitigung wurden fünf Millionen DM ausgegeben. In Maßnahmen im Bereich der Lärmbekämpfung, der Bodensanierung sowie des Landschaftsschutzes investierte das Verarbeitende Gewerbe in der Hansestadt 1996 nahezu zwei Millionen DM.

Hauptinvestor war die Mineralölindustrie (39 Millionen DM). Mit weitem Abstand folgten die Metallerzeugung und -bearbeitung sowie das Ernährungsgewerbe mit 10 bzw. 8 Millionen DM.

Rüdiger Lenthe

Die wichtigsten Transitpartner des Hamburger Hafens

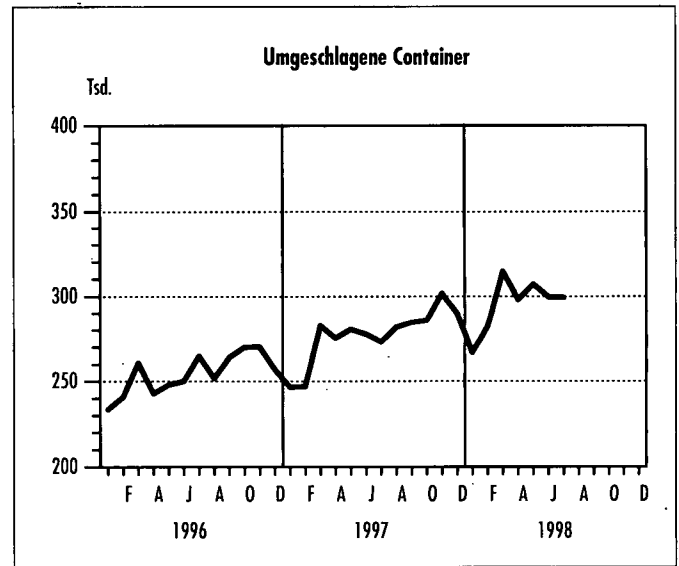
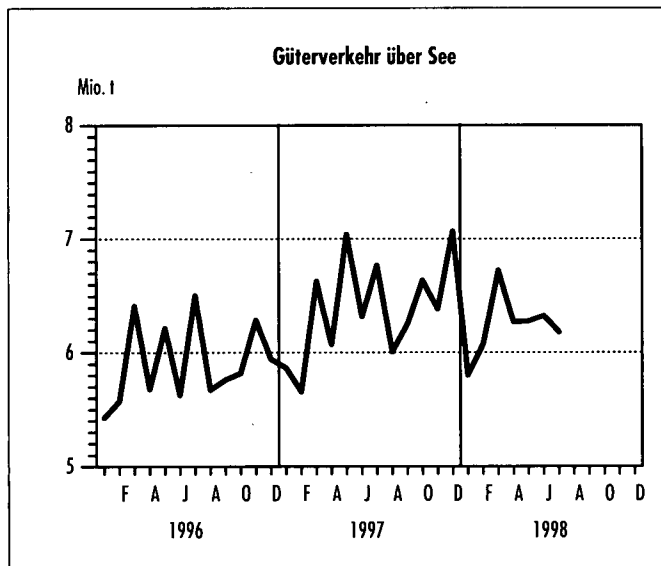
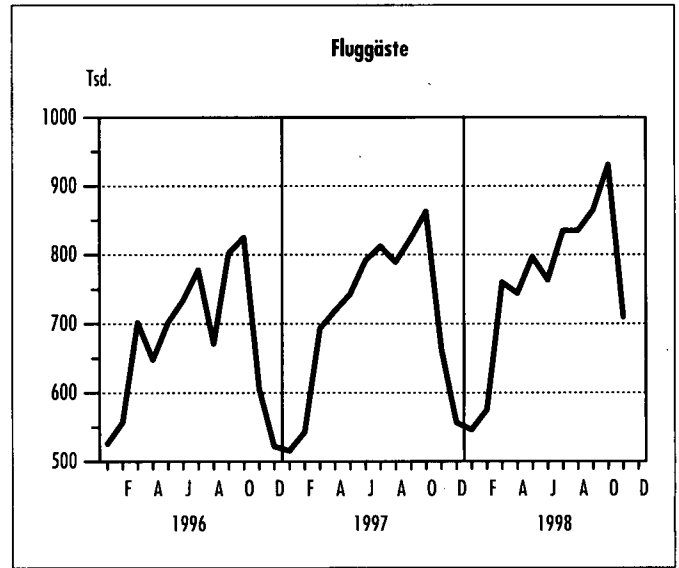
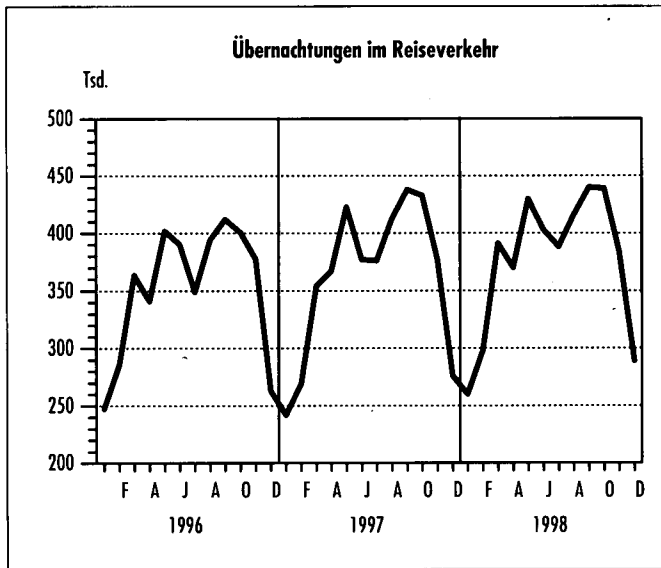
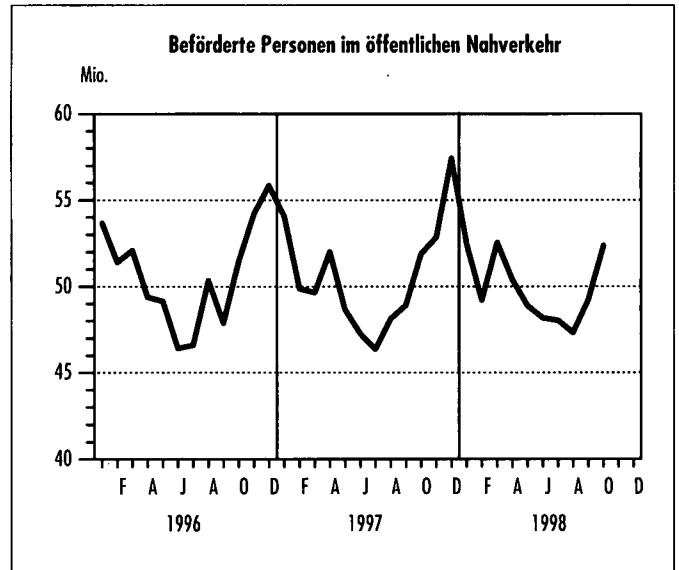
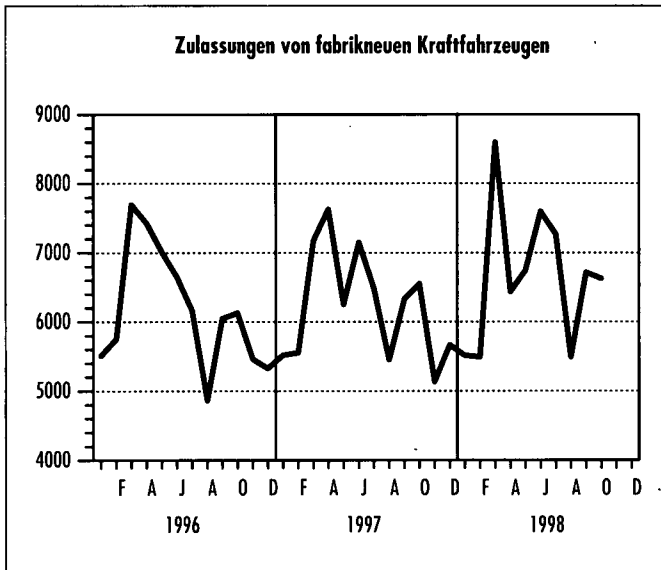


Die skandinavischen Länder haben als Transitpartner für den Hamburger Hafen traditionell die größte Bedeutung. 1997 belief sich deren Anteil am gesamten Transit auf 40 Prozent (bei einer Durchfuhrmenge von im ganzen elf Millionen Tonnen).

Zum Vergleich: 1990 wurden 36 Prozent des insgesamt 9,2 Millionen Tonnen ausmachenden Transitvolumens für Kunden aus Skandinavien umgeschlagen. Finnland war 1997 mit einer Menge von 1,38 Millionen Tonnen der Spitzenreiter vor Dänemark (1,34 Millionen Tonnen) und Schweden (1,13 Millionen Tonnen).

Es folgten Polen (762 000 Tonnen), Österreich (709 000 Tonnen), die ehemalige Tschechoslowakei (Tschechische Republik, Slowakei) (610 000 Tonnen) und Norwegen (557 000).

HAMBURGER VERKEHRTRENDS



Ältere Menschen in Hamburg

1999: Internationales Jahr der Senioren

Die Vereinten Nationen haben das Jahr 1999 zum Internationalen Jahr der Senioren erklärt. Unter dem Leitmotiv „Eine Gesellschaft für alle Lebensalter“ will die Staatengemeinschaft durch vielfältige Aktionen und Veranstaltungen darauf aufmerksam machen, dass die in vielen Staaten zu beobachtenden demographischen Alterungsprozesse (weltweit) von großer Bedeutung sind und alle Generationen gleichermaßen betrifft. UNO-Generalsekretär Kofi Annan spricht in diesem Zusammenhang gar von einer „demographischen Revolution“, deren Folgen insbesondere für die hochentwickelten Industriestaaten gravierend sein werden. Durch das Anwachsen der Zahl älterer Menschen kommt es hier zu Strukturwandlungen der Altersgliederung der Gesamtbevölkerung zugunsten der höheren Altersgruppen.

In Deutschland sind die mit diesen Prozessen einhergehenden gesellschaftlichen Probleme schon seit geraumer Zeit durch die Medien in den Blickpunkt des öffentlichen Interesses gerückt worden und nicht nur unter dem Aspekt der zukünftigen Sicherung des auf einem Generationenvertrag basierenden Rentensystems diskutiert worden.

Anlässlich der Proklamation des Jahres der Senioren hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend eine „Nationale Kommission“ mit Vertretern der wichtigsten gesellschaftlichen Kräfte und Gruppen eingerichtet, um Lösungen zu erarbeiten, die ein solidarisches Miteinander aller Lebensaltersgruppen auch in Zukunft gewährleisten können.

In Hamburg haben die Bürgerschaft und der Senat seit 1991 das Phänomen des demographischen Alterns zum Anlass genommen, eine spezielle Altenpolitik zu verfolgen, die an den Zielen Integration

und Partizipation, Autonomieförderung, Prävention und Rehabilitation sowie Aktivierung der älteren Menschen ausgerichtet ist.

Ältere Menschen sind keine homogene Gruppe. Das tatsächliche Lebensalter sagt allein nichts über die körperliche, geistige und seelische Verfassung eines Menschen aus. Alt sein und alt fühlen beinhalten dementsprechend höchst individuelle und voneinander zu trennende Sachverhalte bzw. Gefühlslagen. Das Altsein kann unter Umständen bereits sehr frühzeitig beginnen, zum Beispiel dann, wenn eine Person durch Invalidität frühzeitig aus dem Erwerbsleben ausscheiden muss. Um der Tatsache Rechnung tragen zu können, dass heute generell die Phase des Alters ausgedehnter ist als zu früheren Zeiten, ist eine Differenzierung der Senioren zweckmäßig. Früher orientierte sich die amtliche Statistik bei der Festlegung der Altersgrenze für Senioren am üblichen Eintrittsalter in den Ruhestand, nämlich dem 65. Lebensjahr. Seit einiger Zeit lehnen sich das Statistische Bundesamt und die Statistischen Ämter der Bundesländer an die international gebräuchlichen Altersgrenzen an, in denen die 60- bis unter 75-Jährigen als „junge Alte“ und die 75- bis unter 80-Jährigen als „Betagte“ bezeichnet werden. Zu den „Hochbetagten“ werden alle über 80-Jährigen gezählt.

Mit dem nachfolgenden Zahlenbild möchte das Statistische Landesamt einen kurzen Beitrag zur aktuellen Situation der Senioren und Seniorinnen in Hamburg geben und auf die spezifisch hamburgische Situation der Alten hinweisen.

Allgemeine demographische Entwicklungstendenzen

Der Prozess des demographischen Alterns wird wesentlich durch folgende Faktoren bestimmt:

– Geburtenrückgang

– zunehmende Lebenserwartung
– Saldo der zu- beziehungsweise abwandernden Bevölkerung

Geburtenrückgang in Deutschland Ende des 19. Jahrhunderts eine Frau noch durchschnittlich fünf lebende Kinder, so waren es 1935 nur noch zwei. Als Hauptgrund für die Abnahme wird von den Experten der im Zuge der Industrialisierung veränderte Stellenwert der Kinder als Arbeitskräfte und Garant für die soziale Alterssicherung der Eltern angeführt. In der Bundesrepublik sank die Geburtenzahl je Frau von 2,02 im Jahr 1970 auf 1,39 im Jahr 1989 und belief sich im Jahr 1997 auf 1,44.

Bezogen auf die Geborenenzahlen von jeweils 1000 Frauen im gebärfähigen Alter von 15 bis 45 Jahren errechnete sich für die in Hamburg lebenden Frauen für das Jahr 1970 eine Ziffer von 50. Der niedrigste Stand wurde mit 33 lebend geborenen Kindern 1978 erreicht. Seit 1987 schwankt die Geburtenquote zwischen 40 und 46. Auch bei den ausländischen Frauen ist im selben Zeitraum ein Sinken der Geburtenquoten von 114 auf 51 zu beobachten. Bedenkt man, dass 1970 die Werte für die Ausländerinnen noch mehr als doppelt so hoch waren wie die Werte für die deutschen Frauen in Hamburg, dann wird durch diesen Angleichungsprozess deutlich, wie stark das generative Verhalten weniger von nationalen Eigenschaften abhängig ist als von den gegebenen ökonomischen, sozialen und kulturellen Rahmenbedingungen eines Landes.

Auch eine heute nicht zu erwartende Steigerung der Geburtenhäufigkeit auf ein Niveau, das den Generationenersatz wieder gewährleisten würde, könnte den gesellschaftlichen Alterungsprozess nicht stoppen, sondern bestenfalls verlangsamen.

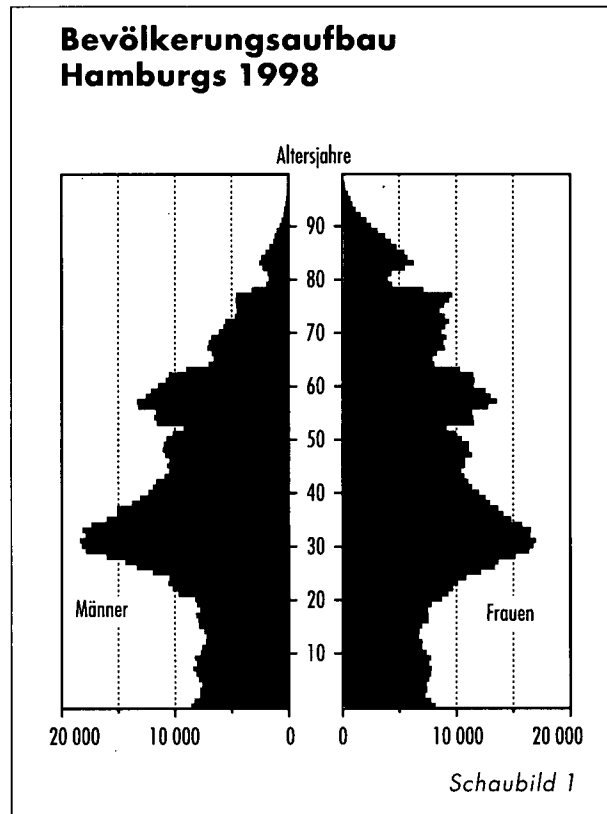
Die zunehmende durchschnittliche Lebenserwartung der Menschen bewirkt ähnlich wie die Geburtenrückgänge eine Veränderung im Altersaufbau der Gesell-

schaft. Ende des 19. Jahrhunderts betrug die Lebenserwartung der Neugeborenen im Deutschen Reich durchschnittlich 37 Jahre. Ende 1996 waren die Werte für die männliche Bevölkerung auf 71,70 Jahre und bei der weiblichen Bevölkerung auf 78,03 Jahre angestiegen. Primärer Grund hierfür ist die erfolgreiche Senkung der Säuglingssterblichkeit. Hinzu kommt die Tatsache, dass heute im Gegensatz zu früheren Zeiten immer weniger Menschen im jungen und mittleren Lebensalter infolge von Unfällen oder kriegerischen Ereignissen sterben.

Entscheidend für den Alterungsprozess der Gesellschaft ist letztendlich, wie hoch der Anteil derjenigen ist, die ein Alter von 60 und mehr Jahren erreichen. Während am Anfang des 20. Jahrhunderts nur 44 Prozent der neugeborenen Jungen in Deutschland ein Lebensalter von 60 Jahren erreichten und nur neun Prozent 80 Jahre alt wurden, sind es rund 90 Jahre später 84 Prozent, und gut ein Drittel erreicht sogar 80 Lebensjahre. Damals wie heute lag die Lebenserwartung der weiblichen Bevölkerung deutlich höher. Bislang ist es nicht hinlänglich wissenschaftlich geklärt worden, worin die für Frauen gegebene durchschnittlich höhere Lebenserwartung begründet ist. Für die Situation in Deutschland kann jedoch davon ausgegangen werden, dass die beiden Weltkriege die Lebenserwartung der Männer gravierender beeinflussten, als dieses bei der weiblichen Bevölkerung der Fall war. Mit Sicherheit müssten zur vollständigen Klärung der Ursachen jedoch auch noch weitere Faktoren untersucht werden. Jedenfalls machen die auf der unterschiedlichen Lebenserwartung beruhenden höheren Quoten der Frauen an der älteren Bevölkerung klar, dass das Phänomen des demographischen Alterns gegenwärtig stärker von der weiblichen Bevölkerung getragen wird.

Schließlich haben auch die Wanderungsprozesse der Bevölkerung einen nicht zu vernachlässigenden Einfluss auf

die demographische Alterung. In aller Regel bewirken Zuwanderungen aufgrund der Tatsache, dass Zuwanderer zu meist den jüngeren Altersgruppen angehören, eine Abschwächung der Alterung. Umgekehrt führen Abwanderungen mit Ausnahmen zu einer Verstärkung der Alterungsprozesse.



Obwohl allein im Jahr 1996 rund 685 000 Migranten im Alter von 18 bis unter 50 Jahren, das waren 71 Prozent aller Zuwanderer, nach Deutschland kamen und ähnliche Wanderungsgewinne seit einigen Jahren zu verzeichnen sind, konnten die Wanderungsgewinne den generell gegebenen Alterungsprozess lediglich verlangsamen.

Demographische Entwicklung in Hamburg

Tabelle 1 ist zu entnehmen, wie sich die Lebenserwartung der männlichen und weiblichen Bevölkerung in Hamburg seit Anfang der 60er Jahre entwickelt hat. Innerhalb der letzten drei Jahrzehnte hat sich das durchschnittliche Lebensalter um

5,5 Jahre bei den Männern und um mehr als sechs Jahre bei den Frauen erhöht.

Ende des Jahres 1997 hatte Hamburg 1 704 731 Einwohner und Einwohnerinnen. Die Anzahl und der Anteil der über 60-Jährigen an der Gesamtbevölkerung sank im Zeitraum von 1970 bis 1997 von 433 400 auf 387 696 beziehungsweise von 24,2 Prozent auf 22,7 Prozent (vergleiche hierzu Tabelle 2).

137 000 Personen oder acht Prozent der Gesamtbevölkerung Hamburgs waren Ende 1997 bereits über 75 Jahre alt. 78 397 Personen hatten ein Alter über 80 Jahre; ihr prozentualer Anteil war 4,6 Prozent an der Gesamtbevölkerung und hat sich im Vergleich zu 1967 fast verdoppelt (2,4 Prozent).

Von den Ende 1997 in Hamburg gezählten 387 696 Personen im Seniorenalter sind 101 836 der Alterskohorte der 60- bis unter 65-Jährigen zuzurechnen; das entspricht 26 Prozent. 77 532 Personen oder 20 Prozent sind zwischen 65 und 70 Jahre alt. Fast ebenso viele alte Menschen, nämlich 71 325 oder 18 Prozent, besetzen die Kohorte der 70- bis unter 75-Jährigen. 58 606 Personen (15 Prozent) sind zwischen 75 und 80 Jahren alt. Die Gruppe der Hochbetagten zählt 78 397 Personen (20 Prozent).

Von den 387 696 alten Menschen sind nur 150 548 oder 39 Prozent männlichen Geschlechts. Das Übergewicht der Seniorinnen ist in allen Alterskohorten gegeben, am stärksten jedoch in der Gruppe der Hochbetagten. Hier beträgt das Verhältnis zwischen den Frauen und den Männern 73:27.

Im Vergleich mit den anderen Bundesländern rangiert Hamburg bezüglich der Anteile der älteren Bevölkerungsteile im Spitzenfeld: 1996 lag der Stadtstaat Hamburg mit einem Anteil von 22,5 Prozent über 60-Jähriger an dritter Stelle hinter Sachsen (23,2 Prozent) und Bremen mit 23,5 Prozent. Hinsichtlich des Anteils der 65-Jährigen und Älteren an der Gesamtbevölkerung kam Hamburg mit 16,9 Prozent ebenfalls auf Rang 3.

Als Gradmesser für die Bestimmung der „Überalterung“ einer Gesellschaft werden auch spezielle Kennziffern errechnet, die das Verhältnis der nicht erwerbstätigen Menschen zu den arbeitenden Personen ausdrücken. Es wird hierbei zwischen den Gesamtquotienten und den Altersquotienten unterschieden, wobei der Altersquotient oder die Altenlastquote nur ein Teilaspekt des Gesamtquotienten ist.

ser Entwicklung ist jedoch der große Unterschied, der zwischen der errechneten Quote für die Deutschen und die Ausländer besteht. So liegt die gegenwärtige Altenlastquote der Deutschen bei 45 und ist etwa fünfmal so hoch wie die Quote der Ausländer.

Aus der hamburgischen demographischen Entwicklung der letzten drei Jahrzehnte geht hervor, dass sich sowohl die absolute Zahl als auch der relative Anteil

der Seniorinnen und Senioren verringert haben. Insgesamt nahm die absolute Zahl zwischen 1970 und 1997 um 45 704 Personen ab; seit 1985 ist die Zahl der älteren Einwohner Hamburgs wieder ansteigend.

Auch die Kennziffern der sogenannten Altenlastquote lassen für Hamburg nicht den Schluss zu, dass es immer mehr ältere Menschen gäbe, die von der Erwerbsbevölkerung mit versorgt werden müssen.

Falsch wäre allerdings auch die Behauptung, die gegebene Altersstruktur der Bevölkerung in Hamburg böte keinen Anlass zur Sorge.

Probleme zeigen sich insbesondere bei einer Betrachtung der Gruppen der Betagten und Hochbetagten, deren Anteile an der Gesamtbevölkerung sich stark ausgeweitet haben. Wenn man bedenkt, dass sich der Pflege- und Hilfs-

bedarf für den größten Teil der Senioren mit zunehmendem Alter stark erhöht, muss von einer besonderen Herausforderung für die Gesellschaft ausgegangen werden.

Der Anteil der Senioren und Seniorinnen an der Gesamtbevölkerung variiert in

den sieben Hamburger Bezirken von 20,1 Prozent in Hamburg-Mitte bis 25 Prozent in Wandsbek. 23,9 Prozent beträgt der Altenanteil im Bezirk Hamburg-Nord, 22,8 Prozent in Altona. Harburg rangiert mit 22,6 Prozent vor dem Bezirk Eimsbüttel, wo der Anteil 21,8 Prozent beträgt. Bergedorf besitzt mit einer Quote von 21,1 Prozent einen Prozentpunkt mehr ältere Einwohner als das Schlusslicht Hamburg-Mitte.

Familienstand

Der größte Teil der Hamburger Seniorinnen und Senioren ist verheiratet. Mit 51,9 Prozent überragt diese Familienstandsgruppe die Statusgruppe der Verwitweten um etwa 20 Prozentpunkte (31,7 Prozent). Geschieden oder dauernd getrennt lebend sind 8,6 Prozent der über 60-Jährigen. Am kleinsten ist die Gruppe der Ledigen. Ihr prozentualer Anteil beträgt 7,8 Prozent.

Mehr als 79 Prozent der Verheirateten, fast 76 Prozent der Geschiedenen und beinahe 67 Prozent der ledigen „Alten“, aber nur 37,1 Prozent der Verwitweten sind zwischen 60 und 75 Jahren alt. Die Familienstandsgruppe der Verwitweten ist somit die einzige Gruppe, die sich zu über 50 Prozent aus Personen im Alter von über 75 Jahren zusammensetzt.

Aufgrund der Kenntnis über die allgemeine Bevölkerungsstruktur kann die Tatsache nicht verwundern, dass über 85 Prozent der über 75-jährigen Verwitweten Frauen sind. In der Gruppe der Verheirateten sind die Männer mit einem Anteil von 55 Prozent in der Überzahl; in allen anderen Familienstandsgruppen gibt es deutlich mehr Frauen. Bei den Ledigen beträgt der weibliche Anteil 66 Prozent, bei den Verwitweten 85 Prozent und bei den Geschiedenen 67 Prozent.

Wohnsituation

Aus der Mikrozensushebung des Jahres 1997 geht hervor, dass von den 916 000 Hamburger Privathaushalten 273 000 Seniorenhaushalte sind; 55,7 Prozent der Seniorenhaushalte bestehen aus nur einer Person. Der überwiegende Teil dieser Haushalte wird von einer Frau geführt. Hier zeigt sich die sogenannte Feminisierung des Alters mit aller Deutlichkeit:

Lebenserwartung der Hamburger Bevölkerung

Periode	Durchschnittliche Lebenserwartung in Jahren	
	Männliche Bevölkerung	Weibliche Bevölkerung
1960/62	67,8	73,5
1970/72	67,7	74,1
1981/85	70,3	77,2
1986/88	71,7	78,0
1994/96	73,3	79,7

Tabelle 1

Diese Quotienten errechnen sich aus der Relation der unter 20-Jährigen und der über 60-Jährigen zu der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zwischen 20 und 60 Jahren. Beim Altersquotienten wird lediglich das Verhältnis der über 60-Jährigen zu den 20- bis unter 60-Jährigen errechnet.

Für Hamburg weisen sowohl die Gesamtquotienten als auch die Altenquoten seit den 70er Jahren eine fallende Tendenz auf, die erst ab dem Jahr

1995 wieder ansteigt, das frühere Niveau aber nicht mehr erreicht.

So kamen Anfang der 70er Jahre noch auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter mehr als 90 jüngere oder ältere Menschen, während der Quotient im Jahr 1993 nur bei 65 stand. Auffallend an die-

60-Jährige und Ältere in Hamburg 1970 bis 1997

Jahr	Bevölkerung insgesamt	60-Jährige und Ältere	
		Anzahl	%
1970	1 793 600	433 400	24,2
1975	1 717 400	525 400	24,8
1980	1 645 000	388 100	23,6
1985	1 579 000	375 600	23,8
1990	1 652 400	380 100	23,0
1997	1 704 731	387 696	22,7

Tabelle 2

60-Jährige und Ältere in Hamburg 1997 nach Altersgruppen, Geschlecht und Familienstand

Altersgruppe	Männer (M)	Insgesamt	Davon			
	Frauen (F)		ledig	verheiratet	verwitwet	geschieden
Anzahl						
60-Jährige und Ältere insgesamt	M	150 548	10 320	110 433	18 784	11 011
	F	237 148	20 009	90 958	104 291	21 890
	M+F	387 696	30 329	201 391	123 075	32 901
65- bis unter 75-Jährige	M	61 111	3 708	47 829	5 449	4 125
	F	87 746	7 733	41 543	29 667	8 803
	M+F	148 857	11 441	89 372	35 116	12 928
75- bis unter 80-Jährige	M	19 182	784	14 369	3 211	818
	F	39 424	3 417	10 628	22 087	3 292
	M+F	58 606	4 201	24 997	25 298	4 110
80-Jährige und Ältere	M	21 351	1 354	11 197	8 092	708
	F	57 046	4 576	5 666	43 974	2 830
	M+F	78 397	5 930	16 863	52 066	3 538
Prozent						
60-Jährige und Ältere	M	100	6,9	73,4	12,5	7,3
	F	100	8,4	38,4	44,0	9,2
	M+F	100	7,8	51,9	31,7	8,5
65- bis unter 75-Jährige	M	100	6,1	78,3	8,9	6,8
	F	100	8,8	47,3	33,8	10,0
	M+F	100	7,7	60,0	23,6	8,7
75- bis unter 80-Jährige	M	100	4,1	74,9	16,7	4,3
	F	100	8,7	27,0	56,0	8,4
	M+F	100	7,2	42,7	43,2	7,0
80-Jährige und Ältere	M	100	6,3	52,4	37,9	3,3
	F	100	8,0	9,9	77,1	5,0
	M+F	100	7,6	21,5	66,4	4,5

Tabelle 3

121 000 der 152 000 Einpersonenhaushalte von Älteren sind Frauenhaushalte!

Während in der Altersgruppe der 60- bis 65-Jährigen noch etwa 9000 Haushalte einen männlichen Vorstand aufweisen und lediglich 15 000 von einer Frau geführt werden, was einem Verhältnis von 1:1,6 entspricht, ist das zahlenmäßige Übergewicht der Frauen in der Altersgruppe der über 65-jährigen Haushaltsvorstände wesentlich höher: Mit 22 000 männlich geführten Haushalten gegenüber über 106 000 weiblichen Einpersonenhaushalten beträgt die Relation hier 1:4,8.

Neben der „Feminisierung“ verweist der insgesamt relativ hohe Anteil der Einpersonenhaushalte an allen Haushaltsarten, der insbesondere in den höheren Altersgruppen der Senioren feststellbar ist,

auf einen weiteren Trend, nämlich die „Singularisierung“ im Alter.

Weitere 220 000 Seniorinnen und Senioren leben in Mehrpersonenhaushalten, wobei die große Mehrzahl von ihnen (195 000) zu einem Zweipersonenhaushalt zählt.

Nur etwa 170 000 ältere Hamburger und Hamburgerinnen wohnen in einem Dreipersonenhaushalt oder in einem Haushalt mit noch mehr Personen.

Die Lebensqualität eines Menschen bemisst sich zu einem wesentlichen Teil an der Größe und der Ausstattung des zur Verfügung stehenden Wohnraumes. Für sehr viele ältere Personen wird die eigene Wohnung in noch stärkerem Maße zum Daseinsmittelpunkt, als sie es ohnehin schon in früheren Lebensabschnitten war,

weil die am Arbeitsplatz verbrachte Zeit entfällt und oftmals die Senioren aufgrund einer eingeschränkten Mobilität ihre Wohnung seltener oder gar nicht mehr verlassen können.

Die regelmäßig durchgeführte Gebäude- und Wohnungsstichprobe ermöglicht einen Einblick in die Wohnverhältnisse der Hamburger Seniorinnen und Senioren. Die letzte verfügbare Auswertung stammt aus dem Jahr 1993. Danach wohnt der größte Teil (etwa 53 Prozent) der Hamburger Senioren und Seniorinnen in Wohngebäuden, die zwischen 1949 und 1968 gebaut wurden; die Zahl der Räume beträgt bei den 60- bis 75-jährigen Hauptmietern oder Wohnungseigentümern durchschnittlich 4,0, bei den über 75-Jährigen ergibt sich ein statistischer Wert von

3,6. Hieraus kann man vermuten, dass ein Teil der Senioren mit zunehmendem Alter in eine kleinere Wohnung umzieht.

Eine Auswertung der Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungsstichproben der Jahre 1987 und 1993 durch das Statistische Landesamt kam zu dem Ergebnis, dass der Versorgungsgrad der Hamburger Wohnungsinhaberhaushalte – gemessen an der Zahl der selbst bewohnten Räume oberhalb der Anzahl der in der Wohnung lebenden Personen – bei den Rentnern/Pensionären weitaus am günstigsten war.¹ Hier lag der Anteil der günstig versorgten Haushalte, bei denen die Zahl der Räume mindestens um zwei über der der Personen lag, bei 73 Prozent, weitere 23 Prozent waren angemessen versorgt und nur vier Prozent unzureichend. Die günstige Versorgungslage mit Wohnräumen bei den Ruheständlern wurde nach dieser Studie zurückgeführt „auf den sehr hohen Anteil (95 Prozent) von geräumig wohnenden Ein- und Zweipersonenhaushalten“. Weiter erklärt der Autor: „Es handelt sich dabei häufig um Personen bzw. um Paare, die nach dem Tod des Ehepartners oder dem Auszug der Kinder allein oder zu zweit in der großen Familienwohnung leben.“²

Da die Wohnqualität nicht nur von der Anzahl und Größe der Räume abhängig ist, sondern ebenfalls von der Ausstattung bestimmt wird, sind diesbezügliche Daten der Stichprobe von besonderer Bedeutung.

Im Vergleich mit anderen Altersgruppen schneiden die Wohnungsinhaber zwischen 60 und 75 Jahren gut ab. 100 Prozent der Wohnungen waren 1993 mit einer Küche bzw. Kochnische ausgestattet, 98,1 Prozent verfügten über ein Voll-/Duschbad und waren zu 99,4 Prozent mit mindestens einem WC ausgestattet. Über einen eigenen Balkon oder eine Loggia verfügten immerhin 59,2 Prozent. Die Ausstattung der Wohnungen mit einer Sammelheizung lag mit 86,9 Prozent höher als in den Wohnungen anderer Altersgruppen.

Eine gesonderte Betrachtung der Ausstattungen der Wohnungen der über 75-jährigen Wohnungsinhaber zeigt einen relativ schlechteren Ausstattungsgrad auf. Im Gegensatz zu den jüngeren Senioren besitzen ihre Wohnungen zu einem höheren Grad (18,3 Prozent) lediglich eine Ein-

zelheizung; über eine Terrasse verfügen nur 17,9 Prozent – gegenüber 26 Prozent der 60- bis 75-jährigen Wohnungsinhaber.

Die Mietzinsbelastung der nicht in Heimen und anderen Gemeinschaftsunterkünften lebenden älteren Menschen beträgt bei 41 Prozent der 60- bis 75-Jährigen und bei 50 Prozent der über 75-Jährigen 400 bis 600 DM monatlich. Weitere 37 Prozent beziehungsweise 28 Prozent zahlten einen Betrag zwischen 600 DM und 900 DM. Nur sieben Prozent der Seniorenhaushalte hatten mehr als 900 DM für Mietzahlungen aufzubringen. Dagegen ist der Anteil derjenigen, die mit Zahlungen zwischen 300 DM und 400 DM relativ geringe Mieten zu leisten hatte, mit 9,4 Prozent der 60- bis 75-jährigen Wohnungsinhaber und 12 Prozent der über 75-Jährigen nicht unbeträchtlich.

Hilfs- und Pflegebedarf der älteren Hamburger

Im Alter können viele Personen die zum Leben gehörenden täglichen Arbeiten nur noch eingeschränkt oder gar nicht mehr selbständig erledigen. Die hieraus entstehende Hilfs- und Pflegebedürftigkeit ist insbesondere in den höheren Altersgruppen der Senioren vorhanden. Zwischen einer Hilfs- und einer Pflegebedürftigkeit bestehen graduelle Unterschiede; die Grenzen sind nicht klar festgelegt. Hilfsbedürftig sind Personen, die ihre Haushaltsführung nicht mehr vollständig allein bewerkstelligen können. Als pflegebedürftige Personen werden Menschen bezeichnet, bei denen über die Hilfsbedürftigkeit hinaus weitere Defizite im Bereich der Körperpflege, der Nahrungsaufnahme und der Mobilität auftreten.

Die Hamburger Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales stellte in ihrem Sozialbericht 2 aus dem Jahr 1994 fest, dass 15 bis 16 Prozent der 60-jährigen und älteren Personen, die nicht in stationären Einrichtungen leben, hilfsbedürftig sind. Das entspricht in etwa 55 000 bis 60 000 älteren Menschen. Das Potenzial der Pflegebedürftigkeit schätzt die Behörde auf 5,3 bis 6,5 Prozent der in Privathaushalten lebenden älteren Menschen. In absoluten Zahlen bedeutet das 20 000 bis

24 000 Personen.

Um diesem Hilfs- und Pflegebedarf begegnen zu können, gibt es in Hamburg ambulante und stationäre Versorgungseinrichtungen, die gesundheits- und sozialpflegerische Leistungen für die Bedürftigen bereitstellen.

Auf der untersten Stufe der ambulanten Hilfs- und Pflegeeinrichtungen besteht in Hamburg zur Bündelung der durch verschiedene Träger erbrachten gesundheits- und sozialpflegerischen Leistungen ein flächendeckendes Netz von 41 Sozialstationen. Eine Sozialstation ist somit für die Versorgung von etwas mehr als 40 000 Einwohnern zuständig. Die Sozialstationen werden von den jeweiligen Bezirksämtern in Zusammenarbeit mit den Organisationen der Freien Wohlfahrtspflege und der Kirchengemeinden getragen. Die Hauptleistungen der Sozialstationen umfassen im Wesentlichen häusliche Krankenpflege, Pflegehilfe, Haus-, Familien- und Altenpflege sowie Haushaltshilfe.

Die Träger der Stationen sind das Diakonische Werk (21 Stationen), der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband (8), das Deutsche Rote Kreuz (6), die Arbeiterwohlfahrt (4) und der Caritasverband (2).

Neben dieser flächendeckenden Einrichtung von Sozialstationen gibt es zusätzlich eine Vielzahl von gewerblich arbeitenden ambulanten Hilfs- und Pflegediensten. Die Anzahl dieser Unternehmen beträgt derzeit ungefähr 300; sie übernehmen 50 Prozent der gesamten ambulanten pflegerischen Versorgung.

Weitere elf Prozent der ambulanten Versorgung werden von den gemeinnützigen Anbietern erbracht, die im Einzugsbereich der Sozialstationen und mit diesen zusammenarbeiten.

Erwähnenswert im Zusammenhang mit der ambulanten Versorgung der älteren Menschen ist der Einsatz der Zivildienstleistenden im Mobilien Sozialen Hilfsdienst. Dieser Dienst besteht aus rund 600 Zivildienstplätzen. Die Zivildienstleistenden werden in allen Bereichen zur Unterstützung der hilfs- und pflegebedürftigen Menschen eingesetzt. Ihre zumeist aufopferungsvollen Tätigkeiten reichen von der Erledigung von Einkäufen, der Begleitung bei Behörden-gängen bis zur Haushaltshilfe.

Auf der nächst höheren Ebene der Versorgung gibt es in Ergänzung der ambulanten Einrichtungen neun Tagespflegeheime mit insgesamt 133 Plätzen sowie eine Kurzzeitpflegestätte mit einer Kapazität von 30 Plätzen. Die neun Tagespflegestätten übernehmen gesundheits- und sozialpflegerische Leistungen sowie rehabilitative Leistungen für gering bis mittelschwer Pflegebedürftige. Die Zielgruppe dieser Einrichtungen sind diejenigen Personen, die zwar pflegebedürftig sind, aber täglich zu diesen Einrichtungen transportiert werden können. Durch die angebotenen Leistungen wird der Zeitpunkt bis zur Einweisung in eine stationäre Versorgungseinrichtung verzögert und ein selbstbestimmtes Leben im Alter, soweit möglich, aufrechterhalten.

In der Kurzzeitpflegestätte werden die zumeist älteren pflegebedürftigen Menschen für einen begrenzten Zeitraum rund um die Uhr betreut. Nutzer sind Personen, die vorübergehend eine mittlere oder schwere Pflegebedürftigkeit besitzen und die Leistungen benötigen, die von den Tagespflegestätten nicht mehr erbracht werden können.

Wenn die Hilfsmöglichkeiten der ambulanten und teilstationären Versorgungseinrichtungen nicht mehr ausreichen, besteht in Hamburg für die älteren Menschen die Möglichkeit zur Aufnahme in eine stationäre Einrichtung. Es sind gegenwärtig 145 Alten- und Pflegeheime mit rund 16 000 Plätzen sowie 43 Altenwohnheime mit 6500 Plätzen vorhanden.

In den Altenwohnheimen können die Älteren in eigenen, abgeschlossenen Wohnungen mit einer altersgerechten Ausstattung so lange wie möglich ein selbstbestimmtes Leben führen. Die Altenheime dagegen sind für ältere Menschen geschaffen, die keinen eigenen Haushalt mehr führen können und einen dauernden Pflegebedarf haben.

In den Pflegeheimen sind diejenigen pflegebedürftigen Seniorinnen und Senioren untergebracht, die einen umfassenden Pflege- und Betreuungsbedarf besitzen. Die Alten- und Pflegeheime werden zu 56 Prozent von den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege und zu 30 Prozent von dem (staatlichen) Landesbetrieb Pflegen und Wohnen getragen. 13 Prozent befinden sich unter der Regie privatwirtschaftlicher Anbieter.

Auch die zur Verfügung stehenden Plätze in den Altenwohnheimen werden zu etwa 72 Prozent von den freien Wohlfahrtsverbänden zur Verfügung gestellt. Der Landesbetrieb Pflegen und Wohnen betreibt vier Prozent der Plätze und auf die gewerblichen Anbieter entfallen 23 Prozent.

Erwerbstätigkeit

29 800 Seniorinnen und Senioren, darunter 21 000 im Alter zwischen 60 und 65 Jahren, waren 1997 noch erwerbstätig. 3,9 Prozent der insgesamt 766 300 Hamburger Erwerbstätigen standen somit im Seniorenalter. Unter den erwerbstätigen älteren Personen waren 9700 Frauen. Eine Mehrheit von 43,3 Prozent arbeitete in einem Angestelltenverhältnis, knapp 20 Prozent waren Arbeiterinnen oder Arbeiter. Weitere 3,7 Prozent der erwerbstätigen Senioren und Seniorinnen hatten einen Beamtenstatus und knapp 33 Prozent arbeiteten selbständig oder waren mithelfende Familienangehörige der Selbständigen. Zehn Jahre zuvor betrug der Seniorenanteil an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen in Hamburg noch 5,1 Prozent; er ist also um 1,2 Prozentpunkte zurückgegangen.

Den erwerbstätigen Senioren und Seniorinnen standen 3062 gemeldete Arbeitslose gegenüber. Gut zwei Drittel der Arbeitssuchenden, nämlich 70,5 Prozent, waren Männer. Das gegebene Missverhältnis zwischen Männern und Frauen ist sicherlich durch die um einige Jahre vorgezogene Renteneintrittsgrenze bei den Frauen zu erklären.

Wie schwer es hingegen ist, als Seniorin oder als Senior noch einen neuen Arbeitsplatz zu finden, wird deutlich, wenn man aus der Statistik erfährt, dass 1764 Personen, also mehr als die Hälfte der Arbeitslosen, bereits länger als ein Jahr arbeitslos gemeldet waren. 1060 suchten bereits länger als zwei Jahre nach einer bezahlten Arbeit.

Quellen des Lebensunterhalts/Einkommen

Die Hamburger Senioren und Seniorinnen leben in der großen Mehrheit von Renten und Pensionen. 309 000 oder 81,5 Prozent aller Hamburger Einwohner

und Einwohnerinnen im Alter von über 60 Jahren bestritten nach den Ergebnissen der Mikrozensus-Erhebung des Jahres 1997 ihren Lebensunterhalt überwiegend aus dem Renten- oder Pensionsbezug.

Alle anderen Möglichkeiten zur Deckung des Lebensbedarfs, wie Sozialhilfe, Erträge aus eigenem Vermögen oder die Unterhaltsgewährung durch Angehörige, spielen bei den älteren Hamburgern und Hamburgerinnen eine eher untergeordnete Rolle.

Nur 2600 ältere Menschen im Alter von 60 bis 65 Jahren und weitere 5000 über 65-Jährige bestritten 1997 ihren Lebensunterhalt in erster Linie aus Sozialhilfeleistungen.

Überwiegend durch Angehörige unterhalten wurden nahezu 30 000 ältere Männer und Frauen in Hamburg. 6800 Personen im Alter von über 60 Jahren lebten von den Erträgen aus ihrem eigenem Vermögen.

An diesen Zahlen wird die herausragende Bedeutung des bestehenden Systems der Renten- und Pensionsleistungen für die Versorgung der Senioren deutlich. Die geringe Anzahl der hauptsächlich von Sozialhilfeleistungen lebenden älteren Menschen zeigt zudem, dass der überwiegende Teil der Seniorinnen und Senioren über erworbene Ansprüche verfügt, weil sie hinlänglich lange versicherungspflichtig beschäftigt waren oder als verbeamtete Personen Pensionsansprüche erworben haben oder aber als Hinterbliebene in den Genuss von Rentenzahlungen gelangten.

Nach einer Seniorenbefragung der Sozialbehörde aus dem Jahr 1991/92 bezog jeder zweite Befragte Einkommen aus mehr als einer Quelle.

Nicht jedoch für jeden ist der Lebensabend finanziell ausreichend abgesichert. Oftmals handelt es sich hierbei um Personen, die vorzeitig in den Ruhestand treten (müssen) und Leistungskürzungen hinnehmen haben. Während vor etwa 20 Jahren nur 3,3 Prozent der männlichen und 6,3 Prozent der weiblichen Renten-/Pensionsbezieher im Alter von 40 bis 60 Jahren waren, sind es gegenwärtig 6,9 Prozent der Männer und 6,3 Prozent der Frauen. Die Quote der 60- bis 65-jährigen Rentner/Pensionäre stieg im selben Zeitraum sogar von 50 Prozent auf 59,5 Prozent an. Hieraus folgt, dass das

Renteneintrittsalter für 66 Prozent vor dem Erreichen des 65. Lebensjahres lag.

Das monatliche Nettoeinkommen variiert von unter 300 DM bis zu 4500 DM. Die Anzahl derjenigen, die ein darüber hinausgehendes monatliches Einkommen haben, ist sehr gering.

Elf Prozent aller Senioren und Seniorinnen können lediglich auf einen Betrag von 300 DM bis 1000 DM zurückgreifen. Neun Prozent haben monatlich 1000 DM bis 1400 DM zur Verfügung. Weitere elf Prozent verzeichnen Einkommen in Höhe von 1400 DM bis 1800 DM und 16 Prozent von 1800 DM bis 2200 DM. Die größte Gruppe der Senioren, nämlich 22 Prozent, vermag über ein monatliches Nettoeinkommen zwischen 2200 DM und 3000 DM zu disponieren. Einkommensbeträge von 3000 DM bis 4500 DM pro Monat haben nur 6,5 Prozent der älteren Menschen.

Bemerkenswert erscheint, dass fast jeder dritte ältere Mensch in Hamburg weniger als 1800 DM im Monat zum Leben hat. Insbesondere bei denjenigen, die weniger als 1000 DM zum Bestreiten des Lebensunterhalts haben, muss man, unabhängig von den Kosten für Pflege- und Hilfsdienste, davon ausgehen, dass sie zusätzliche finanzielle Unterstützung vom Sozialamt benötigen.

Insgesamt 13 701 Hamburgerinnen und Hamburger im Alter von über 60 Jahren empfangen 1997 Sozialhilfeleistungen in Form von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt. Der Begriff „laufende Hilfe zum Lebensunterhalt“ sagt weder etwas über die Bezugsdauer noch über die Höhe der Aufwendungen aus. Enthalten sind in den Daten sowohl diejenigen Personen, die ihren Lebensunterhalt überwiegend durch Sozialhilfe bestreiten als auch Menschen, die lediglich einen Zuschuss zu ihren sonstigen Einkommensquellen benötigen. Unter den 13 701 Empfängern waren allein 5074 Personen im Alter zwischen 60 und 65 Jahren, weitere 3187 kamen aus der Gruppe der 65- bis 70-Jährigen.

Eine ausländische Staatsangehörigkeit besaßen 3054 Leistungsempfänger und -empfängerinnen im Seniorenalter. Während die ausländischen Empfänger beiderlei Geschlechts in etwa gleich große Gruppen bilden, beträgt der weibliche Anteil bei den deutschen Leistungsemp-

fängern 63 Prozent. In den höheren Altersgruppen wird das Übergewicht der Frauen gegenüber den Männern noch deutlicher.

Gemessen an der Gesamtzahl von 387 696 Hamburger Senioren und Seniorinnen beträgt der Anteil der Sozialhilfebeziehenden Personen nur 3,5 Prozent und liegt somit wesentlich unterhalb der Quoten für jüngere Altersgruppen.

Geld- und Grundvermögen

Über das Geld- und Grundvermögen der Senioren und Seniorinnen Hamburgs sind nur unzulängliche Daten verfügbar. Die in früheren Jahren von der Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales durchgeführten Stichprobenerhebungen ergaben bei der Beantwortung diesbezüglicher Fragen eine sehr hohe Antwortverweigerung.

Die letzte ausgewertete Einkommens- und Verbrauchsstichprobe der amtlichen Statistik datiert aus dem Jahr 1993. Da in Hamburg wegen zu kleiner Fallzahlen keine spezifischen Ergebnisse erstellt werden können, müssen die Werte für Deutschland herangezogen werden. Danach betrug das durchschnittliche Bruttogeldvermögen der erfassten Haushalte im früheren Bundesgebiet rund 63 100 DM. Nicht erfasst werden hierbei die Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von über 35 000 DM sowie die in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften lebenden Personen. Abweichend vom Durchschnittswert lag das Bruttogeldvermögen in den Haushalten mit einer Bezugsperson zwischen 55 und 65 Jahren bei 89 400 DM und bei den über 65-Jährigen bei 55 600 DM. Der Spitzenwert lag mit 90 400 DM in der Gruppe der Haushalte mit 45- bis 55-jährigen Bezugspersonen. Das nach Abzug von Restschulden errechnete Nettogeldvermögen der Senioren betrug für die 55- bis 65-Jährigen 98,4 Prozent und für die über 65-Jährigen 99,4 Prozent des Bruttowertes. Evident ist, dass die Höhe der Geldvermögen in Form von Sparguthaben, Wertpapieren, Bausparguthaben und Versicherungsguthaben abhängig ist von der Höhe der monatlichen Haushaltsnettoeinkommen. So beträgt das durchschnittliche Bruttogeldvermögen eines Haushaltes im früheren Bundesge-

biet mit einem monatlichen Nettoeinkommen unter 1800 DM genau 24 400 DM. Für die Haushalte mit einem Einkommen zwischen 10 000 DM und 35 000 DM errechnen sich hingegen 280 700 DM. Berücksichtigt man die oben beschriebene Einkommenssituation der Hamburger Senioren und Seniorinnen, so kann angenommen werden, dass die Hauptmasse der auf die älteren Menschen entfallenden Geldvermögen in wenigen Händen ist.

Wenn ältere Personen Geldvermögen besitzen, ist dieses zu fast 48 Prozent in Wertpapieren angelegt und zu 26,5 Prozent auf Sparbüchern deponiert. Auf un- ausgezahlte Versicherungsguthaben entfällt ein Anteil von etwa 18 Prozent; Bausparguthaben hingegen sind unbedeutend.

Etwas mehr Licht in die Vermögenssituation der Senioren bringt die Erhebung der Grundvermögen. Im früheren Bundesgebiet besaßen 1993 etwa 14,6 Millionen Haushalte Grundvermögen in Form von Gebäuden, Eigentumswohnungen und unbebauten Grundstücken. Im Durchschnitt verfügten damit 50,5 Prozent aller Haushalte über Grundvermögen. Bei den Haushalten mit Bezugspersonen im Alter zwischen 55 und 65 Jahren machte die entsprechende Quote hingegen 63,3 Prozent aus. Haushalte mit über 65-jährigen Bezugspersonen hatten zu 49,8 Prozent Grundvermögen.

Für Hamburg dürften ähnliche Werte anzunehmen sein. Auch ohne Berücksichtigung der Verkehrswerte der Immobilien und Grundstücke kann aus der relativ breiten Streuung der Vermögen geschlossen werden, dass hier erhebliche Vermögenswerte von einer breiten Schicht von Seniorinnen und Senioren kontrolliert werden und in irgendeiner Weise ihnen zugute kommen oder zumindest deren Erben erfreuen werden. Durch Erbschaft oder Schenkung sind nämlich im Durchschnitt fast ein Viertel der Ein- und Zweifamilienhäuser und knapp die Hälfte der Mehrfamilienhäuser erworben worden.

Gesundheitszustand

Die Krankheitshäufigkeit und der Behandlungsbedarf von gesundheitlichen

Leiden in Krankenhäusern steigt mit zunehmendem Alter deutlich an. 1995 mussten von den 133 000 über 75-jährigen Männern und Frauen 55 700 in einem Hamburger Krankenhaus behandelt werden. Dieses entspricht einer Relation von 4195 Behandlungsfällen je 10 000 Personen dieser Altersgruppe.

Bei den 65- bis 75-Jährigen betrug die stationäre Behandlungshäufigkeit je 10 000 Personen 2734.

In der Altersgruppe der 55- bis unter 65-jährigen Einwohner mussten dagegen lediglich 1900 Patienten pro 10 000 Personen stationär behandelt werden.

Ein fast gleich hoher Behandlungsbedarf wie bei den über 75-Jährigen lässt sich nur noch bei den Kindern im Alter von unter einem Jahr konstatieren. Hier wurden 4065 Klinikaufenthalte je 10 000 Kinder registriert.

Nicht nur an diesen Zahlen zeigt sich erneut, dass die Kleinkinder und die betagten sowie hochbetagten Menschen die schwächsten Glieder der Gesellschaft darstellen. Die Krankenhausstatistik belegt auch, dass mit höherem Alter nicht nur die Krankenhausaufenthalte ansteigen, sondern ebenfalls die Verweildauer der Patienten in den Kliniken. Während 1995 die Aufenthaltsdauer bei der Altersgruppe der Patienten von einem bis unter fünf Jahren mit durchschnittlich 5,1 Tagen am geringsten war und die Säuglinge nach 9,9 Tagen entlassen wurden, mussten die 55- bis 65-Jährigen 14 Tage im Krankenhaus bleiben und die 65- bis 75-jährigen Patienten gar 15,5 Tage. Die höchste Behandlungsdauer wiesen mit durchschnittlich 16,7 Tagen die Patienten im Alter von mehr als 75 Jahren auf.

Die Hamburger Senioren und Seniorinnen mussten sich 1996 am häufigsten wegen einer Erkrankung des Herz-Kreislauf-Systems stationär behandeln lassen. 48 684-mal wurden Krankheiten aus diesem Bereich diagnostiziert. 30 450-mal stellte das ärztliche Personal bei den älteren Menschen bösartige Neubildungen (Krebserkrankungen) fest. Dritthäufigster Einlieferungsgrund waren Krankheiten des Nervensystems und der Sinnesorgane (16 898 Behandlungsfälle). In fast gleicher Größe, nämlich in 15 703 Fällen, waren Verletzungen und Vergiftungen der primäre Behandlungsgrund. Krankheiten des Skeletts, der Muskeln und des Binde-

gewebes kamen 14 013-mal als Diagnose vor. An siebenter Stelle rangierten mit 9807 Fällen Erkrankungen der Harn- und Geschlechtsorgane. Es folgten die stationär behandelten Krankheiten der Atmungsorgane (9109), schlecht bezeichnete Affektionen (7411) und psychiatrisch zu behandelnde Erkrankungen (4715).

Ebenso wie die stationäre Behandlungshäufigkeit und die Verweildauer in den Krankenhäusern bei den älteren Senioren ansteigen, erhöhen sich auch die operativen Eingriffe. Bei Kindern bis zu einem Alter von 15 Jahren wurden 1995 lediglich 200 Operationen pro 10 000 dieser Altersgruppe gezählt; die Vergleichskennzahlen für die 65- bis 75-Jährigen betragen 756 und für die über 75-Jährigen 917.

Ob die Seniorinnen oder die Senioren krankheitsanfälliger sind, lässt sich nur schwer ermitteln. Zwar waren 1996 von den 66 416 Krankenhauspatienten im Alter von über 55 Jahren 44 724 weiblichen Geschlechts, jedoch bleibt hierbei unberücksichtigt, dass es wesentlich mehr ältere Frauen als Männer gibt. In der Altersgruppe zwischen 55 bis unter 65 Jahren, also an der Schwelle und am Beginn der Seniorität, übertraf noch die Zahl der männlichen Behandlungsfälle in Krankenhäusern mit 32 834 die der weiblichen Patienten um 4818.

Unter Berücksichtigung des unterschiedlichen Altersaufbaus für die männliche und die weibliche Bevölkerung Hamburgs und nach Bereinigung der Daten von den Krankenhausaufenthalten im Zusammenhang mit Schwangerschaft und Geburt weisen Berechnungsergebnisse für Hamburg aus, „dass Männer zunächst in Bezug auf klinisch versorgte Leiden deutlich krankheitsanfälliger sind als Frauen“.³

Todesfälle und Todesursachen

85 Prozent der 19 328 im Jahr 1997 gestorbenen Hamburger Einwohner und Einwohnerinnen waren im Seniorenalter. Von den 16 472 Verstorbenen dieser Altersklasse entfiel mit 21,3 Prozent der höchste Anteil auf die 85- bis 90-Jährigen. 15,9 Prozent der Todesfälle betrafen Personen im Alter von 80 bis 85 Jahren, 12,8 Prozent die 75- bis 80-Jährigen. 10,3 Prozent waren zwischen 70 und

75 Jahre alt, und 8,2 Prozent entfielen auf die 65- bis 70-jährigen Senioren. Die Altersgruppe der 60- bis 65-Jährigen war dagegen an allen Todesfällen nur mit einem Anteil von 5,2 Prozent beteiligt.

Ein Vergleich mit den Verstorbenen in Hamburg des Jahres 1970 verdeutlicht die veränderte Altersstruktur der Bevölkerung. Damals entfielen lediglich 28,6 Prozent aller Todesfälle auf die Hochbetagten im Alter von über 80 Jahren. Gegenwärtig sind es 47,8 Prozent.

Die höhere Lebenserwartung der weiblichen Bevölkerung wird an den Sterbefällen der Senioren und Seniorinnen recht deutlich: Bei den Männern liegen mit 13,4 und 13,3 Prozent die höchsten Sterbequoten in der Altersgruppe der 75- bis 80-Jährigen und der 80- bis 85-Jährigen. Die Frauen aber haben die anteilmäßig größten Sterbefälle mit 22,4 und 19,3 Prozent in den Altersgruppen der 85- bis 90-Jährigen und der über 90-Jährigen aufzuweisen.

Die häufigsten Todesursachen des Jahres 1997 korrespondieren deutlich mit den oben aufgeführten Diagnosen der Krankenhauspatientinnen und -patienten. An der Spitze standen 7468 Todesfälle, die infolge von Erkrankungen des Herz-Kreislauf-Systems auftraten. 4565 dieser Verstorbenen waren Frauen.

An zweiter Stelle sind die Neubildungen mit 5041 Fällen zu nennen. Diese Todesursache betraf Männer und Frauen in etwa gleichermaßen.

Die dritthäufigste Todesursache der Senioren und Seniorinnen bildeten die Erkrankungen der Verdauungsorgane. Insgesamt starben 1997 hieran 456 Männer und 528 Frauen.

Schwerbehinderte

Ähnlich wie beim Anstieg der Krankheitshäufigkeit im Alter wächst auch die Anzahl der Schwerbehinderten in den oberen Altersgruppen stark an.

Einen Schwerbehindertenstatus können Personen erlangen, deren Grad der Behinderung, bezogen auf die Einschränkung der Funktionsfähigkeit sämtlicher Organe und des Hirns, mehr als 50 Prozent beträgt. Wenn auch ein Schwerbehindertenstatus für die betroffenen Menschen besondere Rechte und einen verbesserten Schutz in vielen Le-

bensbereichen mit sich bringt, so ist eine derartig schwere Behinderung, insbesondere bei den Betagten und den Hochbetagten, in den meisten Fällen mit einem erheblichen Pflege- und Betreuungsaufwand verbunden. Dieser Pflegebedarf stellt, unabhängig von der Finanzierbarkeit dieser Leistungen durch die Beitragszahlungen zur Pflegeversicherung, eine große Herausforderung für die Angehörigen der schwerbehinderten Alten und/oder die zuständigen öffentlichen Sozial- und Gesundheitsbehörden dar.

Von den 1997 insgesamt in der Hansestadt lebenden 135 796 Schwerbehinderten aller Altersgruppen waren 88 291 oder 65 Prozent im Seniorenalter. Somit sind 22,8 Prozent der Senioren schwerbehindert. In der Altersgruppe der 60- bis 62-Jährigen gab es 6567 behinderte Personen; das entspricht einem Anteil von 7,4 Prozent an allen behinderten älteren Menschen. Der Anteil der 62- bis 65-jährigen Personen beträgt 10,7 Prozent (9484 Personen) und derjenigen der 65- bis 70-Jährigen 17 Prozent (15 021 Personen). In der nächsthöheren Altersgruppe zwischen 70 und 75 Jahren beläuft sich der Anteil auf 19,2 Prozent (16 920 Personen). Ein quantitativer Sprung erfolgt bei Personen, die das 75. Lebensjahr vollendet haben. Auf diese Gruppe entfielen 45,6 Prozent der Schwerbehinderungen im Seniorenalter (40 299 Personen).

Die weitaus bedeutendste Gruppe von Schwerbehinderungen der Seniorinnen und Senioren bilden die Beeinträchtigungen der Funktion von inneren Organen beziehungsweise Organsystemen. 29 466 Personen, darunter 48,5 Prozent Frauen, haben schwerwiegende Herzprobleme sowie Behinderungen der Atemwege, der Verdauungsorgane oder der Harnorgane.

Etwa halb so groß, nämlich 14 823 Seniorinnen und Senioren, ist die Gruppe von behinderten Personen mit Funktionseinschränkungen ihrer Gliedmaßen. Hieran hatten Frauen einen Anteil von 55,8 Prozent.

Fast ebenso viele schwerbehinderte Senioren weisen Einschränkungen der Wirbelsäule und des Rumpfes oder Deformationen des Brustkorbes auf. Von den 14 467 Personen mit diesen Behinderungen waren 61,6 Prozent weiblichen Geschlechts.

9410 registrierte schwerbehinderte ältere Menschen haben Querschnittslähmungen, zerebrale Störungen, geistig-seelische Behinderungen und Suchtkrankheiten. Der Frauenanteil beträgt hier 53,4 Prozent.

Ein Schwerbehindertenstatus aufgrund von Blindheit oder starker Sehbehinderung ist 7055 älteren Einwohnern und Einwohnerinnen zuerkannt, darunter 68,7 Prozent Frauen.

Weitere Behinderungsarten der Hamburger Seniorinnen und Senioren betreffen Sprach- oder Sprechstörungen, Taubheit und Gleichgewichtsstörungen sowie den Verlust einer oder mehrerer Gliedmaßen.

Straftäter und Opfer

1997 wurden in Hamburg aufgrund begangener Straftaten 32 054 Personen, darunter 26 913 Männer, verurteilt. Nur 460 verurteilte Straftäter (1,4 Prozent) waren zwischen 60 und 70 Jahren alt; weitere 142 Urteile (0,4 Prozent) ergingen gegen Personen, die älter als 70 Jahre waren. Mit einer Quote von unter zwei Prozent sind die verurteilten Seniorinnen und Senioren eine beinahe unbedeutende Größe.

Von den Verurteilten im Alter zwischen 60 und 70 Jahren sind nur 21,7 Prozent Frauen, bei den über 70-Jährigen beträgt die Quote 26,8 Prozent.

In den meisten Fällen hatten die älteren Verurteilten Straftaten im Straßenverkehr begangen. Es wurden wegen derartiger Delikte 214 Männer und 35 Frauen verurteilt. An zweiter Stelle rangieren Diebstähle und Unterschlagungen. Hier gab es 84 männliche und 66 weibliche Verurteilte. Vermögens- und Eigentumsdelikte führten zu 75 Verurteilungen, darunter 15 Frauen. Gewalt gegen Personen war Hauptstraftat in 60 Fällen; dabei waren nur in acht Fällen die Delinquenten weiblichen Geschlechts.

Ein Vergleich der Gruppe der über 70-jährigen verurteilten Straftäter und -täterinnen mit den unter 70-Jährigen zeigt, dass die jüngeren Senioren und Seniorinnen mehr als dreimal so häufig an den Delikten beteiligt waren.

In der Presse und den anderen Medien finden die älteren Menschen als Opfer krimineller Taten weitaus mehr Beach-

tung. Die polizeiliche Kriminalstatistik des Jahres 1997 zeigt auf, bei welchen Straftaten beziehungsweise Straftatengruppen die Senioren besonders gefährdet sind. In dieser Statistik werden die Opfer bestimmter vollendeter sowie versuchter Straftaten nach Geschlecht und Altersgruppe erfasst. So sind 56,3 Prozent der insgesamt 727 Opfer von Handtaschenräubern älter als 60 Jahre. Von diesen 409 Opfern waren 399 ältere Frauen. Hieran und an anderen Beispielen zeigt sich, dass die relative Wehrlosigkeit älterer Menschen von bestimmten Tätergruppen oftmals brutal ausgenutzt wird.

Das gleiche Phänomen erkennt man auch an der Tatsache, dass 14,3 Prozent aller Raubüberfälle in Wohnungen gegen Senioren, je etwa zur Hälfte bei männlichen und weiblichen, verübt werden.

Der Anteil der Opfer im Seniorenalter an allen 1997 in Hamburg verübten Straftaten betrug dagegen nur 6,9 Prozent und liegt somit unterhalb der Grenze, die auf diese Bevölkerungsgruppe gemäß ihrer zahlenmäßigen Bedeutung innerhalb der Gesamtbevölkerung eigentlich entfallen müsste, wenn die Verteilung der Opfer auf die Altersgruppen gleichmäßig wäre.

Ältere Menschen im Straßenverkehr

Im Straßenverkehr sind die Senioren und Seniorinnen sowohl Verursacher als auch Opfer von Straßenverkehrsunfällen. In beiden Beteiligungsarten waren sie 1997 in Hamburg gegenüber der Gesamtbevölkerung erfreulich unterrepräsentiert. Die Verkehrsunfallstatistik erfasst allerdings nur die tatsächlichen Fallzahlen, läßt dagegen die unterschiedlichen Verkehrsteilnahmefrequenzen der zu unterscheidenden Altersgruppen unberücksichtigt.

Bei den 7383 durch Kraftfahrzeugführer 1997 in Hamburg verursachten Unfällen mit Personenschäden waren in 742 Fällen (10,1 Prozent) ältere Menschen die Hauptverursacher. Der Männeranteil hieran beträgt fast 80 Prozent. In den 663 von Fahrradfahrern verursachten Straßenverkehrsunfällen sind Seniorinnen und Senioren nur 58-mal als Hauptverursacher in Erscheinung getreten; das entspricht einem Anteil von 8,7 Prozent.

Die Beteiligungsquote der über 60-Jährigen an den 578 von Fußgängern verursachten Unfällen mit Personenschäden liegt dagegen bei 12,5 Prozent.

Eine Analyse der bei Straßenverkehrsunfällen verletzten älteren Personen führt zu dem Ergebnis, dass der größte Gefährdungsgrad bei den Fußgängern liegt. Während die Anteile der verunglückten Senioren bei anderen Arten der Verkehrsbeteiligung zwischen 8,5 Prozent als Führer von Fahrzeugen aller Art und 11,5 Prozent als Beifahrer von Fahrzeugen aller Art liegt, steigt die Quote bei den Fußgängern auf 17,5 Prozent an. Besonders auffällig hieran ist, dass die Anzahl der über 75-jährigen verletzten Fußgänger gegenüber den jüngeren Seniorenaltersgruppen drastisch ansteigt. Bei den anderen Verkehrsbeteiligungsarten dagegen sinkt die Anzahl der Verletzten mit zunehmendem Alter. Zu ähnlich hohen Verletzungszahlen, wie sie die älteren Fußgänger aufweisen, kommt es sonst lediglich noch bei den Kindern im Alter von sechs bis zehn Jahren.

Es zeigt sich auch hier, dass die Kinder und die alten Menschen die schwächsten Glieder im Straßenverkehr sind und deshalb eine besondere Rücksichtnahme der anderen Verkehrsteilnehmer zwingend geboten ist.

Aktivitäten älterer Menschen

Obwohl die Interessen und der Grad der Aktivität der älteren Menschen individuell höchst unterschiedlich sind, ist doch generell ein geändertes Bewusstsein zum Leben im Alter feststellbar. Dieses zeigt sich daran, dass ein größeres Streben der Älteren nach einer aktiven Teilhabe in vielen Bereichen des öffentlichen und des kulturellen Lebens in Hamburg sichtbar wird. Neue Formen der Kommunikation schaffen zusätzlich Möglichkeiten, sich zu organisieren und mit den Altersgenossen sowie Angehörigen anderer Jahrgangsguppen auszutauschen.

Ein Bereich, in dem dieser Trend besonders deutlich wird, ist der Sport. Im Zeitraum von 1987 bis 1997 haben sich die Mitgliederzahlen der Hamburger Sportvereine von 321 025 auf 488 481 erhöht. Hinsichtlich der Senioren und Seniorinnen haben sich die Mitgliederzahlen jedoch im selben Zeitraum von 27 710 auf

56 373 mehr als verdoppelt. Mit 32 856 Mitgliedern im Seniorenalter ist der Organisationsgrad der Männer in Sportvereinen höher als derjenige der Frauen.

Die Männer bevorzugen folgende Disziplinen: Turnen/Gymnastik, Tennis, Fußball, Segeln, Angeln, Golf, Schießen, Tanzen, Kegeln/Bowling sowie Rudern. An der Reihenfolge der fünf beliebtesten Sportarten hat sich sowohl bei den Hamburgerinnen als auch bei den Hamburgern in den vergangenen zehn Jahren kaum etwas geändert. Die beliebtesten Sportarten der älteren Frauen sind Turnen/Gymnastik, Tennis, Golf, Tanzen, Schwimmen, Behindertensport, Kegeln/Bowling, Segeln, Fußball und Wandern.

Mit der starken Zunahme ihres Interesses für sportliche Aktivitäten in den Vereinen dokumentieren die älteren Menschen ihr Bemühen um Beibehaltung oder Schaffung neuer sozialer Kontakte sowie ein Bewusstsein, dass sportliche Betätigung auch eine vorbeugende gesundheitliche Bedeutung für sie besitzt.

Eine beträchtliche Anzahl von Senioren und Seniorinnen ist darüber hinaus um die verstärkte Pflege ihrer Hobbys bemüht oder bereit, im Alter neue Dinge zu erlernen. So zählte die Hamburger Volkshochschule 1997 immerhin 13 081 Kursteilnehmer und -teilnehmerinnen im Alter zwischen 50 und 65 Jahren, weitere 6027 waren über 65 Jahre alt. An der Spitze des Interesses standen in beiden Altersgruppen mit großem Vorsprung Sprachkurse. Kunst und künstlerisches Gestalten war in der Beliebtheit der Kursteilnehmer und -teilnehmerinnen ebenfalls weit oben angesiedelt. Ein nicht unwesentlicher Teil der Senioren besuchte auch Kurse aus dem Bereich der Gesundheitsbildung.

Die Gasthörerstatistik der Hamburger Hochschulen weist für das Wintersemester 1997/98 insgesamt 221 über 60-jährige Gasthörer aus. 139 davon sind männlichen Geschlechts. Die meisten „Seniorenstudenten“ belegten Veranstaltungen der Geschichtswissenschaft und der Sprach- sowie der Kulturwissenschaften.

Wahlverhalten

Mit Hilfe der repräsentativen Wahlstatistik, die zuletzt bei den Wahlen zur Hamburgischen Bürgerschaft 1997 durchge-

führt wurde, lassen sich Erkenntnisse über das alters- und geschlechtsspezifische Wahlverhalten erlangen.

Dass es sich für die Parteien lohnt, um die Stimmen der Älteren zu werben, zeigt sich zunächst bei der Wahlbeteiligung. Die Senioren und Seniorinnen haben sich 1997 zu 75,3 Prozent an der Wahl beteiligt und erreichten damit die höchste Beteiligung aller Altersgruppen. Mit 73,8 Prozent war die Partizipation der 45- bis 60-Jährigen etwas geringer. Dagegen war der Abstand zu der Gruppe der 35- bis 45-jährigen Wählerinnen und Wähler schon deutlicher – diese Altersgruppe hatte eine Wahlbeteiligung von 66,5 Prozent aufzuweisen. Bei den 18- bis 25-jährigen Jungwählerinnen und -wählern sowie bei den 25- bis 35-Jährigen war das Bewusstsein, mit der Wahlbeteiligung einer demokratischen Staatsbürgerpflicht nachzukommen, wesentlich geringer ausgeprägt: Diese beteiligten sich lediglich zu 61 Prozent und 62,7 Prozent an der Bürgerschaftswahl.

Die Auswertung der repräsentativen Wahlstichprobe zeigte weiterhin, dass die Männer gegenüber den Frauen um 1,1 Prozentpunkte wahlaktiver waren. Eine Ausnahme bildete lediglich die Gruppe der 35- bis 45-Jährigen; hier übertrafen die Frauen mit einer Wahlbeteiligung von 69,1 Prozent die Männer um 4,8 Prozentpunkte.

Von den Senioren und Seniorinnen erhielten die Parteien folgende Prozentanteile der Stimmen:

SPD	38,8
CDU	38,2
GRÜNE/GAL	3,1
STATT-Partei	3,4
REP	1,4
F.D.P.	3,2
DVU	6,9
Sonstige	3,8

Im Vergleich hierzu bekamen die Parteien von allen Altersgruppen die nachstehenden Stimmenanteile (in Prozent):

SPD	36,2
CDU	27,8
GRÜNE/GAL	15,2
STATT-Partei	4,0
REP	1,7
F.D.P.	3,0
DVU	5,6
Sonstige	5,6

Bemerkenswert erscheint die Tatsache,

dass die über 60-jährigen SPD-Wähler gegenüber der Bürgerschaftswahl 1993 einen Rückgang von 7,4 Prozentpunkten aufwies. Die CDU dagegen wurde von den Wählerinnen und Wählern im Seniorenalter im Vergleich zur Vorwahl um 4,4 Prozentpunkte häufiger gewählt. Der von dieser Altersgruppe für die CDU abgegebene Stimmenanteil lag somit weit über den Werten aller anderen Altersgruppen, die sich für diese Partei entschieden, und um über zehn Prozentpunkte höher als die insgesamt auf die

der abgegebenen Stimmen kam, erhielt sie immerhin 6,9 Prozent aller von älteren Wählenden abgegebenen Stimmen.

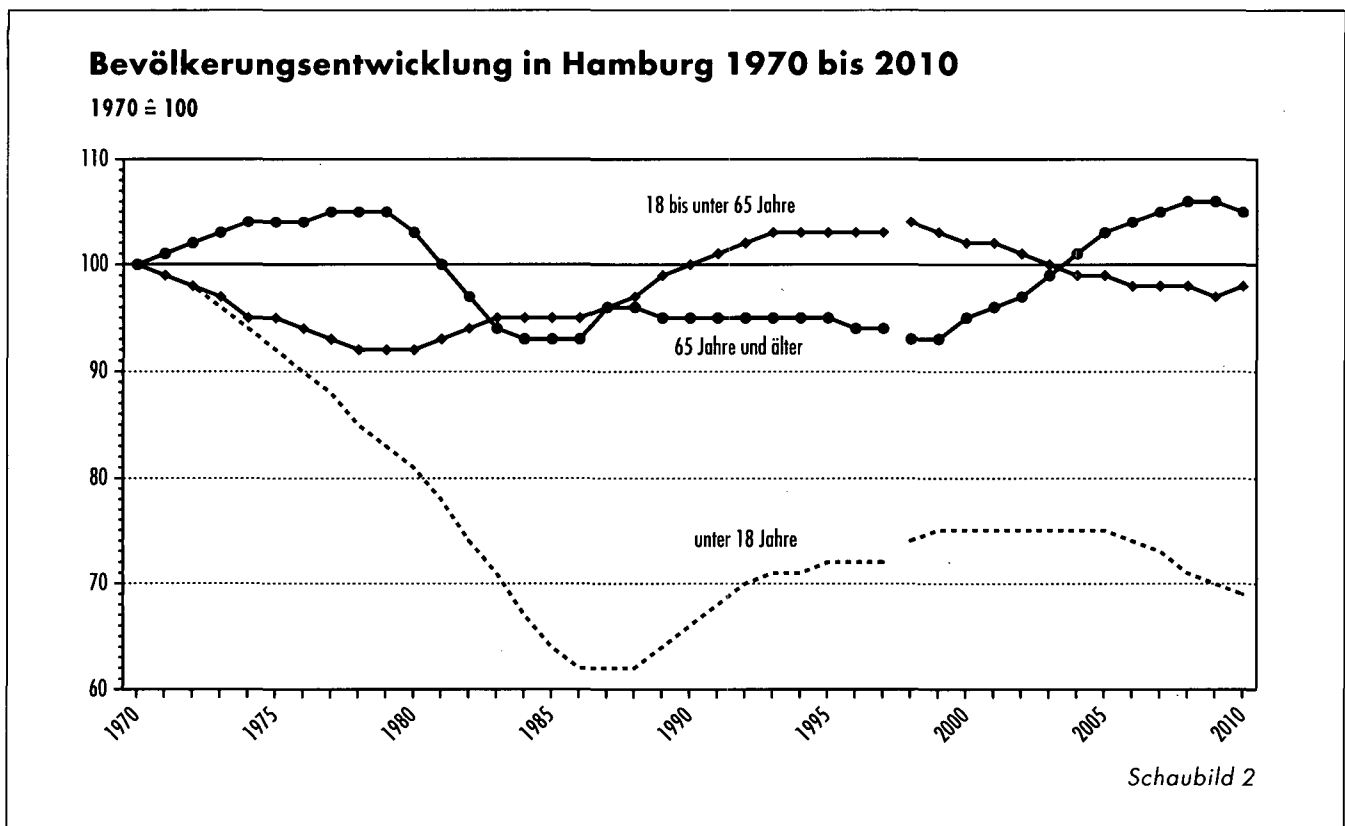
Die STATT-Partei profitierte von den älteren Wählern und Wählerinnen nur unterdurchschnittlich. Der von den Senioren und Seniorinnen insgesamt für diese Partei abgegebene Stimmenanteil belief sich auf 3,4 Prozent und lag um 0,6 Prozentpunkte unter dem Gesamtergebnis.

Die repräsentative Wahlstatistik zeigt weiterhin, dass die Anteile der über

Ausblick: Bevölkerungsvorausschätzung und zukünftiges Seniorenpotenzial

Welchen Anteil an der Gesamtbevölkerung werden die älteren Menschen in Hamburg zukünftig haben? Was lässt sich gegenwärtig über den künftigen Bevölkerungsaufbau Hamburgs sagen?

Wie bereits zum Anfang ausgeführt wurde, gibt es in Hamburg keine Explosion der Anzahl der Senioren und Senio-



Partei entfallenden Stimmenanteile.

Die aus derselben Wahl als drittstärkste Kraft hervorgegangenen GRÜNEN/GAL konnten lediglich 3,1 Prozent der Seniorenstimmen auf sich vereinigen und erreichten damit ein Ergebnis, das mit einer Differenz von 12,1 Prozentpunkten unterhalb des insgesamt erzielten Stimmenanteils lag.

Überdurchschnittlich stark entschieden sich dagegen die über 60-jährigen Wähler für die rechtsradikale DVU. Während die Partei insgesamt auf 5,6 Prozent

60-Jährigen an der gesamten Wählerschaft der Parteien außerordentlich variierten. Bei der CDU war ihr Anteil mit 46 Prozent aller für diese Partei abgegebenen Stimmen am höchsten, bei den GRÜNEN/GAL war der Anteil mit nur 6,9 Prozent weitaus am geringsten. Die DVU hatte nach den Ergebnissen der repräsentativen Wahlstatistik einen Seniorenanteil an ihrer Wählerschaft von 41,3 Prozent, die F.D.P. von 36,2 Prozent, und die Stimmen der SPD bestanden zu 35,9 Prozent aus Seniorenstimmen.

rinnen; sowohl absolut wie relativ hat sich das Gewicht der Älteren sogar verringert. Insofern weicht der Verlauf in Hamburg von der für Deutschland insgesamt feststellbaren Entwicklung ab.

Im Zeitraum von 1970 bis 1987 nahm die Zahl der unter 18-jährigen jungen Menschen kontinuierlich ab und liegt gegenwärtig – trotz einer leichten Aufwärtsentwicklung – um 28 Prozent unterhalb des Wertes von 1970. Anders als bei den Kindern und Jugendlichen veränderten sich die Einwohnerdaten der Personen im

Alter von 18 bis unter 65 Jahren sowie die der über 65-Jährigen im selben Zeitraum nicht so stark. Die Anzahl der Einwohner im Rentenalter verringerte sich um 6,4 Prozent. 1970 entfielen auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter 27,5 Menschen im Alter von 65 und mehr Jahren, die gegenwärtige Relation liegt bei 100 zu 25.

Der gegenwärtigen Bevölkerungsvorausschätzung zufolge wird sich jedoch bis zum Jahre 2010 ein Trend zu einer älteren Bevölkerung auch in Hamburg zeigen. Gemäß der mittleren Variante der Vorausschätzung wird es nach einem leichten Anstieg der Kinder und Jugendlichen ab etwa dem Jahr 2002 eine deutliche Reduzierung der unter 18-Jährigen bei einem gleichzeitigem Anstieg der über 65-Jähri-

gen geben. Bis zum Jahr 2010 erhöht sich hiernach die Zahl der Personen im Rentenalter um etwa 35 000, und die Anzahl der Menschen im Erwerbsalter fällt um über 60 000. Hieraus errechnet sich für Hamburg im Jahr 2010 eine Relation zwischen der Erwerbsbevölkerung und den Ruhestandspersonen von 100 zu 30.

Bei aller Unsicherheit, die diesen Berechnungen inhärent sind, kann hieraus dennoch der Schluss gezogen werden, dass Hamburg auch in absehbarer Zukunft kein gravierendes quantitatives „Seniorenproblem“ bekommen wird. Es bleibt zu hoffen, dass sich das Zusammenleben der Generationen auch weiterhin harmonisch und solidarisch gestalten wird. Die Überzeichnung und Betonung eines Gegensatzes zwischen Alt und Jung,

wie ihn manche Medien seit einiger Zeit in ihrer Berichterstattung an den Tag legen, könnten indessen dazu führen, dass der Aufruf des UNO-Generalsekretärs, für eine solidarische Gesellschaft aller Generationen Sorge zu tragen, nicht überall die gebührende Beachtung findet.

Jürgen Meinert

- 1 Vgl. Erdmann, Thorsten: Soziale und demographische Aspekte der Wohnraumversorgung Hamburger Haushalte – Versorgungssituation 1987 und Entwicklungstendenzen bis 1993. In: Hamburg in Zahlen, 10.1994
- 2 ebenda, S. 319
- 3 Vgl. Erdmann, Thorsten: Die Krankheitshäufigkeit der Hamburger Bevölkerung. In: Hamburg in Zahlen, 4.1998, Seite 83

Behinderte in Hamburg - Erziehungs- und Bildungswesen, Arbeitsmarkt, Sozialhilfebezug

Nachdem im Heft 11-12/1998 dieser Zeitschrift die Struktur der Schwerbehinderten (wie Geschlecht und Alter sowie Art und Grad der Behinderung) dargestellt wurde, sollen im folgenden weitere Aspekte der Situation behinderter Menschen in Hamburg beleuchtet werden. Dafür werden Ergebnisse aus verschiedenen Bundesstatistiken (der Bereiche Jugendhilfe, Schule, Arbeit und Sozialhilfe) herangezogen. Diese Statistiken sind hinsichtlich ihres Erhebungskonzeptes nicht auf die Erfassung von behindertenbezogenen Merkmalen, sondern regelmäßig auf einen bestimmten staatlichen Leistungsbereich ausgerichtet. Eine Verknüpfung der dort erfaßten Angaben über behinderte Menschen ist daher nicht immer problemlos möglich. Dies gilt besonders dann, wenn der Behindertenbegriff in den einzelnen Statistiken nicht einheitlich definiert ist. Für die eng mit ihrem Umland verflochtene Stadt Hamburg ist anzumerken, dass die räumliche Zuordnung je nach Erhebung nach unterschiedlichen Kriterien erfolgt. Während im Jugendhilfe- und Schulbereich der „Ereignisort“ (also beispielsweise der Schulort) die regionale Zuordnung bestimmt, ist bei den anerkannten Schwerbehinderten oder den Arbeitslosen der Wohnort der Betroffenen maßgebend.

Behinderte im Erziehungs- und Bildungswesen

Rund 1000 Kindergartenplätze für Behinderte

Um den besonderen Bedürfnissen behinderter Kinder gerecht zu werden, sind für diese Gruppe spezielle Angebote im vorschulischen und schulischen Bereich geschaffen worden. Aus den Ergebnissen der alle vier Jahre durchzuführenden Erhebung über Jugendhilfeeinrichtungen ergibt sich, dass am Jahresende 1994 in Hamburg 1056 für Behinderte bestimmte Kinderbetreuungsplätze vorhanden waren. Der Großteil dieses Angebotes (958 Plätze) war für Kinder im Kindergar-

tenalter (von drei Jahren bis zum Schuleintritt) bestimmt. Für behinderte Kripkinder (bis unter drei Jahre) standen 33, für beeinträchtigte Hortkinder (im Schulalter) 65 Plätze zur Verfügung. Über die Hälfte der Betreuungsplätze (582) wurde von den darauf spezialisierten „Tageseinrichtungen für behinderte Kinder“ angeboten. Auf die sogenannten „Integrativen Tageseinrichtungen“ mit gemeinsamer Erziehung von behinderten und nichtbehinderten Kindern entfielen 474 Plätze. In diesen Einrichtungen war damit knapp ein Zehntel aller Plätze für behinderte junge Menschen vorgesehen.

In den Betreuungseinrichtungen erfuhr behinderte Kinder vergleichsweise häufig eine ganztägige Versorgung. Bei neun Zehnteln der behindertengerechten Plätze handelte es sich um eine Ganztagsunterbringung mit Mittagessen. In der Gesamtheit war dies nur bei sieben Zehnteln der Plätze gegeben.

Ein Vergleich mit dem Schwerbehindertenbestand (Inhaber und Inhaberrinnen eines gültigen Schwerbehindertenausweises am Jahresende 1997) zeigt, dass im Kindergartenalter von drei bis unter sechs Jahren mehr Betreuungsplätze als registrierte Schwerbehinderte vorhanden waren. Dies deutet trotz der wahrscheinlichen Untererfassung bei jungen Schwerbehinderten¹ auf eine gute Versorgung bei der vorschulischen Erziehung behinderter Kinder hin.

Aufgrund von Änderungen im Erhebungsprogramm zwischen den Zählungen von 1990 und 1994 ist eine aussagekräftige Darstellung der Entwicklung der für behinderte Kinder bestimmte Betreuungsplätze nicht möglich.

7500 Sonderschüler

Schulpflichtige Kinder und Jugendliche, die infolge körperlicher, geistiger oder seelischer Behinderung oder wegen erziehungsbedingter Fehlhaltungen in einer Regelschule nicht oder nicht mit ausreichendem Erfolg gefördert werden kön-

nen, gehen in eine Sonderschule. Diese Schulart bietet entsprechend der Art der Behinderung der Schüler und Schülerinnen besondere Bildungsgänge oder Fördermaßnahmen an². Im Schuljahr 1997/98 (Erfassungsstichtag 12.9.1997) wurden in den 58 Sonderschulen beziehungsweise Sonderschulzweigen Hamburgs in 720 Klassen 7536 Schüler und Schülerinnen unterrichtet³ (vier Prozent der Gesamtschülerschaft an Allgemeinbildenden Schulen). Der Anteil der Besucher und Besucherinnen von Sonderschulen an der Hamburger Bevölkerung im Alter von 6 bis unter 16 Jahren belief sich auf fünf Prozent. In diesen Angaben sind allerdings diejenigen behinderten jungen Schulpflichtigen nicht enthalten, die an herkömmlichen Schulen etwa in sogenannten Integrationsklassen zusammen mit nicht behinderten Klassenkameraden und -kameradinnen unterrichtet werden.

Im Vergleich zu den registrierten Schwerbehinderten zeigt sich, dass offenbar nur ein Teil der Sonderschüler und -schülerinnen auch die Schwerbehindertenerkennung besitzt. 7500 Sonderschüler standen nur etwas mehr als 2500 registrierte Schwerbehinderten im Alter von 6 bis unter 18 Jahren gegenüber.

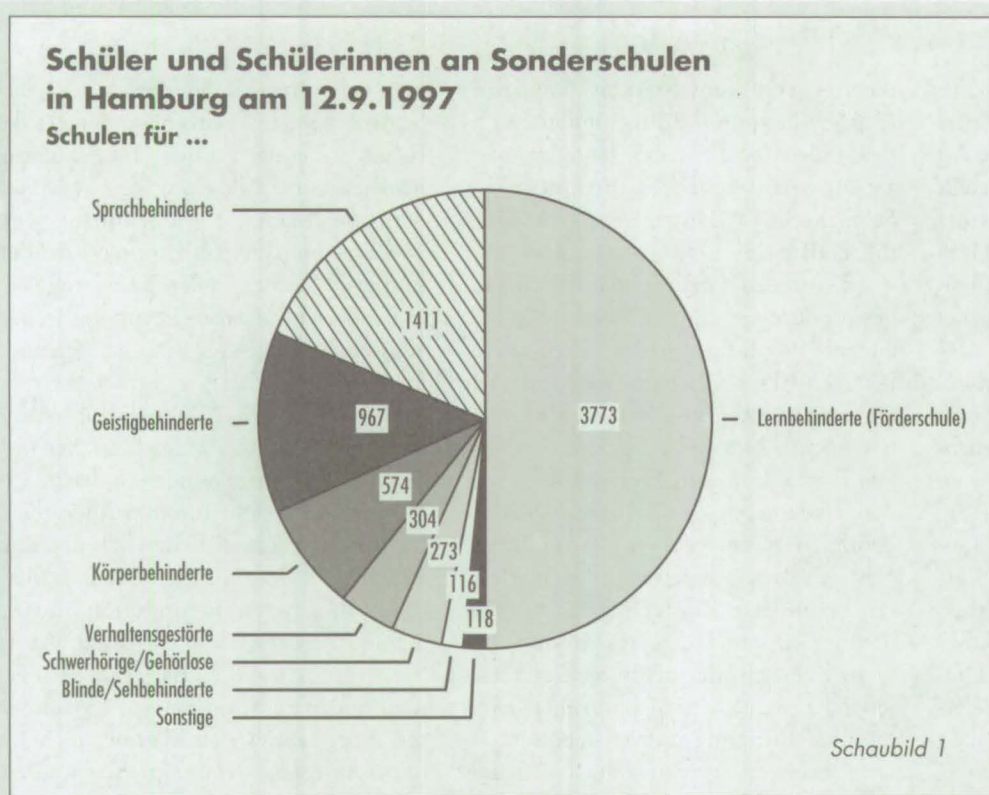
Die Hälfte aller Sonderschüler mit Lernbehinderung

Wenn man die Schülerzahlen in den verschiedenen Sonderschulformen betrachtet, dann zeigt sich: Die Hälfte aller Hamburger Sonderschüler und -schülerinnen (3773 Personen) besuchte eine der 22 Förderschulen. Dort werden lernbehinderte Kinder und Jugendliche unterrichtet, deren Lernschwäche oftmals nicht von einer (körperlichen) Behinderung herrühren muss. Die anderen Sonderschulbereiche konzentrieren sich demgegenüber im besonderen Maße auf körperlich beeinträchtigte Kinder und Jugendliche. 1411 junge Menschen (19 Prozent der Sonderschüler und -schülerinnen) besuchten eine Schule für Sprachbehinderte, 967 (13 Prozent) eine Einrichtung für Geistigbe-

hinderte und 674 eine Anstalt für Körperbehinderte. Die Schülerzahlen der Schulen für Verhaltensgestörte (304), Schwer-

gendlichen besucht. Nichtdeutsche stellen mit 1947 Personen gut ein Viertel der Schülerschaft. Auf 100 in Hamburg ge-

Unterstützung nur eine Minderheit diesen allgemeinbildenden Abschluss erwerben kann, ein Umstand, der auch auf Bundesebene zu beobachten ist. Immerhin erreichten 139 Sonderschulabsolventen und -absolventinnen den Hauptschulabschluss und 16 junge Menschen die mittlere Reife (Realschulabschluss).



Zahl der Sonderschüler im Zeitverlauf erhöht

Parallel zur Entwicklung der Gesamtschülerzahlen erhöhte sich auch der Bestand der auf Sonderschulen gehenden Kinder und Jugendlichen. Zwischen den Schuljahren 1990/91 und 1997/98 stieg die Zahl der Sonderschüler und -schülerinnen um 784 Personen oder knapp zwölf Prozent. Die Zuwachsrate unterschied sich damit nur wenig von derjenigen der schulpflichtigen Hamburger Einwohner und Einwohnerinnen im Alter von 6 bis unter 16 Jahren (plus 13 Prozent).

Deutliche Entwicklungsunterschiede traten bei der Untergliederung nach der Staatsangehörigkeit zu Tage.

Während 1997 nur knapp vier Prozent mehr deutsche Kinder und Jugendliche eine Sonderschule besuchten als 1990 (plus 210 Personen), belief sich der Zuwachs bei den Ausländern auf 42 Prozent (574 Personen). Der Ausländeranteil an Hamburger Sonderschulen erhöhte sich damit von 20 auf 26 Prozent.

Beachtenswert ist, dass die Zuwachsrate des Sonderschulbesuches bei den Deutschen unter der der 6- bis unter 16jährigen deutschen Einwohnerschaft lag, wogegen es bei den Ausländern und Ausländerinnen umgekehrt war. Da die Gesamtzahl der 6- bis unter 16jährigen Nichtdeutschen in Hamburg seit Beginn der 90er Jahre lediglich um 17 Prozent zugenommen hatte, ist die Bestandserhöhung bei ausländischen Sonderschülern und -schülerinnen überwiegend auf eine „Verhaltensänderung“ zurückzuführen. So stieg der Anteil der Sonderschüler und -schülerinnen an den 6- bis unter 16jährigen Nichtdeutschen zwischen 1990 und

hörige/Gehörlose (273) sowie Blinde/Sehbehinderte (116) waren deutlich kleiner (vergleiche *Schaubild 1*).

Männliche sowie ausländische Kinder und Jugendliche überdurchschnittlich häufig an Sonderschulen

Die in Hamburg die Sonderschulen besuchenden Kinder und Jugendlichen waren 1997 zu fast zwei Dritteln (4862 von 7536) männlichen Geschlechts. In allen Sonderschulformen übertraf die Zahl der Schüler die der Schülerinnen. Besonders hohe Jungenanteile errechnen sich für die Sonderschulbereiche Verhaltensstörung (90 Prozent) und Sprachbehinderung (70 Prozent). Insgesamt gingen Jungen und männliche Jugendliche deutlich häufiger auf eine Sonderschule als gleichaltrige Mädchen. Während auf 100 männliche Personen im Alter von 6 bis unter 16 Jahren 6,2 Sonderschüler entfielen, lag die Quote bei den Mädchen bei nur 3,7. Vergleichsweise häufig wurden Sonderschulen von ausländischen Kindern und Ju-

meldete ausländische Staatsangehörige im Alter von 6 bis unter 16 Jahren kamen 5,9 Sonderschüler und -schülerinnen, bei den Deutschen in diesem Alter waren es dagegen lediglich 4,8. Möglicherweise führen mangelnde deutsche Sprachkenntnisse bei noch nicht lange in der Bundesrepublik ansässigen ausländischen Kindern und Jugendlichen häufiger zu Lernproblemen und damit zum Besuch einer Sonderschule. Darauf deutet der überdurchschnittliche Ausländeranteil (31 Prozent) an Schulen für Lernbehinderte (Förderschulen) hin.

Mehr als 900 Sonderschulabsolventen

Im Schuljahr 1996/97 zählte man an den Hamburger Sonderschulen 920 Schulentlassene. Von diesen beendeten 765 oder mehr als vier Fünftel die Schule ohne Hauptschulabschluss. Offenbar sind die Beeinträchtigungen und Behinderungen der betroffenen jungen Menschen so stark, dass trotz spezifischer pädagogischer

1997 von 4,9 auf 5,9 Prozent. Wahrscheinlich resultiert diese Entwicklung wenigstens zum Teil aus der starken Zuwanderung der frühen 90er Jahre. Diese hat auch viele Kinder und Jugendliche mit unzureichendem Bildungshintergrund oder nur geringen deutschen Sprachkenntnissen nach Hamburg geführt und so die Gruppe der ausländischen Kinder und Jugendlichen mit Lernbeeinträchtigungen vergrößert.

Im Hinblick auf die Art der Sonderschule zeigt sich für den Bereich der Lernbehindertenschulen (Förderschulen) ein stark überdurchschnittliches Wachstum. Hier stieg die Schülerzahl im Untersuchungszeitraum um 769 Personen oder 26 Prozent. In den übrigen Sonderschulformen, in denen meist körperlich behinderte Kinder und Jugendliche unterrichtet werden (besonders Seh-, Hör- und Sprachgeschädigte, Geistig- und Körperbehinderte), blieb die Schülerzahl praktisch unverändert. Damit entfällt nahezu der gesamte Zuwachs beim Sonderschulbesuch auf die Ausweitung des Lernbehindertensektors.

Behinderte auf dem Arbeitsmarkt

Sechs Prozent aller Schwerbehinderten im Erwerbsalter ohne Arbeit

Ende September 1997 waren in Hamburg 3733 schwerbehinderte Personen arbeitslos gemeldet⁴, davon 2341 Männer und 1392 Frauen. Die Hälfte der erwerbslosen Schwerbeschädigten (1876 Personen) war mindestens 50 Jahre.

Ob Schwerbehinderte häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen sind als die Gesamtbevölkerung, kann nur indirekt beantwortet werden, da vergleichbare aktuelle Daten über berufstätige Schwerbehinderte nicht zur Verfügung stehen. Durch die Gegenüberstellung des Anteils der arbeitslos gemeldeten Schwerbehinderten an der Gesamtzahl der Schwerbehinderten auf der einen und des Anteils der Arbeitslosen an der Hamburger Einwohnerschaft auf der anderen Seite können jedoch Rückschlüsse auf das Ausmaß der Erwerbslosigkeit unter behinderten Menschen gezogen werden.

Bezieht man die Zahl der arbeitslos gemeldeten Schwerbehinderten auf den Be-

stand der registrierten Schwerbehinderten im erwerbsfähigen Alter von 15 bis unter 65 Jahren, dann errechnet sich ein Anteil von 6,1 Prozent⁵. Der Anteil der Arbeitslosen insgesamt an der Hamburger Bevölkerung im Erwerbsalter (15 bis unter 65 Jahre) liegt dagegen mit 7,7 Prozent merklich höher. Schwerbehinderte scheinen demnach weniger oft von Arbeitslosigkeit betroffen zu sein als die erwerbsfähige Gesamtbevölkerung.

Unterscheidet man jedoch nach dem Alter, dann ergibt sich ein differenziertes Bild (*Schaubild 2*). Bis zum Alter von 35 Jahren sind Schwerbehinderte häufiger, in höheren Altersklassen deutlich seltener ohne Arbeit als die gleichaltrige Gesamtbevölkerung. Der Arbeitslosenanteil der Schwerbeschädigten lag beispielsweise bei den 25- bis unter 35jährigen mit 10,2 Prozent klar über dem der Gesamteinwohnerschaft (7,4 Prozent). Bei den 55- bis unter 60jährigen war es umgekehrt; hier zählten lediglich 7,9 Prozent der schwerbehinderten, aber 11,1 Prozent der gesamt-

ten Hamburger Einwohner und Einwohnerinnen zu den Arbeitslosen. Ein Grund für diese altersabhängigen Unterschiede könnte darin liegen, dass viele Erwerbstätige erst im Laufe ihrer beruflichen Tätigkeit eine Schwerbehinderung „erwerben“. Dadurch erhöht sich die Zahl der Schwerbehinderten, wodurch es auch bei unveränderter Arbeitslosenzahl zu einer Abnahme des Arbeitslosenanteils im höheren Alter kommt. Die beschriebene vergleichsweise günstige Arbeitsmarktlage bei Behinderten könnte auch daraus resultieren, dass viele beeinträchtigte Personen aufgrund ihrer starken gesundheitlichen Einschränkungen erst gar nicht als Nachfrager am Arbeitsmarkt auftreten oder auftreten können und damit in der Arbeitslosenstatistik auch nicht erfasst werden.

Hinsichtlich des Geschlechts zeigt sich bei schwerbehinderten Männern eine höhere Arbeitslosigkeit als bei beeinträchtigten Frauen. 9,1 Prozent der 15- bis unter 60jährigen als schwerbehindert aner-

Arbeitslosigkeit in der Gesamtbevölkerung und bei Schwerbehinderten in Hamburg 1997 nach Altersgruppen - Anteile in %

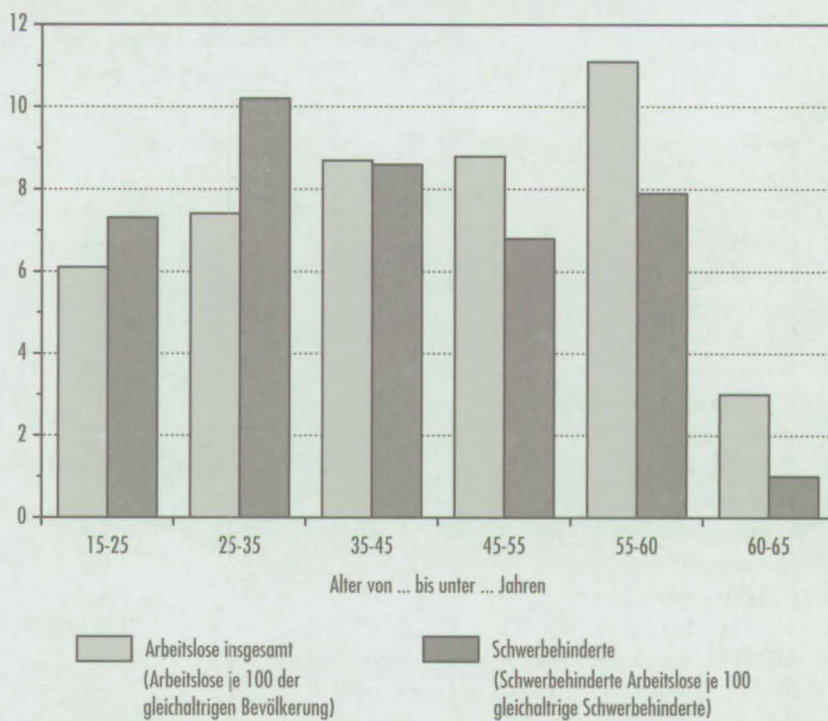


Schaubild 2

kannten Männer⁶, aber nur 6,6 Prozent der entsprechenden Frauen waren 1997 arbeitslos gemeldet. Auch deutsche und ausländische Schwerbehinderte waren unterschiedlich stark von Erwerbslosigkeit betroffen. Unter den anerkannten deutschen Schwerbehinderten im Alter von 15 bis unter 65 Jahren befanden sich 6,0 Prozent Arbeitslose, wogegen der Anteil bei den Ausländern 7,4 Prozent erreichte.

Hoher Anteil an Langzeitarbeitslosen

Die Zusammensetzung der schwerbehinderten Arbeitslosen Ende September 1997 nach demographischen und arbeitsmarktrelevanten Merkmalen ist in der *Tabelle 1* dargestellt. Im Vergleich zu allen Hamburger Arbeitslosen waren unter den schwerbehinderten Erwerbslosen Arbeiter, ältere Personen über 54 Jahre und Langzeitarbeitslose (ein Jahr und länger ohne Beschäftigung) überdurchschnittlich vertreten. Zählten beispielsweise von den Behinderten ohne Beschäf-

tigung 64 Prozent zur Gruppe der Arbeiter, waren es in der Gesamtheit lediglich 57 Prozent. Noch größere Unterschiede zeigten sich bei den Langzeitarbeitslosen. Ihr Anteil erreichte bei den Schwerbehinderten fast 50 Prozent, gegenüber nur 35 Prozent bei allen registrierten Arbeitslosen. Wahrscheinlich verringern sich durch eine Behinderung die Beschäftigungs- beziehungsweise Wiedereinstellungschancen. Dies gilt um so mehr, wenn es sich dabei relativ häufig um Arbeiter/Arbeiterinnen handelt, die ihrerseits unter anderem infolge des Wandels der Wirtschaftsstrukturen zugunsten der Angestelltenberufe überdurchschnittlich von Erwerbslosigkeit betroffen sind.

Ausländer und Ausländerinnen, gehobene Angestellte und Personen im Alter unter 45 Jahren waren unter den arbeitslosen Schwerbehinderten deutlich seltener zu finden als in der Gesamtheit der Erwerbslosen.

Insgesamt stellen behinderte Personen dennoch nur eine kleine Minderheit der

Erwerbslosen: Lediglich 4,1 Prozent der in Hamburg gemeldeten Arbeitslosen besaßen die Schwerbehinderteneigenschaft.

Zunahme der Arbeitslosenzahlen seit 1992

Die Zahl der arbeitslosen Schwerbehinderten hat sich in den 90er Jahren ähnlich entwickelt wie die Gesamtarbeitslosigkeit. Zwischen 1990 und 1992 kam es in Hamburg – weitgehend bedingt durch den wirtschaftlichen Aufschwung im Zuge der deutschen Vereinigung – zu einem Rückgang der Gesamt-Erwerbslosenzahlen um fast ein Fünftel. Danach war hauptsächlich infolge wirtschaftlicher Abschwächung (vermindertes Arbeitsplatzangebot), aber auch wanderungsbedingter Bevölkerungszunahme ein fast kontinuierlicher Anstieg der Arbeitslosenzahlen zu beobachten (Zunahme um knapp ein Drittel gegenüber 1990). Ähnlich verlief die Entwicklung bei den arbeitslos gemeldeten Schwerbehinderten. Ihr Bestand ging zwischen 1990 und 1992 von 2697 auf knapp 2260 oder um 16 Prozent zurück, erhöhte sich in den Folgejahren jedoch wieder bis September 1997 auf 3773 und lag damit 38 Prozent über dem Ausgangswert des Jahres 1990. Offenbar wurden in den 90er Jahren die zeitlichen Veränderungen der Erwerbslosigkeit von Schwerbehinderten und nicht behinderten Menschen zu großen Teilen durch die gleichen Faktoren (wie Wirtschaftskonjunktur, Bevölkerungsentwicklung) beeinflusst.

Behinderte als Sozialhilfeempfänger

Eingliederungshilfe für fast 8000 Personen

Behinderte Personen mit Sozialhilfebezug werden im wesentlichen in der Statistik über Empfänger von Hilfe in besonderen Lebenslagen erfasst. Im Gegensatz zur „Sozialhilfe im engeren Sinne“, der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt, mit der der laufende Grundbedarf etwa an Nahrung, Kleidung, Unterkunft und Hausrat gedeckt wird, ist die Hilfe in besonderen Lebenslagen für außergewöhnliche Notsituationen vorgesehen. Dazu gehören beispielsweise gesundheitliche und soziale Beeinträchtigungen wie Krankheit, Pflegebedürftigkeit oder Be-

Arbeitslose Schwerbehinderte in Hamburg Ende September 1997

Merkmal	Anzahl	In % der schwerbehinderten Arbeitslosen	In % aller Arbeitslosen der Bezugsgruppe
Insgesamt	3 733	100	4,1
und zwar			
Männer	2 341	62,7	4,2
Frauen	1 392	37,3	3,8
Deutsche	3 258	87,3	4,5
Ausländer/innen	475	12,7	2,5
Facharbeiter/innen	862	23,1	4,7
Angestellte mit gehobener Tätigkeit	695	18,6	3,1
Nichtfacharbeiter/innen	1 517	40,6	4,4
Angestellte mit einfacher Tätigkeit	659	17,7	3,9
bis unter 25 Jahre	176	4,7	1,6
25 bis unter 45 Jahre	1 293	34,6	2,8
45 bis unter 55 Jahre	964	25,8	5,1
55 Jahre und mehr	1 300	34,8	7,6
Langzeitarbeitslose ¹	1 853	49,6	5,7
GdB ² 80 und mehr	910	24,4	x
GdB ² 50 bis unter 80	2 673	71,6	x
GdB ² 30 bis 50 mit Gleichstellung	150	4,0	x

1 Dauer der Arbeitslosigkeit 1 Jahr und mehr
2 Grad der Behinderung

Tabelle 1

hinderung.

Am Jahresende 1997 erhielten in Hamburg 7919 Personen sogenannte Eingliederungshilfe für Behinderte, das waren weniger als 0,5 Prozent der Hamburger Bevölkerung und nicht ganz sechs Prozent der registrierten Schwerbehinderten. Zur Eingliederungshilfe zählen Beschäftigung in einer Werkstatt für Behinderte, heilpädagogische Maßnahmen und Schulausbildung für Kinder, ärztliche Behandlung und Körperersatzstücke sowie Unterstützungen zur Berufsausbildung, Fortbildung und Arbeitsplatzbeschaffung.

Mittlere Altersgruppen und Männer überdurchschnittlich betroffen

Unter den Geförderten waren die Männer mit 54 Prozent in der Mehrheit. Auch der Empfängeranteil an der Bevölkerung lag mit 5,2 Unterstützten je 1000 Männer etwas höher als bei den Frauen (4,2). Mit Ausnahme der über 64jährigen bezogen – auch im Vergleich zur Einwohnerzahl in der Altersgruppe – männliche Hamburger häufiger Eingliederungshilfe als die gleichaltrigen Frauen. Die größere Sozialhilfebedürftigkeit der Frauen in der Altersgruppe ab 65 Jahren könnte zum einen

auf die geringeren Renten bei Frauen, zum anderen aber auch auf das große Gewicht der stark gesundheitsgefährdeten Hochbetagten (über 75 Jahre) in der weiblichen Seniorenschaft zurückzuführen sein.

Hinsichtlich des Alters waren schwerpunktmäßig Personen im mittleren erwerbsfähigen Alter auf Sozialhilfe angewiesen. Hier erreichte der Anteil der Hilfeempfänger an der Einwohnerschaft die höchsten Werte. In dieser Lebensphase ist eine Unterstützung im Bereich der erwerbsähnlichen Beschäftigung von besonderem Gewicht. Die vergleichsweise geringen Fallzahlen im Rentenalter dürften auch dadurch bedingt sein, daß einerseits andere Sicherungssysteme (Renten- und Pflegeversicherung) Leistungen erbringen und viele sozialhilfebedürftige Behinderte bei fortschreitender Verschlechterung des Gesundheitszustandes statt Eingliederungshilfe für Behinderte Hilfe zur Pflege in Anspruch nehmen müssen.

Setzt man die Zahl der Empfänger und Empfängerinnen von Eingliederungshilfe ins Verhältnis zum Bestand der registrierten Schwerbehinderten, dann weisen ebenfalls die jüngeren Altersgruppen

die größte Sozialhilfeabhängigkeit auf. Von den als schwerbehindert anerkannten Jugendlichen und jungen Erwachsenen (15 bis unter 25 Jahren) bezogen mehr als ein Drittel Sozialhilfe, bei den 25- bis unter 45jährigen waren es gut ein Viertel und bei den Kindern (bis unter 15 Jahren) immerhin noch 15 Prozent. Wenngleich eine gewisse „Untererfassung“ bei jüngeren Schwerbehinderten mit der Folge „überhöhter“ Empfängerquoten nicht auszuschließen ist, deuten die Zahlen doch darauf hin, daß eine Behinderung in der ersten Lebenshälfte vergleichsweise häufiger als im Alter mit Einkommensarmut verbunden ist.

Aus *Tabelle 2* geht hervor, dass Ausländer und Ausländerinnen im Vergleich zu ihrem Bevölkerungsanteil nur unterdurchschnittlich Eingliederungshilfe in Anspruch zu nehmen brauchten. Während fast fünf von 1000 der Gesamteinwohnerschaft Unterstützung bezogen, waren es von den Nichtdeutschen nur knapp zwei von 1000. Ein Grund dafür liegt in dem deutlich jüngeren Altersaufbau der nichtdeutschen Einwohnerschaft mit nur wenigen Menschen im Seniorenalter. Gemessen an der Zahl der registrierten Schwerbehinderten zeigen sich mit 58 ausländischen Hilfeempfängern je 1000 ausländischen Schwerbehinderten dagegen keine Unterschiede zur Gesamtbevölkerung.

Fast zwei Drittel der Hilfeempfänger in Heimen

Von den 7919 durch Eingliederungshilfe unterstützten Personen lebten am Jahresende 1997 fast zwei Drittel (5164 Personen) in Heimen oder Anstalten. Die Behinderung war vermutlich oftmals so schwerwiegend, dass die Führung eines eigenen Haushaltes oder die häusliche Betreuung in der Familie nicht möglich war.

Erwähnenswert ist weiterhin, dass sich unter den Beziehern und Bezieherinnen von Eingliederungshilfe lediglich 2612 Personen (33 Prozent) befanden, die gleichzeitig Sozialhilfe in Form laufender Hilfe zum Lebensunterhalt erhielten. 5307 behinderte Hamburger und Hamburgerinnen bezogen dagegen Leistungen nur in Form der Eingliederungshilfe⁷. Offenbar verfügten die behinderten sozialhilfebedürftigen Personen mehrheit-

Empfänger und Empfängerinnen von Eingliederungshilfe für Behinderte in Hamburg am 31.12.1997

Alter (von ... bis unter ... Jahren)	Anzahl	Empfänger und Empfängerinnen	
		je 1000 der Bevölkerung	je 1000 Schwerbehinderte
Insgesamt			
0 – 15	390	1,7	154,4
15 – 25	861	4,9	354,8
25 – 45	3 584	6,3	255,7
45 – 55	1 179	5,5	83,5
55 – 65	984	4,3	32,3
65 und mehr	921	3,2	12,7
Insgesamt	7 919	4,6	58,3
und zwar			
in Einrichtungen	5 164	3,0	38,0
Empf. von HLU ¹	2 612	1,5	19,2
Männer	4 242	5,2	65,6
Frauen	3 677	4,2	51,7
Ausländer/innen	377	1,5	58,4

¹ laufende Hilfe zum Lebensunterhalt

Tabelle 2

lich über ausreichende Einkommensquellen, um ihren laufenden Lebensbedarf (Nahrung, Kleidung, Körperpflege, Hausrat, Unterkunft) zu bestreiten. Lediglich die aus der Behinderung resultierenden Mehr- und Sonderkosten mußten in diesen Fälle vom Sozialamt übernommen werden.

Ein Viertel der Sozialhilfeausgaben für Eingliederungshilfe

Die Bruttoausgaben Hamburgs bei der Eingliederungshilfe für Behinderte beliefen sich im Jahr 1997 auf 477 Millionen DM, das waren 26 Prozent der Gesamtausgaben der Sozialhilfe an Leistungsberechtigten (1866 Millionen DM). Der Großteil der im Rahmen der Eingliederungshilfe für Behinderte gewährten Unterstützungszahlungen floss in den Anstalts- und Heimsektor; Hilfeleistungen in Einrichtungen schlugen mit 439 Millionen DM, solche außerhalb von Einrichtungen mit lediglich 37 Millionen DM zu Buche.

Berechnet man die Bruttoausgaben im Jahresverlauf je Hilfeempfänger/Hilfeempfängerin, dann ist zu berücksichtigen, dass von den in der Kostenstatistik erfassten Aufwendungen nicht nur die am Jahresende unterstützten Personen profitierten, sondern auch andere im Laufe des Jahres unterstützte Einwohner und Einwohnerinnen. Dazu zählen beispielsweise Personen, die im Berichtsjahr Hilfe erhalten haben und vor dem Stichtag (31.12.1997) verstorben sind oder soweit genesen konnten, dass Sozialhilfe nicht mehr in Anspruch genommen werden mußte. Legt man diesen Personenkreis („Empfänger im Laufe des Berichtsjahres“, also Jahresanfangsbestand zuzüglich

Zugänge im Jahresverlauf) zugrunde, dann errechnet sich pro Hilfebezieher/in ein Unterstützungsbetrag von 42 000 DM. Bei Heimunterbringung lag die Eingliederungshilfe mit 67 000 DM je Empfänger/in deutlich über der Summe für zu Hause wohnende Behinderte (gut 7000 DM je Hilfebezieher/in).

Mittelfristig nur geringe Änderungen bei den Empfängerzahlen

In jüngerer Zeit hat sich die Zahl der durch Eingliederungshilfe unterstützten Personen erhöht. Zwischen 1995 – dem ersten Jahr, für das Ergebnisse nach der Neuordnung der Sozialhilfestatistik vorliegen – und 1997 stieg die am Jahresende registrierte Empfängerzahl um 1148 oder 17 Prozent. Die Zunahme betraf sowohl die Heiminsassen (plus 14 Prozent) als auch die außerhalb von Einrichtungen lebenden Unterstützungsempfänger und -empfängerinnen (plus 24 Prozent). Im längerfristigen Vergleich, der allerdings nur für die kumulativen Empfängerangaben (Bestand am Jahresanfang plus Zugänge im Jahresverlauf) möglich ist, zeigen sich dagegen nur geringe Veränderungen. Anfang der 90er Jahre bezogen mit 10 468 (1990) und 11 130 Einwohnern und Einwohnerinnen (1991) im Jahresverlauf etwa so viele behinderte Personen Eingliederungshilfe wie 1996/97 (10 189 beziehungsweise 11 286 Unterstützte). Anders als bei Beziehern und Bezieherinnen von Sozialhilfe im engeren Sinne (Hilfe zum Lebensunterhalt) ist die Entwicklung des Empfängerbestandes bei der Eingliederungshilfe anscheinend weitgehend unabhängig von Arbeitsmarkt und Zuwanderungen verlaufen. Im gesamten Untersuchungszeitraum waren jährlich

zwischen 9700 und 11 300 Personen auf Eingliederungshilfe angewiesen, um den aus ihrer Behinderung resultierenden Sonderbedarf zu befriedigen.

Die Sozialhilfeausgaben für Eingliederungshilfen haben sich nach einer Zunahme von 327,1 Millionen DM im Jahr 1990 auf 489,5 Millionen DM 1995 bis zum Jahr 1997 wieder geringfügig auf 476,7 Millionen DM vermindert. Der Unterstützungsbetrag je Empfänger/in im Jahresverlauf stieg von gut 31 000 DM (1990) auf fast 48 000 DM im Jahr 1996, ging danach jedoch wieder auf etwas über 42 000 DM zurück.

Thorsten Erdmann

- 1 Nicht für alle jüngeren Menschen mit Gesundheitsschäden wird die Anerkennung als Schwerbehinderte betrieben, oft aus Unkenntnis oder weil die mit der Anerkennung verbundenen Vergünstigungen (anders als bei Erwerbstätigen) von geringerer Bedeutung sind.
- 2 Voit, Hermann: Allgemeinbildendes Schulwesen 1989/90. In: *Wirtschaft und Statistik*, Heft 3/1991, S. 197-202, hier S. 198
- 3 Die durchschnittliche Klassenstärke erreichte bei den Sonderschulen mit 10,5 Schüler und Schülerinnen deutlich günstigere Werte als im Schulwesen insgesamt (24,9) und verdeutlicht so die besonderen pädagogischen Anstrengungen in diesem Sektor.
- 4 Strukturdaten über Arbeitslose werden von den Arbeitsämtern jeweils Ende September eines Jahres erhoben, für das Jahresende liegen lediglich wenige Eckdaten vor (im Dezember 1997 gab es 3771 schwerbehinderte Arbeitslose).
- 5 Es kann davon ausgegangen werden, dass fast alle schwerbehinderten Arbeitslosen der Arbeitslosenstatistik auch in der Schwerbehindertenstatistik erfasst sind, wenn man von den 150 arbeitslos gemeldeten „Gleichgestellten“ mit einem Grad der Behinderung von 30 bis 50 absieht.
- 6 Ohne die 160 schwerbehinderten Arbeitslosen im Alter von 60 und mehr Jahren.
- 7 Wenn man von anderen Arten der Hilfe in besonderen Lebenslagen, wie zum Beispiel Krankenhilfe, absieht.

Gerhard-Fürst-Preis des Statistischen Bundesamtes

1999 wird das Statistische Bundesamt erstmals den Gerhard-Fürst-Preis vergeben. Mit ihm werden herausragende Dissertationen und herausragende Diplom- beziehungsweise Magisterarbeiten ausgezeichnet, die theoretische Themen mit einem engen Bezug zum Aufgabenspektrum der amtlichen Statistik behandeln oder die empirische Fragestellungen unter Nutzung von Daten der amtlichen Statistik untersuchen. Es kann sich dabei ebenso um Arbeiten aus der theoretischen Statistik oder aus der Wirtschafts- und Sozialstatistik handeln wie um wirtschaftswissenschaftliche oder um sozialwissenschaftliche Abhandlungen.

Mit der Auslobung des Gerhard-Fürst-Preises möchte das Statistische Bundesamt die Beschäftigung mit Fragen der amtlichen Statistik im Rahmen der universitären Ausbildung fördern und die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und amtlicher Statistik intensivieren.

Der Preis wurde nach dem ersten Präsidenten des Statistischen Bundesamtes und langjährigen Vorsitzenden der Deutschen Statistischen Gesellschaft benannt, der die noch heute bestehende organisatorische und rechtliche Struktur der amtlichen Statistik in Deutschland nach 1945 mit ihren zentralen Eckpfeilern der fachlichen Konzentration und der wissenschaftlichen Unabhängigkeit ganz wesentlich geprägt hat. Indem wir unseren Preis nach Gerhard Fürst benennen, ehren wir einen Mann, dessen unbestreitbares Verdienst das hohe Ansehen der deutschen amtlichen Statistik sowohl im Inland als auch im Ausland ist, deren Ergebnisse von der Öffentlichkeit als objektive und qualitativ hochwertige Informationen anerkannt werden.

Die Prämie für eine auszuzeichnende Dissertation beträgt 5000 Euro und für eine auszuzeichnende Examensarbeit 2500 Euro. Darüber hinaus können prämierte Arbeiten – gegebenenfalls auszugswise – in der Veröffentlichungsreihe des Statistischen Bundesamtes „Spektrum der Bundesstatistik“ publiziert werden. Mit der Einreichung der Arbeit erteilt der Autor beziehungsweise die Autorin zu-

gleich das Einverständnis hiermit. In jedem Fall werden die Preisträger über ihre Arbeit einen Artikel in der monatlich erscheinenden Zeitschrift des Statistischen Bundesamtes „Wirtschaft und Statistik“ veröffentlichen. Die Preise werden im Rahmen des jährlich im November vom Statistischen Bundesamt gemeinsam mit der Deutschen Statistischen Gesellschaft in Wiesbaden veranstalteten wissenschaftlichen Kolloquiums verliehen.

Es ist vorgesehen, das Preisgeld für Examensarbeiten und Dissertationen in jedem Jahr einmal zu vergeben. In Ausnahmefällen kann das Preisgeld auch zwischen mehreren preiswürdigen Arbeiten geteilt werden. Das Gutachtergremium kann mit der Preisverleihung aussetzen, wenn ihm keine der eingereichten Arbeiten prämiierungswürdig erscheint.

Der hohe wissenschaftliche Anspruch, den sich das Statistische Bundesamt mit der Prämierung gesetzt hat, wird durch die in das Gutachtergremium berufenen Wissenschaftler gewährleistet:

- Prof. Dr. Hans Wolfgang Brachinger, Seminar für Statistik, Universität Freiburg/Schweiz
- Prof. Dr. Ullrich Heilemann, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen
- Prof. Dr. Richard Häuser, Institut für Volkswirtschaftslehre, Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main
- Prof. Dr. Walter Müller, Lehrstuhl für Methoden der empirischen Sozialforschung und angewandte Soziologie, Universität Mannheim
- Prof. Dr. Werner Neubauer, Institut für Statistik und Mathematik, Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main.

In Frage kommende Arbeiten können von den sie betreuenden Wissenschaftlern für eine Prämierung vorgeschlagen werden, sofern sie im jeweiligen Vorjahr abschließend beurteilt worden sind (dies muß aus den eingereichten Unterlagen hervorgehen) und sofern sie nicht bereits anderweitig für eine Prämierung eingereicht oder ausgezeichnet wurden. Hier-

über muß eine schriftliche Erklärung des Autors beziehungsweise der Autorin abgegeben werden. Eine vorherige (Teil-) Veröffentlichung der Arbeit schließt eine Preisvergabe nicht aus. Die Urheberrechte bleiben unberührt.

Einzureichen sind neben der vorgeschlagenen Arbeit eine kurze Begründung des vorschlagenden Wissenschaftlers zur Preiswürdigkeit, Kopien der Erst- und gegebenenfalls Zweitgutachten, mit denen die Arbeit abschließend bewertet wurde, eine Kurzfassung der Arbeit, ein Lebenslauf des Autors oder der Autorin und eine schriftliche Erklärung, daß mit der Arbeit kein geistiges Eigentum verletzt wurde und jede verwendete Literatur angegeben ist, sofern eine derartige Erklärung nicht bereits in der eingereichten Arbeit enthalten ist.

Alle Unterlagen müssen in achtfacher Ausfertigung bei folgender Adresse eingereicht werden:

Statistisches Bundesamt, Institut für Forschung und Entwicklung in der Bundesstatistik, 65180 Wiesbaden.

Abweichend von dieser Vorgabe ist es ausreichend, die Examens- beziehungsweise Doktorarbeit nur einfach einzureichen, wenn der Text zusätzlich als Windows-Datei zur Verfügung gestellt werden kann. Die eingereichten Unterlagen werden nicht zurückgegeben.

Die Einreichungsfrist endet in jedem Jahr am 31. März. Im ersten Jahr der Preisverleihung ist die Einreichungsfrist jedoch auf den 30. Juni 1999 verschoben.

Themenvorschläge für zukünftig zu bearbeitende Examens- und Doktorarbeiten können u. a. dem Forschungs- und Entwicklungsplan des Statistischen Bundesamtes entnommen werden, der im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes enthalten ist (www.statistik-bund.de). Selbstverständlich sind aber auch andere Themen möglich.

Weitere Informationen zum Gerhard-Fürst-Preis können beim Statistischen Bundesamt erfragt werden unter:

Telefon: (0611) 75 26 95

E-Mail: institut@statistik-bund.de

Zuzüge und Fortzüge 1970 bis 1997

Jahr	Zuzüge			Fortzüge			Saldo der Zu- und Fortzüge		
	Insgesamt	Deutsche	Ausländer/innen	Insgesamt	Deutsche	Ausländer/innen	Insgesamt	Deutsche	Ausländer/innen
1970	83 366	53 335	30 031	80 947	65 568	15 379	2 419	- 12 233	14 652
1971	81 548	51 463	30 085	85 304	66 636	18 668	- 3 756	- 15 173	11 417
1972	77 601	50 979	26 622	82 445	65 924	16 521	- 4 844	- 14 945	10 101
1973	76 046	47 825	28 221	78 432	64 189	14 243	- 2 386	- 16 364	13 978
1974	68 958	47 710	21 248	75 021	56 506	18 515	- 6 063	- 8 796	2 733
1975	66 557	49 756	16 801	70 069	52 074	17 995	- 3 512	- 2 318	- 1 194
1976	60 587	44 221	16 366	67 656	50 202	17 454	- 7 069	- 5 981	- 1 088
1977	62 608	45 173	17 435	69 576	52 786	16 790	- 6 968	- 7 613	645
1978	60 693	43 314	17 379	65 272	51 445	13 827	- 4 579	- 8 131	3 552
1979	62 699	42 242	20 457	62 923	50 096	12 827	- 224	- 7 854	7 630
1980	66 496	42 238	24 258	64 298	50 502	13 796	2 198	- 8 264	10 462
1981	65 408	41 860	23 548	63 119	47 331	15 788	2 289	- 5 471	7 760
1982	52 441	37 453	14 988	55 226	39 480	15 746	- 2 785	- 2 027	- 758
1983	50 087	35 461	14 626	54 685	37 878	16 807	- 4 598	- 2 417	- 2 181
1984	57 098	38 569	18 529	64 568	40 007	24 561	- 7 470	- 1 438	- 6 032
1985	56 784	35 912	20 872	59 792	40 207	19 585	- 3 008	- 4 295	1 287
1986	59 825	35 975	23 850	59 873	41 221	18 652	- 48	- 5 246	5 198
1987	62 753	37 740	25 013	57 240	39 557	17 683	5 513	- 1 817	7 330
1988	75 560	43 428	32 132	60 853	39 007	21 846	14 707	4 421	10 286
1989	92 288	56 711	35 577	63 232	40 818	22 414	29 056	15 893	13 163
1990	94 215	52 957	41 258	63 566	41 054	22 512	30 649	11 903	18 746
1991	79 052	44 981	34 071	57 727	40 180	17 547	21 325	4 801	16 524
1992	91 383	43 377	48 006	67 408	42 041	25 367	23 975	1 336	22 639
1993	89 208	50 419	38 789	70 660	44 350	26 310	18 548	6 069	12 479
1994	77 523	47 975	29 548	70 498	47 493	23 005	7 025	482	6 543
1995	75 104	47 115	27 989	68 671	47 950	20 721	6 433	- 835	7 268
1996	73 908	46 754	27 154	70 221	49 514	20 707	3 687	- 2 760	6 447
1997	73 648	47 520	26 128	74 545	49 591	24 954	- 897	- 2 071	1 174

HAMBURGER ZAHLENSPIEGEL

Merkmal	Maß- einheit	1996			1997			1998		
		August	September	Oktober	August	September	Oktober	August	September	Oktober
Meteorologische Beobachtungen¹⁾										
Mittlerer Luftdruck ²⁾	hPa	1 015,6	1 016,9	1 023,0	1 021,2	1 024,4	1 019,3	1 013,4	1 009,2	1 006,9
Höchste Lufttemperatur	°C	30,8	20,9	17,8	32,6	28,8	20,7	29,3	21,1	17,9
Niedrigste Lufttemperatur	"	11,2	6,2	5,5	12,6	6,1	2,4	8,7	2,8	1,3
Mittlere Lufttemperatur	"	19,4	12,9	10,7	22,0	14,4	8,7	16,1	13,9	8,8
Mittlere relative Luftfeuchtigkeit	%	70,0	74,0	84,0	69,0	77,0	79,0	76,0	84,0	83,0
Sonnenscheindauer	Stunden	233,9	176,1	107,2	237,3	132,0	102,0	174,6	70,4	68,6
Anteil an höchstmöglicher Sonnenscheindauer	%	51,4	46,5	32,9	52,2	34,8	31,3	38,4	18,6	20,0
Niederschlagshöhe	mm	40,5	32,2	69,6	48,1	27,4	56,3	92,8	91,9	21,0
Tage mit Niederschlägen ³⁾	Anzahl	14	11	17	4	12	18	16	17	25

Merkmal	Maß- einheit	Monatsdurchschnitt		1997			1998			
		1996	1997	März	April	Mai	März	April	Mai	Juni
Bevölkerung										
Bevölkerungsstand										
* Bevölkerung am Monatsende insgesamt ⁴⁾	1000	1 708,4	1 707,4	1 708,5	1 708,1	1 707,2	1 702,7	1 702,7	1 701,6	1 700,8
und zwar										
männlich	"	823,8	824,0	824,5	824,2	823,7	822,1	822,2	821,6	821,3
weiblich	"	884,6	883,4	884,0	883,9	883,5	880,7	880,6	880,0	879,5
Ausländer und Ausländerinnen	"	257,6	260,2	260,5	260,2	259,8	258,5	258,4	258,0	257,6
Bezirk Hamburg-Mitte	"	244,7	241,4	243,0	242,2	241,4	237,5	237,1	236,9	236,4
Bezirk Altona	"	240,3	240,5	240,5	240,7	240,7	239,6	239,5	239,2	239,0
Bezirk Eimsbüttel	"	241,1	241,9	241,9	241,8	241,8	242,3	242,4	242,3	242,3
Bezirk Hamburg-Nord	"	283,6	281,6	282,1	281,9	281,7	279,8	279,7	279,4	278,9
Bezirk Wandsbek	"	395,5	396,4	396,1	396,2	396,3	397,3	397,5	397,3	397,5
Bezirk Bergedorf	"	107,3	109,2	108,6	108,9	109,0	110,7	111,0	111,1	111,3
Bezirk Harburg	"	195,9	196,3	196,4	196,4	196,4	195,5	195,5	195,4	195,3
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen ⁵⁾	Anzahl	657	650	472	576	908	497	549	820	731
* Lebendgeborene ⁶⁾	"	1 383	1 414	1 316	1 390	1 398	1 375	1 272	1 320	1 268
und zwar										
ausländische Lebendgeborene	"	283	282	256	302	287	256	265	246	256
* nichtehelich Lebendgeborene	"	317	333	308	320	330	314	316	330	295
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	"	1 683	1 611	1 602	1 564	1 503	1 686	1 577	1 509	1 514
* darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	"	9	8	10	9	3	6	7	7	5
* Überschuß der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	"	- 300	- 197	- 286	- 174	- 105	- 311	- 305	- 189	- 246
* Eheschließungen	} je 1000 der Bevölkerung	0,4	0,4	0,3	0,3	0,5	0,3	0,3	0,5	0,4
Lebendgeborene		0,8	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8	0,7	0,8	0,7
Gestorbene (ohne Totgeborene)		1,0	0,9	0,9	0,9	0,9	1,0	0,9	0,9	0,9
Überschuß der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)		- 0,2	- 0,1	- 0,2	- 0,1	- 0,1	- 0,2	- 0,2	- 0,1	- 0,1
In den ersten 7 Lebenstagen Gestorbene		je 1000	2,5	2,9	3,0	2,2	1,4	1,5	-	2,3
Im ersten Lebensjahr Gestorbene	Lebendgeb.	6,2	5,8	7,6	6,5	2,1	4,4	5,5	5,3	3,9
Wanderungen										
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	6 159	6 137	5 418	5 932	5 119	6 194	6 215	4 665	5 791
* Fortzüge über die Landesgrenze	"	5 852	6 212	5 033	6 238	5 848	6 644	5 906	5 576	6 366
* Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)	"	+ 307	- 75	+ 385	- 306	- 729	- 450	+ 309	- 911	- 575
Nach Gebieten										
a) Zuzüge aus										
Schleswig-Holstein	"	1 420	1 488	1 404	1 433	1 304	1 586	1 547	1 152	1 452
darunter den Umlandkreisen ⁷⁾	"	992	1 062	1 051	1 064	934	1 163	1 092	814	1 074
Niedersachsen	"	1 063	1 043	905	1 050	946	1 093	974	774	1 070
darunter den Umlandkreisen ⁸⁾	"	428	338	334	351	322	388	370	262	360
den übrigen Bundesländern	"	1 621	1 876	1 428	1 754	1 357	1 782	1 688	1 248	1 563
* dem Ausland	"	2 055	1 730	1 681	1 695	1 512	1 733	2 006	1 491	1 706

1) Quelle: Deutscher Wetterdienst und eigene Berechnungen. - 2) reduziert auf 0 °C, Normalschwere und Meeresspiegel. - 3) Tage mit 0,1 mm oder mehr Niederschlägen. - 4) Fortschreibung der Ergebnisse der Volkszählung vom 25. Mai 1987. - 5) nach dem Ereignisort. - 6) von Müttern mit alleiniger oder Hauptwohnung in Hamburg. - 7) Kreise Pinneberg, Segeberg, Stormarn und Herzogtum Lauenburg. - 8) Landkreise Harburg und Stade.

HAMBURGER ZAHLENSPIEGEL

Merkmal	Maß- einheit	Monatsdurchschnitt		1997			1998			
		1996	1997	März	April	Mai	März	April	Mai	Juni
Bevölkerung (Fortsetzung)										
Noch: Wanderungen										
b) Fortzüge										
nach Schleswig-Holstein	Anzahl	1 908	1 931	1 618	1 860	1 758	1 923	1 657	1 702	1 877
darunter in die Umlandkreise ¹⁾	"	1 505	1 523	1 253	1 451	1 403	1 506	1 277	1 317	1 493
nach Niedersachsen	"	1 143	1 129	960	1 148	1 082	1 156	1 033	1 009	1 174
darunter in die Umlandkreise ²⁾	"	781	612	506	637	603	630	540	541	640
in die übrigen Bundesländer	"	1 269	1 395	1 087	1 265	1 065	1 230	1 275	1 220	1 306
* in das Ausland	"	1 531	1 757	1 368	1 965	1 943	2 335	1 941	1 645	2 009
c) Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-) gegenüber										
Schleswig-Holstein	"	- 488	- 443	- 214	- 427	- 454	- 337	- 110	- 550	- 425
darunter den Umlandkreisen ¹⁾	"	- 513	- 461	- 202	- 387	- 469	- 343	- 185	- 503	- 419
Niedersachsen	"	- 80	- 86	- 55	- 98	- 136	- 63	- 59	- 235	- 104
darunter den Umlandkreisen ²⁾	"	- 353	- 274	- 172	- 286	- 281	- 242	- 170	- 279	- 280
dem Umland insgesamt	"	- 866	- 735	- 374	- 673	- 750	- 585	- 355	- 782	- 699
den übrigen Bundesländern	"	+ 352	+ 481	+ 341	+ 489	+ 292	+ 552	+ 413	+ 28	+ 257
dem Ausland	"	+ 524	- 27	+ 313	- 270	- 431	- 602	+ 65	- 154	- 303
* Umzüge innerhalb Hamburgs	"	12 783	13 736	12 467	13 739	12 863	14 100	13 804	10 973	12 992
Bevölkerungsveränderung insgesamt										
Bevölkerungszunahme (+) bzw. -abnahme (-)	"	+ 7,0	- 272	+ 99	- 480	- 834	- 761	+ 4	- 1 100	- 821
Bevölkerungszunahme (+) bzw. -abnahme (-)	Je 1000 der Bevölkerung	+ 0,0	- 0,2	+ 0,1	- 0,3	- 0,5	- 0,4	+ 0,0	- 0,6	- 0,5

Merkmal	Maß- einheit	Monatsdurchschnitt		1997			1998			
		1996	1997	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November
Bautätigkeit und Wohnungswesen										
Baugenehmigungen³⁾										
* Wohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	168	163	177	181	378	163	116	152	141
* darunter mit 1 und 2 Wohnungen	"	110	121	108	133	307	110	92	131	95
* umbauter Raum	1000 m ³	254	283	620	297	351	186	185	201	284
* Wohnfläche	1000 m ²	50,1	52,8	113,4	53,3	73,1	35,4	30,6	37,7	53,7
* veranschlagte reine Baukosten	Mio. DM	150,7	175,8	360,3	175,2	250,5	115,3	113,7	130,1	167,0
* Nichtwohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	18	17	22	26	11	14	17	15	16
darunter Büro- und Verwaltungsgebäude	"	4	3	7	3	2	2	2	6	4
* umbauter Raum	1000 m ³	118	146	150	279	107	100	68	77	110
* Nutzfläche	1000 m ²	23,5	28,4	29,6	52,3	20,9	19,0	13,4	16,5	17,5
* veranschlagte reine Baukosten	Mio. DM	48,5	60,4	71,9	128,2	46,6	34,3	20,1	30,0	43,6
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	767	774	1 652	789	931	444	357	525	726
* Wohnräume insgesamt	"	2 919	3 052	6 363	3 048	3 883	1 948	1 718	2 125	2 845
Baufertigstellungen³⁾										
Wohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	127	139	143	87	110	144	115	138	204
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	"	742	675	581	454	400	668	484	913	829
Nichtwohngebäude (nur Neubau)	"	19	14	8	8	13	14	8	19	16
Nutzfläche	1000 m ²	26,2	23,9	4,5	27,0	11,4	54,1	12,1	44,9	11,2

Merkmal	Maß- einheit	Monatsdurchschnitt		1997			1998			
		1997	1998	Mai	August	November	Februar	Mai	August	November
Preisindizes für Bauwerke⁴⁾										
Bauleistungen am Bauwerk										
* Wohngebäude insgesamt	1995 = 100	101,1	101,7	101,1	101,1	100,9	100,9	102,1	102,0	101,8
Ein- und Zweifamiliengebäude	"	101,2	101,7	101,2	101,2	101,0	100,9	102,1	102,0	101,8
Mehrfamiliengebäude	"	101,0	101,7	101,0	101,0	100,8	100,8	102,1	102,0	101,7
Bürogebäude	"	101,6	102,7	101,5	101,7	101,6	101,7	103,1	103,1	102,9

1) Kreise Pinneberg, Segeberg, Stormarn und Herzogtum Lauenburg. - 2) Landkreise Harburg und Stade.
3) die vorliegenden Ergebnisse können sich durch Nachmeldungen ändern. - 4) für Neubau in konventioneller Bauart.

HAMBURGER ZAHLENSPIEGEL

Merkmal	Maß- einheit	Quartalsdurchschnitt		1996			1997			1998
		1996	1997	September	Dezember	März	Juni	September	Dezember	März
Beschäftigung										
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte										
* Insgesamt	Anzahl	745 905	735 817	746 404	738 721	733 852	732 322	740 730	734 007	731 066
und zwar										
Männer	"	411 309	405 635	411 967	406 898	402 944	404 047	409 451	405 298	402 877
* Frauen	"	334 596	330 182	334 437	331 823	330 908	328 275	331 279	328 709	328 189
* Ausländer und Ausländerinnen	"	66 182	64 069	66 383	65 210	63 709	63 709	64 581	63 346	62 862
* Teilzeitbeschäftigte	"	103 716	105 692	103 636	104 171	105 259	105 130	106 142	108 305	108 615
davon Männer	"	13 288	14 854	13 626	13 591	14 092	14 797	15 481	16 503	16 903
* Frauen	"	90 429	90 838	90 010	90 580	91 167	90 333	90 661	91 802	91 712
in der Wirtschaftsabteilung										
* Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	"	8 310	8 145	8 260	8 211	8 159	8 131	8 155	8 055	7 969
davon Männer	"	6 519	6 354	6 474	6 435	6 374	6 353	6 351	6 242	6 161
* Frauen	"	1 790	1 790	1 786	1 776	1 785	1 778	1 804	1 813	1 808
* Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾	"	136 906	131 326	136 095	133 888	131 233	130 470	131 472	130 368	127 771
davon Männer	"	103 314	99 322	102 710	101 152	99 197	98 648	99 499	98 736	96 874
* Frauen	"	33 592	32 004	33 385	32 736	32 036	31 822	31 973	31 632	30 897
* Baugewerbe	"	37 938	35 968	38 463	36 694	35 248	36 207	36 490	35 163	34 422
davon Männer	"	33 434	31 670	33 953	32 289	30 952	31 902	32 219	30 925	30 222
* Frauen	"	4 505	4 298	4 510	4 405	4 296	4 305	4 271	4 238	4 200
* Handel	"	128 436	126 122	128 091	127 484	126 401	125 635	126 268	124 883	124 224
davon Männer	"	61 763	61 133	61 609	61 450	60 844	61 007	61 485	60 945	60 662
* Frauen	"	66 673	64 989	66 482	66 034	65 557	64 628	64 783	63 938	63 562
* Verkehr und Nachrichtenübermittlung	"	74 450	71 270	74 097	72 977	71 467	70 854	71 280	69 979	69 892
davon Männer	"	52 707	50 719	52 445	51 821	50 678	50 448	50 689	50 301	50 243
* Frauen	"	21 742	20 551	21 652	21 156	20 789	20 406	20 591	19 678	19 649
* Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	"	52 146	51 247	52 073	51 657	51 325	50 820	51 393	51 239	51 037
davon Männer	"	25 350	24 962	25 308	25 181	25 009	24 785	25 062	24 800	24 702
* Frauen	"	26 797	26 285	26 765	26 476	26 316	26 035	26 331	26 439	26 335
* Dienstleistungen, soweit anderweitig nicht genannt	"	241 678	246 604	243 175	242 580	244 494	244 836	250 397	250 796	252 802
davon Männer	"	99 396	102 895	100 467	100 197	101 256	102 192	105 311	105 446	106 399
* Frauen	"	142 282	143 709	142 708	142 383	143 238	142 644	145 086	145 350	146 403
* Organisationen ohne Erwerbscharakter, private Haushalte	"	20 938	21 201	20 992	20 898	21 078	21 141	21 342	21 585	21 584
davon Männer	"	7 381	7 528	7 400	7 335	7 385	7 447	7 677	7 871	7 800
* Frauen	"	13 557	13 673	13 592	13 563	13 693	13 694	13 665	13 714	13 784
* Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	"	42 196	41 093	42 109	41 682	41 671	41 281	40 932	39 293	38 671
davon Männer	"	19 193	18 846	19 228	18 989	19 100	18 979	18 815	17 990	17 712
* Frauen	"	23 003	22 247	22 881	22 693	22 571	22 302	22 117	21 303	20 959

Merkmal	Maß- einheit	Monatsdurchschnitt		1997			1998			1999
		1997	1998	Oktober	November	Dezember	Oktober	November	Dezember	Januar
Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, offene Stellen										
* Arbeitslose insgesamt	Anzahl	92 520	90 480	92 860	93 643	95 602	85 620	85 540	87 475	90 314
und zwar										
* Männer	"	55 840	54 489	55 397	56 145	57 553	51 305	51 485	52 917	54 735
* Frauen	"	36 680	35 991	37 463	37 498	38 049	34 315	34 055	34 558	35 579
* Ausländer und Ausländerinnen	"	19 225	19 546	19 454	19 849	20 363	18 716	18 683	19 016	19 500
Arbeitslosenquoten:	%									
* Insgesamt	"	13,0	12,7	13,1	13,2	13,5	12,0	12,0	12,2	12,6
* Männer	"	14,8	14,5	14,8	15,0	15,3	13,7	13,7	14,1	14,6
* Frauen	"	11,0	10,7	11,2	11,2	11,4	10,1	10,0	10,2	10,5
* Ausländer und Ausländerinnen	"	22,9	23,0	23,0	23,5	24,1	21,9	21,9	22,3	22,9
* Jugendliche im Alter von unter 20 Jahren	"	16,1	15,2	17,5	17,1	16,2	15,0	14,8	14,2	14,6
* Kurzarbeitende	Anzahl	2 613	2 008	1 891	1 879	2 036	1 012	1 326	1 377	1 595
* Offene Stellen	"	5 106	6 389	5 758	5 495	5 210	6 335	6 301	5 893	6 199

1) einschließlich ohne Angabe des Wirtschaftszweigs.

HAMBURGER ZAHLENSPIEGEL

Merkmal	Maß- einheit	Quartalsdurchschnitt		1997			1998			
		1997	1998	April	Juli	Oktober	Januar	April	Juli	Oktober
Löhne und Gehälter										
Arbeiter und Arbeiterinnen im Produzierenden Gewerbe										
Bruttomonatsverdienste										
* Arbeiter	DM	5 012	5 100	5 017	5 042	5 050	4 967	5 107	5 161	5 104
* Arbeiterinnen	"	3 637	3 713	3 666	3 633	3 653	3 638	3 707	3 699	3 760
Bruttostundenverdienste										
* Arbeiter	"	29,84	30,51	29,88	29,92	29,80	30,37	30,51	30,67	30,45
* Arbeiterinnen	"	22,17	22,66	22,37	22,17	22,21	22,25	22,65	22,57	22,91
Angestellte im Produzierenden Gewerbe										
Bruttomonatsverdienste										
Kaufmännische Angestellte										
* männlich	DM	7 552	7 633	7 572	7 570	7 535	7 539	7 635	7 646	7 661
* weiblich	"	5 605	5 734	5 601	5 608	5 628	5 644	5 726	5 754	5 763
Technische Angestellte und Meister										
* männlich	"	7 147	7 411	7 127	7 154	7 196	7 240	7 345	7 474	7 476
* weiblich	"	5 283	5 429	5 254	5 274	5 352	5 296	5 391	5 489	5 462
Kaufmännische Angestellte im Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe										
Bruttomonatsverdienste										
* männliche Angestellte	"	5 949	5 988	5 952	5 958	5 948	5 975	5 966	6 004	5 993
* weibliche Angestellte	"	4 609	4 662	4 639	4 591	4 614	4 648	4 641	4 664	4 681

Merkmal	Maß- einheit	Monatsdurchschnitt		1997			1998			
		1996	1997	August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober
Steueraufkommen										
Gemeinschaftsteuern	Mio. DM	2 599	2 626	2 199	2 639	2 161	2 650	2 395	3 355	2 332
davon Lohnsteuer ¹⁾	"	996	999	919	865	835	1 086	935	899	916
Veranlagte Einkommensteuer ²⁾	"	97	89	51	307	61	56	3	480	4
Nichtveranlagte Steuern vom Ertrag ²⁾	"	72	70	108	43	55	287	195	32	55
Zinsabschlag ¹⁾	"	35	33	22	23	29	52	28	30	29
Körperschaftsteuer ¹⁾²⁾	"	126	149	31	182	6	34	5	675	44
Steuern vom Umsatz	"	1 272	1 286	1 232	1 220	1 297	1 248	1 234	1 238	1 293
Bundessteuern	"	2 431	2 264	2 312	2 422	2 156	2 072	2 116	2 254	2 028
darunter Verbrauchsteuern	"	2 233	2 066	2 104	2 237	2 027	1 923	1 923	2 072	1 910
Zölle	"	54	54	42	40	62	48	49	43	48
Landessteuern	"	104	85	93	86	94	107	96	74	127
darunter Vermögensteuer	"	37	11	6	20	8	6	5	1	6
Kraftfahrzeugsteuer	"	20	21	23	19	23	25	18	20	21
Gemeindesteuern	"	224	241	570	70	25	210	621	46	59
darunter Grundsteuern	"	46	48	108	5	5	87	113	5	7
Gewerbesteuer nach Ertrag ³⁾	"	175	190	457	62	17	121	503	39	49
Steueraufkommen insgesamt	"	5 413	5 270	5 215	5 258	4 498	5 087	5 276	5 773	4 594

Landwirtschaft										
Tierische Produktion										
* Schlachtmengen ⁴⁾ insgesamt	t	394	240	185	260	248	168	237	236	227
darunter * Rinder	"	246	162	119	167	169	114	138	160	155
* Kälber	"	24	2	0	4	5	2	4	6	12
* Schweine	"	122	75	65	87	73	51	94	68	60
Erzeugte Kuhmilch	"	691	686	672	658	683	677	670	651	673
* darunter an Molkereien geliefert	%	92,4	92,3	91,5	88,1	88,6	94,7	91,5	88,0	88,4

1) vor Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. – 2) vor Abzug der Erstattungen an das Bundesamt für Finanzen. – 3) vor Abzug der Gewerbesteuerumlage. – 4) aus gewerblichen Schlachtungen (ohne Geflügel); einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien.

HAMBURGER ZAHLENSPIEGEL

Merkmal	Maß- einheit	Monatsdurchschnitt		1997			1998			
		1996	1997	Juli	August	September	Juli	August	September	Oktober
Verarbeitendes Gewerbe¹⁾²⁾										
* Beschäftigte ³⁾	Anzahl	111 544	107 253	106 889	107 208	106 811	103 343	104 147	103 923	103 398
* darunter Arbeiter ⁴⁾	"	50 656	48 645	48 629	48 767	48 426	46 929	47 269	47 138	46 784
* Geleistete Arbeiterstunden	1000	6 639	6 372	6 382	6 055	6 581	6 142	5 845	6 260	6 430
* Bruttolohnsumme	Mio. DM	251	248	241	233	237	236	230	232	242
* Bruttogehaltsumme	"	461	448	423	417	418	427	424	422	435
* Gesamtumsatz ⁵⁾	"	9 025	9 895	9 640	9 668	10 603	7 668	7 326	7 846	7 637
* darunter Auslandsumsatz	"	1 069	1 350	1 279	1 304	1 538	1 323	1 246	1 304	1 262
Angaben nach Hauptgruppen der Herstellung von										
Vorleistungsgütern:	Beschäftigte ³⁾	Anzahl	38 747	37 641	37 692	37 847	37 830	36 896	37 121	36 931
	Gesamtumsatz ⁵⁾	Mio. DM	6 733	7 541	7 530	7 498	7 921	5 335	5 030	5 297
	darunter Auslandsumsatz	"	448	595	589	539	688	489	476	550
Investitionsgütern:	Beschäftigte ³⁾	Anzahl	44 506	42 924	42 706	42 919	42 493	40 634	41 039	41 093
	Gesamtumsatz ⁵⁾	Mio. DM	1 030	1 064	895	955	1 257	1 041	964	1 030
	darunter Auslandsumsatz	"	474	576	509	571	639	611	558	509
Gebrauchsgütern:	Beschäftigte ³⁾	Anzahl	2 321	2 056	2 034	2 032	1 991	1 943	1 951	1 948
	Gesamtumsatz ⁵⁾	Mio. DM	177	167	130	146	242	127	130	219
	darunter Auslandsumsatz	"	7	7	8	8	9	4	4	7
Verbrauchsgütern:	Beschäftigte ³⁾	Anzahl	25 970	24 632	24 457	24 410	24 497	23 870	24 036	23 951
	Gesamtumsatz ⁵⁾	Mio. DM	1 085	1 123	1 085	1 069	1 183	1 165	1 202	1 300
	darunter Auslandsumsatz	"	140	173	173	186	202	219	208	238

Öffentliche Energieversorgung

* Stromerzeugung (brutto)	Mio. kWh ⁶⁾	163	163	44	71	332	206	168	244	237
* Stromverbrauch	"	1 069	1 053	959	967	989	994	973	1 023	1 121
Gasverbrauch	"	2 972	2 809	1 164	1 220	2 182	1 770	1 522	1 898	3 053

Bauhauptgewerbe⁷⁾

* Beschäftigte ³⁾	Anzahl	19 187	17 248	17 366	17 256	17 476	16 809	16 818	16 729	16 564
darunter Arbeiter ⁴⁾	"	13 768	12 058	12 181	12 136	12 241	11 439	11 299	11 261	11 072
* Geleistete Arbeitsstunden insgesamt	1000	1 692	1 544	1 740	1 642	1 872	1 686	1 514	1 701	1 633
davon für * Wohnungsbau	"	503	503	601	563	636	585	515	570	553
* gewerblichen Bau	"	736	595	637	575	719	635	569	638	599
* öffentlichen und Straßenbau	"	453	447	502	504	517	466	430	493	481
* Bruttolohnsumme	Mio. DM	64	55	60	56	58	54	53	52	53
* Bruttogehaltsumme	"	32	30	35	29	29	33	30	27	27
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Mehrwertsteuer) insgesamt	"	393	366	393	344	441	361	330	359	368
davon * Wohnungsbau	"	99	99	98	88	125	96	86	96	102
* gewerblicher Bau	"	197	164	163	152	199	173	145	145	156
* öffentlicher und Straßenbau	"	97	103	132	104	117	92	99	117	110
* Auftragseingang ²⁾ insgesamt	"	248	231	300	177	230	325	173	242	178

Merkmal	Maß- einheit	Quartalsdurchschnitt		1997			1998			
		1996	1997	Juni	September	Dezember	März	Juni	September	Dezember
Ausbaugewerbe²⁾										
* Beschäftigte ³⁾	Anzahl	11 168	12 191	12 020	12 241	11 984	11 846	11 324	11 371	10 892
darunter Arbeiter ⁴⁾	"	8 580	9 371	9 193	9 438	9 244	9 110	8 695	8 717	8 312
* Geleistete Arbeitsstunden ⁵⁾	1000	3 650	3 791	3 827	3 894	3 794	3 937	3 670	3 593	3 462
Bruttolohnsumme ⁸⁾	Mio. DM	113	120	116	122	129	106	109	113	118
Bruttogehaltsumme ⁸⁾	"	47	49	49	47	52	46	47	46	52
* Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Mehrwertsteuer) ⁸⁾	"	495	508	467	517	674	422	462	517	577

1) einschließlich Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden. – 2) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 3) einschließlich der tätigen Inhaber. –

4) einschließlich der gewerblich Auszubildenden. – 5) ohne Mehrwertsteuer, einschließlich Verbrauchsteuern. – 6) 1 Mio. kWh = 3600 Gigajoule. – 7) nach der Totalerhebung hochgerechnet. –

8) Quartalsumme.

HAMBURGER ZAHLENSPIEGEL

Merkmal	Maß- einheit	Monatsdurchschnitt		1997			1998			
		1996	1997	Juli	August	September	Juni	Juli	August	September
Handel, Gastgewerbe und Tourismus										
Außenhandel¹⁾										
Ausfuhr des Landes Hamburg (Spezialhandel) ^{2,3)}	Mio. DM	1 620	2 054	2 095	1 695	2 156	3 044	2 080	2 184	2 119
und zwar * Waren der Ernährungswirtschaft	"	231	218	152	197	196	295	138	265	180
* Waren der Gewerblichen Wirtschaft	"	1 389	1 836	1 942	1 498	1 961	2 749	1 942	1 920	1 938
davon * Rohstoffe	"	8	7	5	6	7	9	5	5	10
* Halbwaren	"	167	182	248	245	170	176	248	124	120
* Fertigwaren	"	1 214	1 647	1 689	1 247	1 784	2 564	1 689	1 791	1 808
davon * Vorerzeugnisse	"	111	138	155	93	168	176	155	98	130
* Enderzeugnisse	"	1 102	1 510	1 534	1 154	1 616	2 388	1 534	1 693	1 678
in europäische Länder	"	1 229	1 487	1 185	1 242	1 495	2 445	1 171	1 571	1 464
* darunter in EU-Länder ⁴⁾	"	979	1 196	952	919	1 185	2 105	942	1 316	1 206
Einfuhr des Landes Hamburg (Generalhandel) ²⁾	"	3 775	4 557	4 506	3 796	5 042	5 056	4 442	4 495	5 081
und zwar * Waren der Ernährungswirtschaft	"	836	936	1 014	792	1 088	937	950	758	940
* Waren der Gewerblichen Wirtschaft	"	2 939	3 620	3 492	3 004	3 955	4 120	3 492	3 737	4 141
davon * Rohstoffe	"	258	287	295	266	202	268	295	429	232
* Halbwaren	"	262	354	386	341	407	344	386	252	268
* Fertigwaren	"	2 419	2 979	2 811	2 397	3 346	3 508	2 811	3 056	3 641
davon * Vorerzeugnisse	"	299	331	330	337	310	314	330	299	309
* Enderzeugnisse	"	2 120	2 648	2 481	2 060	3 036	3 194	2 481	2 757	3 332
aus europäischen Ländern	"	1 839	2 213	2 168	1 811	2 215	2 697	2 135	2 122	2 533
* darunter aus EU-Ländern ⁴⁾	"	1 420	1 705	1 582	1 393	1 719	2 232	1 553	1 640	2 003
Außenhandel der Hamburger Im- und Exporteure⁵⁾										
Ausfuhr	"	3 062	3 518	3 720	3 297	3 609	3 645	3 629	3 369	3 455
davon in europäische Länder	"	2 177	2 375	2 250	2 268	2 382	2 530	2 390	2 272	2 260
darunter in EU-Länder ⁴⁾	"	1 647	1 738	1 703	1 586	1 706	1 826	1 694	1 727	1 752
in außereuropäische Länder	"	885	1 143	1 470	1 029	1 227	1 115	1 239	1 097	1 195
Einfuhr	"	5 296	5 878	6 158	5 363	6 003	5 475	5 824	5 027	5 635
davon aus europäischen Ländern	"	3 334	3 580	3 865	3 398	3 360	3 354	3 776	2 806	3 331
darunter aus EU-Ländern ⁴⁾	"	2 858	2 982	3 179	2 834	2 797	2 832	3 287	2 296	2 746
aus außereuropäischen Ländern	"	1 962	2 298	2 293	1 965	2 643	2 121	2 048	2 221	2 304
Großhandel⁶⁾										
Beschäftigte	1995=100	93,9	90,5	90,4	90,6	90,7	89,5	89,5	89,8	90,1
Umsatz insgesamt	"	95,7	103,7	101,8	98,0	108,7	118,6	116,9	113,1	117,2
davon Binnengroßhandel	"	98,3	108,2	105,1	102,2	114,7	149,7	147,5	137,0	149,3
Außenhandel	"	92,9	98,6	98,1	93,2	101,9	84,0	82,8	86,3	81,4
Einzelhandel⁶⁾										
* Beschäftigte	1995=100	99,7	97,3	96,8	97,0	96,8	95,7	95,8	96,8	96,9
* Umsatz insgesamt	"	99,7	100,9	96,7	85,2	106,2	92,1	99,6	88,3	103,3
darunter Ladengeschäfte	"	100,1	100,3	96,4	91,2	96,7	95,1	98,9	90,5	94,4
Gastgewerbe⁶⁾										
* Beschäftigte	1995=100	100,9	98,4	97,6	98,0	100,3	98,3	98,4	98,9	99,2
* Umsatz insgesamt	"	97,5	96,2	88,9	94,3	104,5	94,9	86,6	89,1	98,4
darunter Hotels, Hotels garnis	"	101,9	103,9	86,8	97,0	125,5	110,4	89,8	90,6	123,1
Restaurants, Imbisshallen, Cafés, Eisdielen	"	99,7	97,4	93,4	96,1	99,2	88,5	86,8	89,7	88,2
Tourismus⁷⁾										
* Gästeankünfte	1000	194	203	207	226	232	227	217	224	239
darunter * von Auslandsgästen	"	40	42	50	49	55	49	51	49	55
* Gästeübernachtungen	"	352	362	377	413	438	403	388	416	440
darunter von Auslandsgästen	"	75	79	97	93	113	90	92	95	106

1) Quelle: Statistisches Bundesamt. – 2) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Einfuhr- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 3) Nachgewiesen werden nur die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat. – 4) Gebietsstand 1. Januar 1995. – 5) Nachgewiesen werden nur die Waren, die von Hamburger Firmen über hamburgische und außerhamburgische Grenzstellen ein- bzw. ausgeführt wurden. – 6) Die Ergebnisse werden – bedingt durch Nachmeldungen – auch für weiter zurückliegende Monate korrigiert. – 7) ohne Privatquartiere.

HAMBURGER ZAHLENSPIEGEL

Merkmal	Maß- einheit	Monatsdurchschnitt		1997			1998			
		1996	1997	Juli	August	September	Juni	Juli	August	September
Verkehr										
Seeschifffahrt										
Angekommene Schiffe	Anzahl	987	987	1 003	1 025	987	996	1 016	1 066	981
Güterverkehr über See	1000 t	5 910	6 375	6 767	6 005	6 252	6 326	6 178	6 839	6 237
davon Empfang	"	3 649	4 006	4 337	3 846	3 822	3 881	3 897	4 432	3 756
darunter Sack- und Stückgut	"	1 545	1 640	1 556	1 624	1 611	1 758	1 696	1 746	1 694
Versand	"	2 261	2 369	2 430	2 159	2 430	2 446	2 281	2 407	2 481
darunter Sack- und Stückgut	"	1 559	1 711	1 738	1 696	1 744	1 725	1 689	1 598	1 614
Umgeschlagene Container ¹⁾	Anzahl	255 016	276 239	273 190	281 733	284 503	299 549	299 250	303 454	300 412
In Containern umgeschlagene Güter ²⁾	1000 t	2 161	2 387	2 371	2 414	2 391	2 477	2 453	2 406	2 393
Binnenschifffahrt										
* Gütereingang	1000 t	333	258	289	339	307	261	294	385	391
* Güterversand	"	430	472	590	501	574	428	460	505	556
Luftverkehr³⁾										
Starts und Landungen	Anzahl	10 157	10 587	11 451	11 544	11 288	10 829	11 243	11 059	11 185
Fluggäste	"	672 856	709 344	811 515	789 405	823 667	762 609	835 298	835 370	865 367
Fracht	t	3 018	2 909	2 851	2 818	3 104	2 607	3 085	2 744	2 981
Luftpost	"	1 738	1 564	1 565	1 379	1 400	1 363	1 448	1 306	1 439
Personenbeförderung im Stadtverkehr⁴⁾										
Schnellbahnen	1000	28690	28 626	26 274	27 211	27 702	27 263	27 212	26 755	27 878
Busse (ohne private)	"	22 014	21 968	20 105	20 919	21 213	20 907	20 825	20 572	21 349
Kraftfahrzeuge⁵⁾										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	6 170	6 241	6 485	5 452	6 331	7 596	7 264	5 491	6 712
* darunter Personenkraftwagen ⁶⁾	"	5 411	5 385	5 648	4 691	5 461	6 484	6 141	4 691	5 702
* Lastkraftwagen	"	391	418	347	302	567	431	393	418	590
Straßenverkehrsunfälle										
Unfälle insgesamt	"	4 376	4 466	4 162	4 627	4 477	4 798	4 583	4 678	4 570
* darunter Unfälle mit Personenschaden	"	736	766	768	943	885	890	790	867	809
* Getötete Personen	"	5	4	4	2	3	2	1	4	5
* Verletzte Personen	"	960	1 011	997	1 229	1 141	1 175	1 046	1 081	1 047
Insolvenzen										
* Insolvenzen insgesamt	Anzahl	59	60	53	56	64	63	70	42	49
davon * Unternehmen	"	47	48	41	43	52	51	60	38	37
* übrige Gemeinschuldner	"	12	12	12	13	12	12	10	4	12
* Beantragte Konkurse	"	59	60	53	56	64	63	70	42	49
* darunter mangels Masse abgelehnt	"	37	35	26	31	36	34	33	23	28

1) umgerechnet auf 20-Fuß-Einheiten. - 2) einschließlich Eigengewicht der beladenen Container. - 3) gewerblicher Verkehr; ohne Transit. - 4) ausgewählte Verkehrsmittel des Hamburger Verkehrsverbundes. - 5) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. - 6) einschließlich Kombinationskraftwagen; ab 1996 alle Pkw mit bis zu neun Sitzplätzen.

HAMBURG IM BUNDES- UND LÄNDERVERGLEICH

Merkmal	Maßeinheit	Berichtszeit	Hamburg	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen
Bevölkerung								
Bevölkerungsstand	1000	31.12.1997	1 704,7	10 396,6	12 066,4	3 425,8	2 573,3	673,9
	03.10.1990 \cong 100	"	103,5	106,2	105,7	99,9	99,3	98,9
Anteil der ausländischen Bevölkerung	%	31.12.1996	16,9	12,4	9,2	13,5	2,4	12,0
der unter 18jährigen	"	"	16,1	20,2	19,7	17,9	20,6	16,8
der 60jährigen und Älteren	"	"	22,5	20,4	20,9	19,1	20,0	23,5
Frauen je 1000 Männer	Anzahl	31.12.1997	1 071	1 043	1 051	1 064	1 031	1 074
Bevölkerungsdichte	Personen je km ²	"	2 257	291	171	3 846	87	1 667
Lebendgeborene	je 1000 der Bevölkerung	1996	9,7	11,1	10,8	8,6	5,9	9,8
Gestorbene	"	"	11,8	9,6	10,3	11,0	10,8	11,9
Zugezogene	"	"	43,3	26,8	22,1	33,9	36,8	40,9
Fortgezogene	"	"	41,1	23,0	18,5	35,2	27,0	41,7
Eheschließungen	"	"	4,6	5,6	5,6	4,6	3,4	5,2
Ehescheidungen	"	"	2,5	2,0	2,0	2,6	1,6	2,8
Wohnungen								
Bestand	"	31.12.1996	487	432	439	518	443	500
Neubau	"	1996	5	8	7	7	12	4
Wahlen								
Stimmenanteile der Parteien bei der jeweils letzten Landtagswahl ¹⁾								
CDU/CSU	% der gültigen Stimmen	.	30,7	41,2	52,8	37,4	18,7	32,6
SPD	"	.	36,2	26,0	30,0	23,6	54,1	33,4
GRÜNE	"	.	13,9	11,2	6,1	13,2	2,9	13,1
F.D.P.	"	.	3,5	9,5	2,8	2,5	2,2	3,4
Arbeitsmarkt								
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	1000	31.12.1997	734,0	3 665,2	4 134,6	1 150,6	843,0	281,6
davon in produzierenden Bereichen	%	"	24,0	47,9	43,3	25,7	38,4	32,8
in Dienstleistungsbereichen	"	"	76,0	52,1	56,7	74,3	61,6	67,2
Anteil ausländischer Beschäftigter	"	"	8,6	12,3	8,9	6,3
Arbeitslosenquoten: Insgesamt	"	September 1998	12,0	7,5	7,3	17,3	16,5	16,1
Männer	"	"	13,7	7,1	6,7	18,6	14,4	17,4
Frauen	"	"	10,2	8,0	8,0	15,8	18,8	14,6
Erwerbstätigenquoten: Insgesamt	"	April 1997	44,9	45,9	47,3	44,3	43,6	40,8
Männer	"	"	50,5	53,6	55,5	49,6	49,2	47,7
Frauen	"	"	39,6	38,6	39,5	39,4	38,1	34,5
Sozialhilfe beziehende Personen ²⁾	je 1000 der Bevölkerung	31.12.1995	81	23	19	67	17	98
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen								
Bruttoinlandsprodukt (nominal)	Mrd. DM	1997	142,6	523,1	615,4	156,2	74,1	40,3
Anteil am deutschen Bruttoinlandsprodukt	%	"	3,9	14,4	16,9	4,3	2,0	1,1
Anteil der produzierenden Bereiche an der Wertschöpfung	"	"	20,5	41,0	34,9	30,8	41,3	29,1
Anteil der Dienstleistungsbereiche an der Wertschöpfung	"	"	79,5	59,0	65,1	69,2	58,7	70,9
Bruttoinlandsprodukt (real)	1991 \cong 100	"	109	105	111	107	146	102
Verarbeitendes Gewerbe³⁾								
Beschäftigte	je 1000 der Bevölkerung	31.12.1997	62	116	97	37	35	98
Gesamtumsatz ⁴⁾	Mrd. DM	1997	118,6	374,7	391,7	59,6	25,9	32,1
	1000 DM je Beschäftigten	"	1 115,1	309,7	335,3	475,4	283,7	486,0
darunter Auslandsumsatz	%	"	13,6	36,0	36,4	17,8	12,5	47,8
Pkw⁵⁾								
Bestand	je 1000 der Bevölkerung	01.07.1998	417	534	543	345	502	425
Neuzulassungen	"	1. Hj. 1998	20	23	27	13	19	22
Bruttoverdienste der Angestellten								
Vollbeschäftigte insgesamt	DM	April 1998	5 928	5 987	5 715	5 543	4 108	5 882
in der Industrie	"	"	6 979	6 795	6 623	6 340	4 911	6 882
im Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe	"	"	5 309	4 869	4 723	4 536	3 509	5 014

1) Spalte „Deutschland“: Zweitstimmen der Bundestagswahl 1994.- 2) Empfänger und Empfängerinnen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt am 31.12. des Jahres.- 3) einschließlich Bergbau, Kombinationskraftwagen und alle Pkw mit bis zu neun Sitzplätzen.

HAMBURG IM BUNDES- UND LÄNDERVERGLEICH

Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland
6 031,7	1 807,8	7 845,4	17 974,5	4 017,8	1 080,8	4 522,4	2 701,7	2 756,5	2 478,1	82 057,4
105,0	93,5	106,5	103,8	107,0	100,7	94,3	93,5	105,1	94,4	103,0
13,8	1,4	6,1	11,1	7,5	7,4	1,9	1,8	5,1	1,2	8,9
18,6	21,7	19,7	19,4	19,8	18,4	18,8	19,4	18,8	19,8	19,4
21,4	19,0	21,8	21,9	22,3	23,3	23,2	21,9	21,8	21,2	21,4
1 044	1 029	1 048	1 059	1 041	1 062	1 071	1 060	1 047	1 054	1 052
286	78	165	527	202	421	246	132	175	153	230
10,4	6,1	10,7	10,5	10,3	9,2	5,9	5,9	10,5	6,1	9,7
10,5	10,2	11,0	10,9	11,0	11,6	12,2	12,0	11,5	11,4	10,8
27,8	19,3	32,4	17,5	28,6	19,7	18,0	17,5	30,4	16,3	11,7
24,8	18,4	27,7	14,1	22,3	17,5	16,1	17,1	23,3	16,1	8,3
5,5	3,6	6,0	5,6	5,7	5,7	3,4	3,5	6,5	3,5	5,2
2,3	2,0	2,1	2,4	2,4	2,7	1,7	1,3	2,5	1,6	2,1
433	436	431	435	430	439	489	466	455	447	445
6	9	6	5	7	6	10	7	7	6	7
39,2	37,7	36,4	37,7	42,0	38,6	58,1	22,0	37,2	42,6	35,1
38,0	29,5	44,3	46,0	41,3	49,4	16,6	35,9	39,8	29,6	40,9
11,2	3,7	7,4	10,0	6,6	5,5	4,1	3,2	8,1	4,5	6,7
7,5	3,8	4,4	4,0	6,7	2,1	1,7	4,2	5,7	3,2	6,2
2 097,0	599,0	2 323,9	5 763,2	1 152,5	340,5	1 559,6	885,2	790,4	820,3	27 140,8
35,9	34,7	40,9	40,9	42,7	43,7	40,9	38,0	35,1	41,3	40,3
64,1	65,3	59,1	59,1	57,3	56,3	59,1	62,0	64,9	58,7	59,7
10,8	...	4,5	8,9	6,6	8,5	4,1
9,5	18,0	11,5	11,1	9,0	11,9	17,1	19,7	10,4	15,5	11,4
9,5	15,6	11,0	11,0	8,6	12,1	14,0	16,7	11,0	12,7	10,7
9,4	20,5	12,2	11,3	9,7	11,7	20,3	22,9	9,6	18,6	12,2
44,1	42,8	42,9	41,2	42,7	38,2	42,3	40,7	44,8	43,5	43,6
51,9	48,5	51,1	50,3	51,5	46,8	48,7	46,3	52,9	49,2	51,4
36,6	37,2	35,1	32,6	34,2	30,1	36,3	35,3	37,0	38,1	36,3
43	20	42	37	30	48	15	23	40	16	33
353,2	49,1	315,6	799,1	156,5	45,1	123,3	70,2	112,5	65,4	3 641,8
9,7	1,3	8,7	21,9	4,3	1,2	3,4	1,9	3,1	1,8	100
25,4	32,9	34,0	34,9	37,7	33,5	37,9	37,1	29,0	37,7	34,2
74,6	67,1	66,0	65,1	62,3	66,5	62,1	62,9	71,0	62,3	65,8
111	138	107	104	104	104	143	137	108	154	109
79	24	69	85	76	97	44	38	52	43	77
152,8	11,9	207,0	521,3	110,8	31,0	45,2	27,8	49,7	26,1	2 186,2
319,9	273,8	383,7	342,9	361,8	293,3	228,4	270,7	348,0	243,3	346,4
32,6	13,0	34,2	31,4	42,1	37,3	14,9	12,8	29,9	19,2	31,9
549	463	532	500	543	546	476	462	525	484	508
33	19	30	22	22	25	20	20	21	21	24
5 812	4 025	5 280	5 692	5 353	5 244	4 218	4 181	5 182	4 094	5 696
6 530	4 754	6 321	6 488	6 302	6 243	4 824	4 784	6 163	4 638	6 462
5 330	3 627	4 497	4 968	4 549	4 449	3 717	3 577	4 559	3 598	4 786

Gewinnung von Steinen und Erden; Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten.- 4) ohne Mehrwertsteuer, einschließlich Verbrauchsteuern.- 5) einschließlich

HAMBURG IM STÄDTEVERGLEICH

Merkmal	Maßeinheit	Berichtszeit	Hamburg	Berlin	Bremen	Dresden	Düsseldorf	Frankfurt am Main	Hannover	Köln	Leipzig	München	Nürnberg	Stuttgart
Bevölkerung														
Bevölkerung insgesamt ¹⁾	1000	1. Vj. 98	1 702,7	3 419,4	546,2	457,1	570,8	643,5	520,4	963,6	444,3	1 195,6	489,0	585,1
		4. Vj. 97	1 704,7	3 425,8	547,0	459,2	571,0	643,5	520,7	964,3	446,5	1 205,9	489,8	585,3
darunter Ausländer und Ausländerinnen	%	1. Vj. 98	15,2	12,7	14,7	3,4	17,1	24,8	16,4	19,6	4,9	22,9	17,7	24,7
		4. Vj. 97	15,2	12,7	14,6	3,6	17,0	24,9	16,2	19,6	4,9	23,6	17,6	24,8
Lebendgeborene	Anzahl	1. Vj. 98	3 524	7 126	1 179	770	1 155	1 429	1 153	2 314	724	2 662	1 116	1 289
		4. Vj. 97	4 174	7 346	1 262	844	1 563	1 815	1 373	2 781	706	3 215	1 118	1 514
darunter ausländisch	%	1. Vj. 98	19,0	20,0	21,6	3,1	21,0	35,8	21,4	26,7	3,6	28,0	26,8	31,5
		4. Vj. 97	19,6	18,1	19,0	3,6	24,4	35,7	23,3	26,9	4,1	30,1	24,9	32,9
Gestorbene	Anzahl	1. Vj. 98	4 600	9 263	1 655	1 156	1 727	1 565	1 524	2 515	1 243	3 015	1 504	1 458
		4. Vj. 97	4 939	9 209	1 704	1 214	1 859	1 886	1 706	2 532	1 433	3 374	1 487	1 451
Geborenen- (+) bzw. Gestorbenenüberschuß (-)	Anzahl	1. Vj. 98	- 1 076	- 2 137	- 476	- 386	- 572	- 136	- 371	- 201	- 519	- 353	- 388	- 169
		4. Vj. 97	- 765	- 1 863	- 442	- 370	- 296	- 71	- 333	+ 249	- 727	- 159	- 369	+ 63
je 1000 der Bevölkerung		1. Vj. 98	- 0,6	- 0,6	- 0,9	- 0,8	- 1,0	- 0,2	- 0,7	- 0,2	- 1,2	- 0,3	- 0,8	- 0,3
		4. Vj. 97	- 0,4	- 0,5	- 0,8	- 0,8	- 0,5	- 0,1	- 0,6	+ 0,3	- 1,6	- 0,1	- 0,8	+ 0,1
Zuzüge	Anzahl	1. Vj. 98	18 042	26 784	4 766	4 391	7 149	10 150	7 176	10 549	4 592	19 424	6 130	9 140
		4. Vj. 97	18 570	27 835	5 759	4 596	7 423	9 744	7 227	11 361	5 887	19 849	6 915	10 530
Fortzüge	Anzahl	1. Vj. 98	18 972	30 958	5 089	6 133	6 768	10 021	7 103	11 104	6 265	29 364	6 503	9 143
		4. Vj. 97	20 051	36 041	6 221	7 830	7 604	11 570	7 741	12 233	8 350	23 645	7 597	10 833
Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)	Anzahl	1. Vj. 98	- 930	- 4 174	- 323	- 1 742	+ 381	+ 129	+ 73	- 555	- 1 673	- 9 940	- 373	- 3
		4. Vj. 97	- 1 481	- 8 206	- 462	- 3 234	- 181	- 1 826	- 514	- 872	- 2 463	- 3 796	- 682	- 303
je 1000 der Bevölkerung		1. Vj. 98	- 0,5	- 1,2	- 0,6	- 3,8	+ 0,7	+ 0,2	+ 0,1	- 0,6	- 3,8	- 8,3	- 0,8	- 0,0
		4. Vj. 97	- 0,9	- 2,4	- 0,8	- 7,0	- 0,3	- 2,8	- 1,0	- 0,9	- 5,5	- 3,1	- 1,4	- 0,5
Bevölkerungszu- (+) bzw. -abnahme (-)	Anzahl	1. Vj. 98	- 2 006	- 6 311	- 799	- 2 128	- 191	- 7	- 298	- 756	- 2 192	- 10 293	- 761	- 172
		2. Vj. 97	- 2 246	- 10 069	- 904	- 3 604	- 477	- 1 897	- 847	- 623	- 3 190	- 3 955	- 1 051	- 240
je 1000 der Bevölkerung		1. Vj. 98	- 1,2	- 1,8	- 1,5	- 4,6	- 0,3	- 0,0	- 0,6	- 0,8	- 4,9	- 8,6	- 1,6	- 0,3
		4. Vj. 97	- 1,3	- 2,9	- 1,7	- 7,8	- 0,8	- 2,9	- 1,6	- 0,6	- 7,1	- 3,3	- 2,1	- 0,4
Umzüge innerhalb der Stadt	Anzahl	1. Vj. 98	41 436	112 322	14 257	16 123	11 629	5 900	11 963	...	18 682	31 855	11 160	11 342
		4. Vj. 97	41 168	115 733	15 875	16 006	12 911	5 534	16 764	...	17 309	31 199	11 990	12 762
je 1000 der Bevölkerung		1. Vj. 98	24,3	32,8	26,1	35,2	20,4	9,2	23,0	...	41,9	26,5	22,8	19,4
		4. Vj. 97	24,1	33,7	29,0	34,7	22,6	8,6	32,2	...	38,6	25,8	24,5	21,8
Arbeitsmarkt¹⁾														
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte insgesamt	1000	1. Vj. 98	731,1	...	233,8	452,6	276,7	631,7	253,1	338,3
		4. Vj. 97	734,0	1 150,6	236,8	215,4	336,6	454,8	278,9	435,6	188,0	639,6	255,3	341,0
davon Männer	"	1. Vj. 98	402,9	...	138,0	259,8	152,3	339,9	142,2	194,3
		4. Vj. 97	405,3	584,3	140,2	108,9	186,6	261,8	153,5	251,1	90,2	343,8	144,0	196,3
Frauen	"	1. Vj. 98	328,2	...	95,8	192,8	124,4	291,8	110,9	144,1
		4. Vj. 97	328,7	566,4	96,6	106,6	150,0	193,0	125,4	184,5	97,8	295,7	111,3	144,7
Arbeitslose insgesamt	Anzahl	3. Vj. 98
		2. Vj. 98	88 539	266 959	34 418	33 601	33 024	30 263	34 656	58 952	33 201	39 725	27 853	22 128
und zwar Männer	"	3. Vj. 98
		2. Vj. 98	53 210	149 443	20 550	16 478	19 783	18 630	20 947	35 656	16 621	22 920	15 204	13 414
Frauen	"	3. Vj. 98
		2. Vj. 98	35 329	117 516	13 868	17 123	13 241	11 633	13 709	23 296	16 580	16 805	12 649	8 714
Ausländer und Ausländerinnen	"	3. Vj. 98
		2. Vj. 98	19 227	44 330	5 955	963	8 666	12 225	9 873	17 580	906	13 799	8 856	9 230
Arbeitslosenquote	%	3. Vj. 98
		2. Vj. 98	12,4	17,5	15,2	15,5	12,8	10,9	15,2	14,2	16,7	7,0	12,7	8,8
Offene Stellen	Anzahl	1. Vj. 98
		4. Vj. 97
Kurzarbeiter und Kurzarbeiterinnen	"	1. Vj. 98
		4. Vj. 97

1) Am Ende des Berichtszeitraumes.

HAMBURG IM STÄDTEVERGLEICH

Merkmal	Maßeinheit	Berichtszeit	Hamburg	Berlin	Bremen	Dresden	Düsseldorf	Frankfurt am Main	Hannover	Köln	Leipzig	München	Nürnberg	Stuttgart
Verarbeitendes Gewerbe¹⁾²⁾														
Beschäftigte ³⁾	Anzahl	1. Vj. 98	103 558	121 104	58 489	19 342	47 050	54 579	52 351	68 791	12 499	125 333	61 279	86 659
		4. Vj. 97	106 141	123 515	58 160	18 605	47 108	56 910	51 867	69 100	10 347	125 553	60 665	83 594
	je 1000 der Bevölkerung	1. Vj. 98	61	35	107	42	82	85	101	71	28	104	125	148
		2. Vj. 97	62	36	106	40	82	88	100	72	23	104	124	143
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mio. DM	1. Vj. 98	1 977	1 996	342	247	868	1 112	915	1 321	168	2 991	1 070	1 776
		4. Vj. 97	2 219	2 304	325	262	1 026	1 286	1 051	1 587	161	3 193	1 149	2 040
	1000 DM je Beschäftigte/n	1. Vj. 98	18,9	16,3	5,9	13,0	18,4	19,9	17,6	19,2	14,7	23,8	17,6	20,9
		4. Vj. 97	20,8	18,6	5,5	14,0	21,7	22,3	20,0	22,8	15,6	25,4	18,8	24,1
Gesamtumsatz ⁴⁾	Mio. DM	1. Vj. 98	24 215	13 724	3 037	1 318	5 018	6 089	4 188	9 362	696	15 468	4 389	6 240
		4. Vj. 97	31 537	15 095	2 145	1 370	5 299	6 390	4 369	10 889	547	11 674	4 593	8 895
davon Inlandsumsatz	"	1. Vj. 98	20 298	10 937	1 548	1 078	3 202	4 326	2 372	6 333	579	8 169	3 006	3 762
		4. Vj. 97	27 076	12 405	1 140	1 177	3 451	4 560	2 598	6 888	427	3 771	3 161	5 593
Auslandsumsatz	"	1. Vj. 98	3 917	2 788	1 488	240	1 816	1 763	1 815	3 029	118	7 299	1 383	2 478
		4. Vj. 97	4 461	2 690	1 005	193	1 848	1 830	1 771	4 001	120	7 903	1 432	3 302
Gesamtumsatz ⁴⁾	1000 DM pro Kopf der Bev.	1. Vj. 98	14,2	4,0	5,6	2,9	8,8	9,5	8,0	9,7	1,6	12,9	9,0	10,7
		4. Vj. 97	18,5	4,4	3,9	3,0	9,3	9,9	8,4	11,3	1,2	9,7	9,4	15,2
	1000 DM je Beschäftigte/n	1. Vj. 98	231,0	112,2	52,1	69,5	106,6	109,2	80,4	135,8	61,0	123,3	72,0	73,3
		4. Vj. 97	296,0	121,6	36,5	73,3	112,3	110,6	82,9	156,6	53,1	92,9	75,1	105,2
Bauhauptgewerbe²⁾ und Wohnungen														
Beschäftigte ³⁾	Anzahl	1. Vj. 98	11 515	29 396	4 356	6 159	4 603	7 579	4 150	7 149	6 189	11 178	4 009	5 636
		4. Vj. 97	12 076	32 840	4 635	6 877	4 665	7 874	4 500	7 568	7 096	12 337	4 743	5 847
Baugewerblicher Umsatz ⁴⁾	Mio. DM	1. Vj. 98	747	1 768	86	263	259	383	264	497	267	601	151	289
		4. Vj. 97	1 043	2 399	116	510	389	655	363	654	488	929	296	395
Fertiggestellte Wohnungen ⁵⁾	Anzahl	1. Vj. 98	1 630	2 618	395	115	273	1 347	...	23	845	914	107	175
		4. Vj. 97	2 114	24 086	513	9 176	1 441	32 580	...	5 106	5 663	1 496	1 359	1 384
	je 1000 der Bevölkerung	1. Vj. 98	1,0	0,8	0,7	0,3	0,5	2,1	...	0,0	1,9	0,8	0,2	0,3
		4. Vj. 97	1,2	7,0	0,9	19,9	2,5	50,6	...	5,3	12,6	1,2	2,8	2,4
Tourismus														
Gäste	1000	1. Vj. 98	541,6	711,0	112,8	140,2	311,4	1 972,5	155,8	371,8	119,9	665,7	199,7	242,5
		4. Vj. 97	619,8	859,2	128,2	221,8	319,8	2 007,9	169,3	393,1	156,2	805,0	236,2	272,0
Übernachtungen	"	1. Vj. 98	949,5	1 616,9	210,7	285,6	592,8	4 591,3	283,5	678,1	233,9	1 343,1	407,6	440,3
		4. Vj. 97	1 086,8	1 902,1	233,4	463,2	571,4	5 107,8	285,6	685,4	329,6	2 872,8	419,7	477,3
darunter von ausländischen Gästen	"	1. Vj. 98	198,4	419,7	44,8	35,7	238,3	971,3	74,0	237,6	24,6	538,4	113,8	107,1
		4. Vj. 97	236,1	487,2	51,9	54,9	214,4	874,0	54,7	233,1	47,1	644,2	94,6	124,6
Übernachtungen	je 1000 der Bevölkerung	1. Vj. 98	557	472	385	623	1 038	7 135	545	704	525	1 119	833	752
		4. Vj. 97	637	554	426	1 005	1 000	7 926	548	710	736	2 378	856	815
Straßenverkehr														
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	1. Vj. 98	19 603	26 352	7 048	6 031	8 062	12 344	4 873	38 154	6 174	10 293
		4. Vj. 97	17 356	22 548	5 761	4 527	7 827	11 047	4 902	13 129	4 422	41 547	5 310	8 462
darunter Pkw ⁶⁾	"	1. Vj. 98	16 910	22 663	6 182	5 429	7 140	10 673	4 181	...	5 165	9 193
		4. Vj. 97	15 435	19 573	4 983	4 052	7 151	8 757	3 825	...	4 588	7 947
Gemeindliche Steuereinnahmen														
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital ⁷⁾ (Gemeindeanteil)	Mio. DM	1. Vj. 98	479	393	97	32	268	451	157	233	43	535	103	196
		4. Vj. 97	473	517	104	54	225	406	174	340	58	247	97	182
(Gemeindeanteil)	DM pro Kopf der Bevölkerung	1. Vj. 98	281	115	178	71	469	700	301	242	96	445	210	334
		4. Vj. 97	277	151	191	116	394	630	334	352	128	205	198	311
Lohn- und Einkommensteuer (Gemeindeanteil)	Mio. DM	1. Vj. 98	311	370	67	12	30	37	9	44	11	235	76	22
		4. Vj. 97	412	495	110	43	194	192	133	292	39	285	92	182
(Gemeindeanteil)	DM pro Kopf der Bevölkerung	1. Vj. 98	183	108	123	25	52	57	17	46	24	196	155	38
		4. Vj. 97	241	144	201	94	340	298	255	302	87	236	188	311

1) Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden sowie Verarbeitendes Gewerbe nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige 1993. – 2) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 3) am Ende des Berichtszeitraumes. – 4) ohne Mehrwertsteuer. – 5) alle Baumaßnahmen. – 6) einschließlich Kombinationskraftwagen und alle Pkw mit bis zu neun Sitzplätzen. – 7) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Statistische Berichte:**Bevölkerung und Erwerbstätigkeit**

- Bevölkerungsentwicklung August 1998
A I 1 - m 8/98 vom 17.2.1999, 2 Seiten
- Bevölkerungsentwicklung September 1998
A I 1 - m 9/98 vom 25.2.1999, 2 Seiten
- Einbürgerungen in Hamburg
A I 9 - j/98 vom 5.2.1999, 2 Seiten

Produzierendes Gewerbe

- Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung
von Steinen und Erden November 1998
E I 1 - m 11/98 vom 15.2.1999, 5 Seiten
- Baugewerbe 3. Vierteljahr 1998
E II 1 - vj 3/98 und E III 1 - vj 3/98 vom 7.1.1999, 4 Seiten
- Baugewerbe 1998
E II 2 - j/98 und E III 2 - j/98 vom 19.2.1999, 8 Seiten

Handel und Gastgewerbe

- Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Einzelhandel November 1998
G I 1 - m 11/98 vom 4.2.1999, 2 Seiten
- Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Großhandel November 1998
G I 2 - m 11/98 vom 5.2.1999, 2 Seiten
- Ausfuhr des Landes Hamburg Juli bis September 1998 (Spezialhandel)
G III 1 - vj 7-9/98 vom 5.2.1999, 2 Seiten
- Beherbergung im Reiseverkehr November 1998
G IV 1 - m 11/98 vom 25.1.1999, 4 Seiten
- Beherbergung im Reiseverkehr Dezember 1998
G IV 1 - m 12/98 vom 25.2.1999, 4 Seiten
- Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Gastgewerbe November 1998
G IV 3 - m 11/98 vom 5.2.1999, 2 Seiten

Verkehr

- Straßenverkehrsunfälle September 1998
H I 1 - m 9/98 vom 20.1.1999, 4 Seiten
- Seeverkehr des Hafens Hamburg Januar bis September 1998
H II 2 - vj 3/98 vom 12.1.1999, 4 Seiten

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

- Bruttoinlandsprodukt und Erwerbstätige 1992 bis 1998
P I 1 (1) - j/98 vom 17.2.1999, 8 Seiten

Faltblätter

Wer sich kurz und schnell über wichtige Eckdaten und Zusammenhänge informieren möchte, kann auf die Hamburg-Flyer des Statistischen Landesamtes zurückgreifen. Die Faltblätter zu unterschiedlichen Themenbereichen – im praktischen Brieftaschenformat – werden Interessierten kostenlos zur Verfügung gestellt.

Derzeit sind lieferbar:

- Hamburg – Ein Stadtporträt in Zahlen mit umfassendem Spektrum von Eckdaten aus vielen Bereichen der Statistik (auch auf Englisch)
- Hamburg und seine Partnerländer:
 - China (auch auf Englisch)
 - Dänemark
 - Großbritannien (auch auf Englisch)
 - Schweden
 - Norwegen
 - Polen
 - Finnland
- Schifffahrt und Außenhandel
- Gesellschaftlicher Wandel in Hamburg seit 1960
- Unternehmensregister Hamburg – Zielsetzung und Konzeption
- Hamburger Stadtteil-Profile – Datenangebote aus: HAMBURG.regional
- Das Statistische Landesamt stellt sich vor
- Vor der Europawahl am 13. Juni 1999 in Hamburg Daten und Fakten

Hamburg in Zahlen

Die Zeitschrift enthält Kurzinformationen, Aufsätze über wichtige statistische Ergebnisse, den Hamburger Zahlenspiegel mit Monats- und Quartalszahlen sowie Datentableaus mit Bundes-, Länder- und Großstädte-Vergleichen. Pro Heft rund 30 Seiten, ISSN 0017-6877
 Einzelheft: 8,- DM; Doppelheft: 14,- DM
 Jahresabonnement: 60,- DM

Statistisches Taschenbuch 1997

Das jährliche Statistische Taschenbuch bietet in handlicher Aufmachung die wichtigsten Ergebnisse aus allen Bereichen der amtlichen Statistik in tabellarischer Darstellung für Hamburg, zum Teil mit Vergleichsergebnissen für die Bundesländer, ausgewählte Großstädte und an Hamburg angrenzende Kreise.

„Statistisches Taschenbuch 1997“: 242 Seiten, ISSN 0170-7477, Preis 20,- DM

Hamburger Statistische Porträts

In dieser Buchreihe werden umfassende, die einzelnen Fachstatistiken übergreifende Darstellungen und Analysen veröffentlicht.

Zuletzt sind erschienen (unter ISSN 1433-7991):

- Band 6: HAMBURG.regional 1998
Die Stadtteil-Profile, 204 Seiten, Juli 1998, 19,- DM
- Band 8: HAMBURG.regional – Indikatoren zur Sozialstruktur für die Statistischen Gebiete Hamburgs 1997 – Fünf thematische Karten, September 1998, 35,- DM
- Band 9: HAMBURG.regional 1998 – Stadtteil-Trends 1987 – 1997, 130 Seiten, Oktober 1998, 19,- DM
- Band 10: Hamburger Zeitreihen 1970 – 1997, 85 Seiten, 2. Auflage, März 1999, 19,- DM
Die Bände 8, 9 und 10 sind auch als Disketten erhältlich: im Acrobat Reader-Format zum Preis von je 19,- DM, im EXCEL- und ASCII-Format zum Preis von je 50,- DM.

Statistische Berichte

Wer auf der Suche nach detailliertem Datenmaterial für einen einzelnen Beobachtungsbereich ist, kann in den verschiedenen Reihen der Statistischen Berichte leicht fündig werden: Auf jeweils aktuellem Stand enthalten diese Veröffentlichungen in tabellarischen Zusammenstellungen Strukturbilder oder Zeitreihen zu zahlreichen Themenbereichen. Fordern Sie das spezielle Verzeichnis an!

Straßen- und Gebietsverzeichnis

In diesem Verzeichnis werden die rund 8300 benannten Hamburger Straßen, Plätze und Brücken aufgeführt. Für jede Hausnummer finden Sie den Ortsteil, den Stadtteil, die Postleitzahl, den Bundestagswahlkreis sowie das zuständige Standesamt, Finanzamt, Amtsgericht und Polizeirevier. Enthalten ist auch ein Verzeichnis der Kleingartenvereine. „Straßen- und Gebietsverzeichnis 1997“: 289 Seiten, Preis 20,- DM; Diskettenversion im Acrobat Reader-Format 20,- DM, im ASCII-Format 105,- DM.

Wahlanalyse 1998

Einer langen Tradition folgend hat das Statistische Landesamt zur Bundestagswahl am 27. September 1998 eine Analyse des Hamburger Wahlgesehens erstellt.

Die spätere Überarbeitung auf der Basis der amtlichen Endergebnisse ist zusammen mit einer Untersuchung von Wählerwanderungen im Doppelheft 9-10.1998 der Zeitschrift „Hamburg in Zahlen“ veröffentlicht.

